

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. vierteljährlich, 3,50 Mk. halbjährlich, 7,00 Mk. jährlich. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit beifolgender Sonntagsbeilage. Die Neue Zeit 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mk. pro Monat, eingetragener in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Berichts-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 22. Januar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Wahlrechts-Schlafmützen.

Wer die bürgerliche Presse und die Haltung der bürgerlichen Parteien im preussischen Landtag verfolgt, könnte nimmermehr auf die Vermutung kommen, daß die Entscheidung über die wichtigste Frage nicht nur der preussischen, sondern auch der deutschen Politik bereits in den nächsten Monaten fallen soll. Von tieferer Erregung, von energischer Kampfesstimmung ist keine Spur zu entdecken! Von den Nationalliberalen, die ja nicht nur von dem gleichen Wahlrecht von vornherein nichts wissen wollen, sondern sich noch nicht einmal darüber einig sind, ob das Dreiklassenwahlrecht wenigstens durch ein Pluralwahlrecht zu ersetzen ist, ist ja freilich eine solche Kampfesstimmung auch nicht zu erwarten. Wohl aber sollte man wenigstens von den Parteien, die seit Jahren, ja seit Jahrzehnten durch Interpellationen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen gefordert haben, also vom Zentrum und Freisinn erwarten können, daß für sie nunmehr die Wahlrechtsfrage den Kernpunkt ihrer ganzen politischen Tätigkeit bilden würde!

In Wirklichkeit aber spielt die Wahlrechtsfrage für Zentrum und Freisinn so gut wie gar keine Rolle! Bei den Etatsreden im preussischen Abgeordnetenhaus, wo nach der Aufwindung der Thronrede die Wahlrechtsfrage schlechterdings nicht zu umgehen war, mußten sich die Herren Biemer und Bachnick vom „geintem“ Freisinn schon zu ein paar patetischen Redensarten verstehen, denen dafür aber jeder greifbare Inhalt und jede programmatische Festlegung fehlte. Ja, es wirkte geradezu grotesk, wenn Herr Biemer mit den Worten schloß, daß der Freisinn „dem freien Wahlrecht eine breite Gasse zu bahnen“ entschlossen sei, wenn der Freisinn bis jetzt auch nicht das mindeste getan hat, um die Massen zum Wahlrechtssturm aufzurütteln! Nicht minder paradox, ja wie bewußte Parodie berührten die Worte des Zentrumredners Herold, daß der Freisinn, um diese breite Gasse zu bahnen, gefälligst Arm in Arm mit dem Zentrum kämpfen möge, mit dem Zentrum, das noch im vorigen Jahre sogar die Forderung der gleichmäßigen Einziehung der Wahlkreise abgelehnt hat!

Letzter Tage wurde offiziös gemeldet, daß die Regierung bis jetzt weder etwas Definitives über die Gestaltung der Wahlrechtsvorlage beschlossen, noch den Parteien irgend etwas von ihrer Absicht mitgeteilt habe. Wenn die Vorlage sich wirklich noch im Stadium der Erwägung befände, wäre es gerade jetzt die allerhöchste Zeit, auf die Entschlüsse der Regierung den denkbar stärksten Druck auszuüben. Und zwar dadurch, daß man gleich der Sozialdemokratie das Volk auf den Plan rief, einen Wahlrechtssturm entfesselte, der ebenso unzweideutig den entschlossenen Wahlrechtswillen der Parteileitungen wie den der hinter ihnen stehenden Wählermassen manifestierte! Aber auch dann, wenn der Plan der Regierung bereits in den kleinsten Einzelheiten feststände, gäbe es keinen anderen Weg und kein erfolgversprechenderes Mittel, die parlamentarische Aktion des Zentrums und Freisinns wirksam einzuleiten und nachdrücklich zu unterstützen, als diesen Appell an die Wähler!

Aber Zentrum und Freisinn verlegen sich mit erstaunlichem Phlegma aufs Abwarten! Sie harren feierlich der holden Gaben, die ihnen die Regierung spenden soll. Dann, durch ein paar großspurige Parlamentsreden und allerhand diplomatische Winkelzüge werden sie — dem Wahlrecht „die breite Gasse bahnen“, das heißt in Wirklichkeit die große Masse der Entrechteten um das gleiche Wahlrecht prellen heißen!

Schon hat ja die freisinnige Presse deutlich genug zu verstehen gegeben, daß sie natürlich nur auf eine stummerliche Abschlagszahlung rechne. Wollends das Zentrum geberdet sich, als komme es bei der ganzen Wahlreform einzig auf die Frage der geheimen Abstimmung an, während diese Forderung nur einen winzigen Teil der doch auch vom Zentrum bisher erhobenen Wahlrechtsforderungen darstellt.

Während so Freisinn und Zentrum nicht das geringste tun, um den Ernst ihrer Wahlrechtsproben zu beweisen, ist das Zentrum um so eifriger bemüht, durch eine wüste Kulturkampfspaukerei die katholischen Wähler von der Fundamentalfrage der preussischen Politik abzulenken. Schon bei der Etatsdebatte benutzte der Zentrumredner Herold ein paar herzlich überflüssige, aber ebenso belanglose Redewendungen des nationalliberalen Redners als Vorwand, um eine fulminante Philippika für die angeblich in ihren heiligsten Rechten bedrohte katholische Kirche vom Stapel zu lassen, was ihm dann erwiderte, die Wahlrechtsfrage noch dürftiger und nichtsagender zu behandeln, als das ohnehin geschehen wäre. Und diesen Kampf für die angeblich bedrohte katholische Kirche setzte in der Debatte über die Kattowitzer Maßregelungen der Zentrumredner Porck mit wöchentlich noch glühenderem Eifer fort. Die törichtsten Schikanen, die von der Regierung wegen angeblich „großpolnischer“ Tendenzen in Kattowich an Lehrern und Beamten verübt worden waren, verwandelten sich für Herrn Porck schleunigst in Angriffe gegen die katholische Kirche! Mit flammender Entrüstung wettete Herr Porck gegen die „atheistischen“ Bestrebungen des braven Nationalliberalismus, dieses Helfers-Helfers bei der Schulverfassung, der Partei, die sich nach dem Mund des „heiligen“ Paasche längst so ostentativ zu dem Standpunkt

bekannt hat, daß dem Volke die Religion erhalten werden müsse!

Mit einem Fanatismus, mit dem das Zentrum sonst höchstens noch für die agrarische Volksauswucherung eintritt, legten sich die Herren Herold und Porck für die angeblich bedrohte Parität der Katholiken ins Zeug, für deren Rechte auf höhere Beamtenstellungen — als ob nicht in der preussischen Zentrumsfraktion selbst neben elf höheren Verwaltungs-, Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten noch 25 höhere Justizbeamte säßen, zusammen also bei 104 Köpfen nicht weniger als drei Duzend höhere Beamte!

Sollte man nicht glauben, daß eine Partei, die mit solchem Feuerifer für die konfessionelle Gleichberechtigung eintritt, an deren Gefährdung zudem kein vernünftiger Mensch zu glauben vermag, mit noch ganz anderem Eifer für die politische Gleichberechtigung der Staatsbürger kämpfen müßte?!

In solchen Kampf für die Gleichheit des Wahlrechts denkt aber das Zentrum gar nicht, vielmehr dient ihm die konfessionelle Erhöhung seiner von den geistlichen Demagogen gegängelten Wähler nur dazu, sich vom Wahlrechtskampf drücken zu können!

Es ist deshalb nötig, diese arglistige Taktik des Zentrums beizeiten an den Pranger zu stellen und den katholischen Arbeitermassen ein Licht über die verräterische Haltung der Zentrumspolitik aufzustecken!

Aber auch den schlaftrigen Freisinn gilt es aus seinem schwachmütigen Zaudern kräftig aufzuschrecken! Kann doch die Volksbewegung für das allgemeine gleiche Wahlrecht nicht früh und nicht kräftig genug einsetzen! Und wenn die tapferen Volkstribunen des Bürgertums nicht vorwärts wollen, hat die klassenbewußte Arbeiterschaft sie mit klatschenden Geißelhieben vorwärts zu peitschen!

Kattowitz.

Der am Freitag im Abgeordnetenhaus fortgesetzten Besprechung der Interpellationen über die Beamtenmaßregelungen in Kattowitz wohnte wiederum Herr v. Bethmann Hollweg mit einer größeren Anzahl Reformminister bei. Ob ihnen dabei besonders wohl zumute gewesen ist, möchten wir freilich bezweifeln. Waren sie doch gezwungen, eine flammende Anklage gegen unser Genossen Liebknecht anzuhören, eine Rede, die das ganze preussische Regierungssystem auf das schonungsloseste an den Pranger stellte und den schlüssigen Beweis für die Verfassungsverletzungen des Ministeriums erbrachte. Das Ministerium Bethmann Hollweg kann von Glück sagen, daß wir in Preußen immer noch kein Ministerverantwortlichkeitsgesetz haben; sonst könnte es ihm schlecht ergehen.

Woll man den Unterschied zwischen einer absterbenden und einer lebenskräftigen Partei erkennen, so braucht man nur die beiden Reden der Abgg. Fischel und Liebknecht zu vergleichen. Gewiß, auch der freisinnige Redner mißbilligte das Vorgehen der Regierung, auch er forderte das geheime Wahlrecht, aber er fand nicht die Worte, die das Verhalten der Regierung verdient. Vielleicht wollte er sie auch nicht finden, weil er im Grunde seines Herzens immer noch darauf rechnet, von den Konservativen gelegentlich einmal in Gnaden wieder aufgenommen zu werden. Zwar schimpft er jetzt weidlich auf seine früheren Bloßfreunde, aber dies Beschnipfe darf man nicht zu tragisch nehmen, es ähnelt nur allzu sehr dem Gespür, in das hinausgeworfene auszubrechen pflegen. Uebrigens hatten wir es nicht gerade für klug, daß die Freisinnigen in dieser Frage ausgerechnet Herrn Fischel vorkickten, dessen Sündenregister so umfangreich ist, daß er sich schon in seinem eigenen Interesse und aus Taatgefühl noch Zurückhaltung auferlegen sollte.

Nach der matten Fischelrede die glänzende Rede Liebknechts! Endlich ein Mitglied des Dreiklassenparlaments, das den richtigen Ton anschlug und geradezu Weges auf sein Ziel losging: auf das Ziel, die Maximen der preussischen Nachthaber an den Pranger zu stellen. Von Anfang bis zum Schluß seiner einhalbständigen Ausführungen festelte unser Genosse das Haus. Zwar bemächtigte sich der Herren von der Regierung und von der Rechten eine störende Unruhe, als Schlag auf Schlag auf ihre schuldigen Häupter niederlief, nervös rückte Herr v. Bethmann auf seinem Sessel hin und her und ließ sich von seinen Räten über verschiedene von Liebknecht vorgebrachte Einzelfälle Bericht erstatten, und auch der Präsident v. Röcher sah sich zweimal zur Erteilung von Ordnungsrufen veranlaßt, von denen er jedoch den einen mit anzuerkennender Lokalität wieder zurücknahm, aber der Sprecher der Sozialdemokratie läßt sich nicht auf dem Konzept bringen. Die polizeiliche Beschränkung der Regierung, ihre kurzfristige Polenpolitik, ihre Unterdrückungsmaßnahmen, die durch den früheren Angestellten der politischen Polizei, Herrn Kattowitz enthaltene Fälscherwerkstatt der Polizei in Posen, die gefegwidrigen Erlasse der Regierung, durch die das Wahlrecht der Beamten eingeschränkt wird, und hundert andere Gewaltakte der Regierung zum Beweis dafür, daß die Verfassung nur noch als Dekoration gilt, ließ Genosse Liebknecht Redue passieren. Einen großen Teil seiner Rede nahm eine Schilderung des behördlichen Terrorismus ein. Auch mit den Nationalliberalen, deren Wortführer — Abg. Schiffer — am Mittwoch die gefegwidrigen Handlungen der Regierung in ein gefegliches System zu bringen verlust hatte, hielt Liebknecht gründliche Abrechnung. Unter stürmischer Heiterkeit des Hauses bezeichnete er die Vorschläge der Nationalliberalen als „politisch-juristische Gummiware“. Ganz besonders nahm er die Konservativen aufs Korn, die sich als Freunde der Beamten gebärden, in Wirklichkeit

aber die Beamten nur als Stimmvieh betrachten. Zum Schluß entwiderte der Redner die programmatischen Forderungen der Sozialdemokratie, wobei er es nicht unterließ, auch auf diesem Anlaß die Notwendigkeit der Beseitigung des elenden Dreiklassenwahlrechts zu betonen.

Durch die Ausführungen Liebknechts wurde der Ministerpräsident aus seiner Reserve gelockt. Hatte doch Liebknecht eingangs seiner Rede die Bevorzugung des Junkerparlaments vor dem Reichstoge durch Herrn v. Bethmann Hollweg in die Debatte geworfen und von dieser Erwidmung die Abhängigkeit der Regierung von den Konservativen nachgewiesen! Hierauf mußte der angegriffene Minister antworten, aber es waren nur einige Verlegenheitsphrasen, die er zum besten gab: nichtsagende Worte, hinter denen sich der Berger über die treffende sozialdemokratische Kritik verbarg. Dagegen schweig sich der Polizeiminister v. Rolke aus, obwohl gerade er allen Grund zu antworten gehabt hätte.

Mit einer langen Rede des Abg. Dr. Porck, die nichts Bemerkenswertes bot, schloß die Besprechung.

In später Stunde erhielt dann noch der Abg. Trimborn das Wort zur Begründung der Zentruminterpellation über den Zwangsarbeitsnachweis im Ruhrkohlenrevier. Sonderbarerweise wurde, noch bevor der Handelsminister geantwortet hatte, die Angelegenheit vertagt. Ob die Interpellation am Sonnabend besprochen wird, ist fraglich, da zunächst die zweite Staatsberatung beginnen soll.

Eisenbahnen in Deutschland und in Afrika.

Aus dem Reichstag, 21. Januar. Beim Etat des Reichseisenbahnnamts werden gewohnheitsgemäß alle die Beschwerden laut, die in Hülle und Fülle durch das einzelstaatliche Eisenbahnwesen erzeugt werden. Leider aber verhalten jene Beschwerden meist wirkungslos beim Reichseisenbahnnamt und seinem übermächtigen Hinterrmann, dem preussischen Eisenbahnminister.

Den Reigen der Klageführer eröffnete diesmal der freisinnige Abg. Carstens, der mit Recht Einspruch erhob gegen die jämmerlichen Löhne, die den Eisenbahnarbeitern in Schleswig-Holstein gezahlt werden. Auch gegen die Verwendung von Viehwagen zum Transport der Sonntagsausflügler legte er Verwahrung ein. Er will ferner, daß das Reichsamt dafür Sorge, daß die Verordnungen des Eisenbahnpublikums bei der Auswahl seiner Lektüre aufhöre. Der nationalliberale Abg. Schwabach regte eine Erweiterung des internationalen Uebereinkommens wegen des Frachtverkehrs an.

Dann ergriff zu seiner Jungferrede der Präsident des Reichseisenbahnnamtes, Wackerzapp, das Wort. Weder formell noch inhaltlich erscheinen seine Ausführungen als eine Verbesserung dessen, was sein Amtsvorgänger v. Schulz darbot. Den Schwabachischen Wünschen erklärte er nachkommen zu wollen, um die heikle Frage der Eisenbahnlektüre drückte er sich aber herum.

Genosse Fietz (Rohurg), der gleichfalls seine Jungferrede hielt, wies darauf hin, daß gegenwärtig der Einfluß des Reichseisenbahnnamtes gegenüber den einzelstaatlichen Verwaltungen sich gleich Null erwiesen habe. Es sei dringend notwendig, dessen Machtbefugnisse zu stärken. Eindringlich wies er dann auf die vielen Mißstände hin, unter denen die mit preussischer Eisenbahnverwaltung beglückten thüringischen Kleinstaaten zu leiden haben. Alles Klagen hätte nichts geholfen. Wirkliche Besserung sei nur von der Uebernahme des gesamten Verkehrs wesens durch das Reich zu erhoffen.

Herr Wackerzapp suchte durch Aufzählung der Eisenbahnkilometer, die auf Preußen und das Reich einerseits, die thüringischen Staaten andererseits entfallen, diese Beschwerden zu entkräften und meinte, wenn man das Reichseisenbahnnamt stärken wolle, dürfe man nicht behaupten, daß es gegenwärtig ohnmächtig sei. Diese ministerielle Logik stellt nämlich die Dinge auf den Kopf.

Der Zentrumsabgeordnete Pfeiffer errierte sich über die Beschränkung der Raucher auf Rauchkuppeln, und der Volksparteiler Storz gab dem Unmut der Süddeutschen über die preussische Eisenbahnpolitik Ausdruck.

Genosse Lehmann meinte, man hätte als Gegengewicht gegen Preußen eine Süddeutsche Eisenbahngemeinschaft gründen sollen. Auch er verurteilte auf das schärfste die engherzige Bevormundung, die sich die Eisenbahnverwaltungen gegenüber dem zeitungslebenden Publikum erlauben.

Bemerkenswert ist noch, daß der Antisemit Windewald die Gelegenheit benutzte, um durch entrüstete Beurteilung des Expressblattes „Die Wahrheit“ sich möglichst deutlich von seinen früheren Fraktionskollegen Bruhn loszusagen. Dann wurde der Etat des Reichseisenbahnnamtes in zweiter Lesung bewilligt.

Das Haus trat nunmehr in die zweite Lesung des Nachtragsstats für die Kolonien ein, wobei es sich hauptsächlich um die Flüssigmachung der Gelder für den Bau von Kolonialbahnen handelt. Man war übereingekommen, zunächst nur die westafrikanische Bahn, die Verlängerung der Usambarabahn von Duisio nach Moschi zu behandeln, die Diamantienbahn in Südwestafrika aber erst am Dienstag vorzunehmen.

Die bürgerlichen Parteien wollten überhaupt ohne Debatte nach einer kurzen Darlegung des Referenten Semler alles bewilligen. Die Ausführungen des Genossen Ledebour führten indes doch eine erregte Debatte herbei. Ledebour besprach das doppeldeutige Verhalten der Kolonialverwaltung in bezug auf die Frage, ob Ostafrika sich zur Besiedelung durch Deutsche eigne. Offenbar bezweckte Herr Dernburg, den Eindruck zu erwecken, daß kapitalistische Ansiedler drüben sehr willkommen seien, ohne doch irgendeine Verantwortung übernehmen zu wollen. Diese Politik der Doppeldeutigkeit entsprache dem Verfahren, mit dem Herr v. Veitmann den Sprachenparagrafen in das Vereinsgesetz hineingeschmuggelt habe. Auch die bedingte Anlockung von Ansiedlern sei aber verwerflich, da in keiner Weise erwiesen sei, daß Deutsche dort dauernd gedeihlich wirksam sein könnten. Da obendrein tatsächlich die gesamte Siedelungspolitik darauf hinauskomme, daß eine Anzahl weißer Unternehmer die Ausbeutung der Eingeborenen in größerem Umfange als bisher betreiben, lehne die Sozialdemokratie natürlich auch diese Unterstützung der Ausbeutungspolitik ab. In der lebhaften Debatte, die nunmehr entstand, unter Beteiligung der Herren v. Diebert, Krüning und Dernburg, freigte sich, als auch Ledebour nochmals das Wort ergriff, die Erregung der gesamten bürgerlichen Parteien im schönen Einklang gegen den sozialdemokratischen Redner und lieferte so wieder einmal den sinnfälligen Beweis, daß gerade in der Kolonialpolitik die Geister sich scharf nach der sozialistischen und der kapitalistischen Grundanschauung scheiden.

Das Haus vertagte sich bis Dienstag. Auf der Tagesordnung steht zunächst die südwestafrikanische Bahn.

Eisenach-Dernbach.

Aus Kaltensordheim wird uns geschrieben:

Die Wahlbewegung ist nun in den letzten Tagen vor dem Wahltermin in dasjenige Stadium eingetreten, das wir seit dem Eintritte der Hamburger Antisemiten im Wahlkreise gewohnt sind. Die Antisemiten haben bekanntlich einen Postbeamten als Kandidaten anberufen. Hinter dieser Kandidatur stecken auch diesmal die adligen Junker und sonstigen Großgrundbesitzer im Wahlkreise. Wie man hört, hätte am allerliebsten der neu gewählte Landtagsabgeordnete v. Eichel-Streiber auch zum Reichstage kandidiert, aber die Trauben hängen ihm zu hoch; darum hat Herr Fiedrich im Interesse der „nationalen Parteien“ — so nennen sich nämlich hierzulande die Antisemiten — „das Opfer gebracht“.

Zu Anfang des Wahlkampfes war man der Ansicht, der Wahlkampf würde bei der Erhaltung etwas sachlicher geführt werden als 1905 und 1906/07. Aber weit gefehlt. In der Umgebung von Eisenach mag es noch etwas „anständiger“ zugehen, aber um so schlimmer ist es hier auf der hohen Rhön. Diese Gegend macht in der Hauptfrage neben antisemitischen Größen ein Antisemit Dullfes aus Hamburg unsicher. Daß die Sozialdemokratie nach Ansicht der Antisemiten der größte Feind der Arbeiter ist, ist ja nichts Neues mehr. Und daß die Sozialdemokratie die Arbeiterklasse ausplündert und ausbeutet, auch nicht. Daß die sozialdemokratischen Abgeordneten die Weinsteuern und Automobilsteuer um deswillen abgelehnt haben, um sich nicht selbst zu belasten, haben wir auch schon früher von den antisemitischen Rührern hören müssen. Herr Dullfes schießt aber den Vogel ab! Ueberall erzählt er den Rhönbauern, daß die sozialdemokratischen Führer — die Namen werden der Reihe nach aufgeführt — bei schäumendem Sekt in den Armen gefallener Weiber ein Schlaraffenleben führen. Und nur deswegen haben sie auch gegen die Weinsteuern gestimmt. Weiter erzählt dieser Dullfes, die Sozialdemokraten sind schuld, daß die 500 Millionen neuer Steuern angenommen worden sind. Würde die Sozialdemokratie etwas Positives leisten, so könnten diese Steuern im Reichstage nicht angenommen werden. Mit frecher Stirn wird behauptet, daß die Sozialdemokratie die Erbschaftsteuer zu Fall gebracht hat. Selbstverständlich ist es nichts Angenehmes für unsere Parteigenossen, die bei dem miserablen Wetter hier oben den Wahlkampf führen, sich mit diesem Schmutz zu belasten. Aber es muß Klarheit geschaffen werden. Und das wird von unserem Kandidaten und anderen Genossen gründlich besorgt.

Die Nationalliberalen sind nicht viel besser als die Antisemiten. Neben dem Kandidaten, Herrn Justizrat Appelius, agitiert auf der hohen Rhön der nationalliberale Parteisekretär Grasswurm und ein junger Referendar mit Namen Heim. Der letztere hauptsächlich bekämpft die Sozialdemokratie mit den „geistigen Waffen“ der Wissenschaft. Ein dicker Buch ist sein Begleiter. Aus diesem Buch trägt er vor, daß selbst Karl Kautsky das Zeilen erst neuerdings wieder empfohlen habe. Herr Grasswurm und Herr Heim erzählen mit großem Pathos, daß, wenn ein Bauer ein Gäuschen habe, er die Hälfte davon an den abgeben müsse, der kein Haus besitzt. Diese Lügen, die in anderen Wahlkreisen von unseren Gegnern vor 20 Jahren angewendet wurden, sind hier noch immer die geistigen Waffen der Gegner. Der Kandidat der Nationalliberalen agitiert in etwas vornehmerer Weise. Aber er hat auch wunderbare Argumente. In der Versammlung in Eisenach erzählte der Herr, daß die Sozialdemokratie eine den Bestand unseres Reiches gefährdende Partei sei, nicht weil sie Arbeiterinteressenpolitik treibe, sondern weil sie in bewußter Unklarheit über ihre letzten Ziele im Verein mit der ausländischen Arbeiterklasse eine gesellschaftliche Umwandlung erstrebt, die trotz aller gegenteiligen Versicherungen nicht auf friedlichem Wege, sondern nur im Wege der Revolution mit dem den Revolutionen eigenen staatszerstörenden Erfolg in Szene gesetzt werden kann. Von den Konservativen hat sich Herr Appelius abgewendet. Er ist mithrasischer geworden. Die Herren Konservativen besitzen ihm zuviel Egoismus. Dabei hat derselbe Appelius als Vorsitzender der nationalliberalen Partei bei der vor einigen Wochen vorzunehmenden Landtagswahl die Parole ausgegeben: „Für den konservativen und gegen die vaterlandslose Sozialdemokratie.“

In derselben Weise wie die Herren Antisemiten und Nationalliberalen uns bekämpfen — ja fast noch schlimmer — bekämpfen sie sich untereinander. Beide Parteien rechnen mit einer Stichwahl. Und natürlich hält sich jeder der „nationalen“ Kandidaten besser geeignet als der andere, die „sozialdemokratische Flut“ von der Wartburgstadt abzuwenden. Unsere Genossen werden alles daransetzen, durch die schöne Rechnung der Herren einen dicken Strich zu machen.

Die Wahlen in England.

London, 21. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Je weiter die Wahlen fortschreiten, desto größer werden die

Erfolge der Konservativen. Der gestrige Wahltag, der vor allem dem flachen Lande gehörte, beweist, daß der Gedanke des Schützells große Fortschritte gemacht hat. Man darf als sicher annehmen, daß es den Liberalen nicht gelingen wird, allein die Majorität zu gewinnen. Ja selbst Liberale und Arbeiterpartei zusammen genommen, werden wahrscheinlich gegen die Konservativen zu schwach sein. So werden die Freen ausschlaggebend werden, was für den Bestand der liberalen Regierung durchaus nicht verheißungsvoll ist.

Bis jetzt sind 178 Unionisten, 148 Liberale, 82 Mitglieder der Arbeiterpartei und 55 Freen gewählt. Die Unionisten gewinnen 79 Sitze, die Liberalen 9 und die Arbeiterpartei einen, so daß der konservative Reingewinn 69 Sitze beträgt. Die Konservativen haben also jetzt bereits, wo noch 267 Wahlen ausstehen, um 21 Mandate mehr, als sie bei den Wahlen von 1906 erlangt hatten und 10 Mandate mehr, als sie bei der Auflösung innehaben.

Von Mitgliedern der Arbeiterpartei wurden gewählt: J. A. Seddon (Newton), W. L. Wilson (Westhoughton), J. R. Williams, der in Shen Valley zugleich über einen Liberalen und einen Konservativen den Sitz davontrug, J. Wadsworth (Hallamshire) und J. Haslam (Chesterfield). Dagegen unterlag Genosse Viktor Grayson in Colne Valley mit 3149 Stimmen gegen 4741 der Liberale und 3750 Stimmen, die der Konservative erhielt. Der liberale Einseitiger Pease ist in Saffron-Walden (Essex) dem Unionisten Proby unterlegen. Pease erhielt 4011 Stimmen, Proby 4283.

Heute wird in 66 Kreisen gewählt. Wieder handelt es sich meist um ländliche Bezirke, die für die Liberalen wenig aussichtsreich scheinen. Im Jahre 1906 wurden in diesen Kreisen 46 Liberale, 2 Mitglieder der Arbeiterpartei, 5 Freen und 16 Konservativen gewählt.

Preßstimmen.

London, 21. Januar. Ueber die Wahlen des gestrigen Tages schreibt der konservative „Standard“: „Es ist klar, daß, je weiter wir mit der Wahl voranschreiten, um so mehr Boden gewinnen wir in den Wahlbezirken der Provinzen. Zwar haben die Unionisten in den Provinzbezirken, in denen bisher die Resultate bereits erklärt sind, gewonnen, dagegen haben sie um so mehr in den Städten und Industriebezirken an Boden verloren. Die Landbevölkerung hat sich fast überall für den Unionismus erklärt.“ „Daily Graphic“: „Die Landbevölkerung hat sich kräftig und einmütig erhoben, um den Unionismus beim ersten Anse wirksam zu unterstützen. Auch wenn der Rest der noch ausstehenden Wahlbezirke nicht in dem bisherigen Verhältnis auf den unionistischen Appell antworten sollte, so ist doch wenigstens guter Grund vorhanden, weitere bedeutende Siege der Unionisten zu erwarten. Jedenfalls hat der Unionismus noch auf eine bedeutende Anzahl neuer Siege zu rechnen.“ „Morning Post“ äußert sich wie folgt: „Das Endergebnis läßt sich mit einiger Bestimmtheit noch nicht voraussagen. Obgleich schon die Hälfte des neuen Parlamentes gewählt worden ist, so ist das Resultat des Endkampfes doch noch sehr ungewiß.“

Die liberalen Blätter suchen ihre Wähler zu trösten. So der „Morning Leader“: „Zwei Tausende stehen bisher fest, nämlich erstens, daß es mit der Tarifreform endgültig vorbei ist und zweitens, daß eine liberale Majorität dem nächsten Parlament gesichert erscheint.“ — „Daily Chronicle“: „Biel wird noch von den kommenden Wahlen abhängen. Im schlimmsten Falle könnten die Ministeriellen eine geringere Mehrheit von 80—90 haben gegen das vorige Parlament; im besten Falle hat die liberale Mehrheit 170—180 Stimmen im neuen Parlament aufzuweisen.“

Die heutigen Wahlen.

London, 21. Januar. Die heutigen Wahlergebnisse zeigen eine ebenso günstige Tendenz für die Unionisten, wie die gestrigen. In Schottland errangen die Unionisten heute einen unerwarteten Sieg, da der Unionist Lord Luffibardins gewählt wurde. Sie gewinnen damit den dritten Sitz in Schottland. In Gaffron-Walden spielte sich bei der Niederlage des Liberalen Pease eine außerordentliche Szene ab. Dieser mußte nämlich von Polizeibeamten nach seiner Wohnung geleitet werden, während der siegreiche Unionist auf einen Stuhl gesetzt und in feierlichem Zuge durch die Stadt getragen wurde. Die Wahlsiege der Unionisten in den Grafschaften werden besonders der Abstimmung der Landbevölkerung zugeschrieben.

Bis fünf Uhr nachmittags waren folgende Wahlergebnisse bekannt: 181 Unionisten, 149 Liberale, 82 Mitglieder der Arbeiterpartei, 58 Nationalisten; die Unionisten hatten bis dahin 81, die Anhänger der Regierungsparteien 10 Sitze erobert.

Die Universität London wählte den Unionisten Sir Philipp Magnus mit 2625 Stimmen, der den Liberalen Sir West Ridgeway mit 1928 Stimmen besiegte. Der bisherige Vertreter der Universität war ebenfalls Unionist.

Die Haltung der Regierung.

London, 21. Januar. Aus Erklärungen Asquiths, welche dieser in einer Wahlversammlung machte, geht hervor, daß die Regierung sich zwar damit begnügen wird, zu verlangen, daß dem Oberhause jede Einmischung in die finanziellen Angelegenheiten des Staates untersagt wird. Die Regierung wird sofort nach Einberufung des Parlamentes einen dahin zielenden Gesetzentwurf einbringen, worin die Rechte des Unterhauses in Finanzangelegenheiten bekräftigt und die Erklärung abgegeben wird, daß die Lords sich in keiner Weise mit der Budgetfrage zu befassen haben. Angesichts früherer Erklärungen Asquiths, wonach er nur unter der Bedingung die Regierung übernehmen wird, wenn ihm alle notwendigen Garantien zugestanden werden, ist zu erwähnen, daß wenn das Oberhaus nicht gutwillig die verlangten Garantien geben wird, Asquith vom König verlangen wird, daß der König eine hinreichende Anzahl neuer Lords ernannt, um die jetzige konservative Mehrheit in eine liberale umzuwandeln. Man glaubt, daß die Furcht vor dieser Maßregel die Lords veranlassen wird, aus eigenem Antrieb zu erklären, daß sie in finanzielle Angelegenheiten des Landes sich nicht einmischen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Januar 1910

Wahlkasserung.

Die Wahlprüfungscommission des Reichstages trat am Freitag in die Prüfung der Wahl des nationalliberalen Abg. Kleve (Wolfsbittel-Helmstedt) ein. Die Wahl war an die Kommission zurückverwiesen worden, damit diese noch einmal prüfe, ob eine amtliche Kandidatur vorliege. Nach eingehender abermaliger Prüfung kam die Kommission zu dem Beschluß: Eine amtliche Kandidatur liegt vor. Dieser Beschluß wurde

mit 7 gegen 6 Stimmen gefaßt und darauf die Ungültigkeitserklärung mit allen gegen 4 Stimmen beschloffen.

Der Nationalliberale Kleve wurde in der Nachwahl im Wahlkreise Wolfsbittel-Helmstedt gewählt. Im ersten Wahlgang (11. September 1908) erhielt er 11 422, Genosse Kleve (Braunsfelde) 7190 und Dedekind (Welfe) 5912 Stimmen. In der Stichwahl (22. September) siegte Kleve mit 15 427 gegen 8894 Stimmen, die auf Genossen Kleve entfielen.

Beamtenmaßregelung.

In Harburg a. E. sind plötzlich 20 Postbeamte „im Interesse des Diensts“ verlegt worden, darunter auch solche, die in Harburg seit Jahren tätig waren und sich sogar Grundstücke erworben hatten. Die Beamten hatten das Mißfallen ihrer vorgelegten Behörde dadurch erregt, daß sie vom Koalitionsrecht Gebrauch zu machen suchten!

Nach der „N. Elbeztg.“ haben die Verlegungen ihren Grund in der Beamtenbewegung und in der Agitation für Gehalts erhöhungen. Die Zollaufseher, Zollassistenten und Zollsekretäre sind zu einem Verband vereinigt, der seinen Sitz in Altona hat und etwa 14 000 Mitglieder zählt. Ferner besteht ein Verein der Superintendanten. Diese beiden Vereine vertreten verschiedene Interessen. Nämlich soll auf Anregung des Ministers ein Verein ins Leben gerufen sein, der beide Kategorien umfaßt, ein Verein, der im Kreise der Verbandsmitglieder vielfach „Die Zwangsdinnung“ genannt wird, und dem auch die Vorgesetzten angehören. Es besteht aber im Kreise der dem Verbands angehörenden Beamten keine besondere Reizung, dem ministeriellen Verein beizutreten. Der Verband ist auch für die Gehaltsverbesserung energisch eingetreten und hat zu diesem Zwecke eine Protestversammlung nach Altona einberufen. Nach dieser Versammlung sind die Beamten darüber vernommen worden, wer von ihnen der Vermittlung beizugehen habe. Es dürfte deswegen wohl kein bloßer Zufall sein, daß von den Beamten, die verlegt worden sind oder noch verlegt werden, über die Hälfte an der Versammlung teilgenommen hat, und daß zwölf der Verlegten dem Verbands angehören und in ihm bleiben wollen!

„Behördliche Förderung des Sozialismus.“

Die „nationale“ Presse, wozu jetzt auch wieder die Zentrumsblätter gehören, wird seit einigen Tagen von bösen Behauptungen geplagt. In Bayern hat der Ministerpräsident Bodewils eine Aeußerung getan, die eine gewisse, wenn auch etwas verlausulierte Anerkennung der Sozialdemokratie ist, und im Reichsland sollte gar der Stellvertreter des Kaisers, der Statthalter Graf Wedel, bedauerlich haben, daß kein Sozialdemokrat in den Landesauschuss gewählt sei.

Diese letztere Ungeheuerlichkeit braucht unsere „Nationalen“ nun nicht mehr zu bekümmern. Die elbschlottringische Regierung kennt ihre Pflicht — amtlich läßt sie mitteilen, es sei absolut unwahr, daß der Statthalter so etwas gesagt habe!

Schlummer steht die bayerische Affäre. Die Aeußerung des Ministerpräsidenten Bodewils ist nämlich nicht zu dementieren. Er tat sie am Sonnabend in der Generaldebatte zum Etat des Reiches. Der Sinn dieser Aeußerung war: „Die Sozialdemokratie sei im allgemeinen in der Politik unfruchtbar; auf sozialem Gebiete aber habe sie manche dankenswerte Anregung gegeben, das soziale Gewissen der Regierungen und bestehenden Klassen geschärft und die Energie der zur sozialen Fürsorge Klaffen gestärkt.“

Was hier der bayerische Ministerpräsident geäußert, ist durchaus nicht neu. Andere vernünftige Staatsmänner mit ein wenig Gerächtheitsinn haben gleichen Gedanken öfters öfter Ausdruck gegeben. Zentrumspolitik und Zentrumscharakter verträgt es aber nicht, daß ein bayerischer Minister der Sozialdemokratie auch nur eine bedingte Anerkennung zollt und ihr gerecht zu werden versucht. Der bisshige aller Zentrumsführer, Dr. Fischer, belehrte den Ministerpräsidenten in scharfen angreifenden Worten, daß ein bayerischer Minister seine Pflicht gröblich verlege, wenn er an der Sozialdemokratie auch nur ein gutes Haar finde. Dr. Fischer meinte, es müsse in den Kreisen der Handwerker und Arbeitgeber, die unter dem Terrorismus und der Verhöhnung der Sozialdemokratie leiden müssen, den aller-schlechtesten Eindruck machen, wenn von höchster Regierungsstelle aus der Umsturzpartei solche Anerkennung gezollt werde. Und was sollen erst die christlichen Arbeiter denken zu einer solchen Protektion der Sozialdemokratie! Sogar in den Staatsverträgen würde den christlichen Arbeitern nicht der nötige Schutz gegen den sozialdemokratischen Terrorismus. Warum, so fragt Dr. Fischer, wird der Opfermut der christlichen Arbeiterwelt von der bayerischen Staatsregierung nicht anerkannt?

Wir können es dem Herrn Dr. Fischer, der gesamt Zentrumspartei und den christlichen Arbeiterführern nachempfinden, wie schmerzlich für sie die Aeußerung des Ministerpräsidenten sein muß. Seit Wochen treiben die Sozialdemokraten in den schwärzesten Gegenden Bayerns eine wirksame Agitation gegen das Zentrum wegen seiner Haltung in der Frage der Reichsfinanzreform. Seit Wochen rufen die Zentrumsorgane nach staatlichem Eingreifen gegen die Sozialdemokratie wegen dieser Agitation. Und jetzt müssen sie das Schreckliche erleben, daß der bayerische Ministerpräsident etwas Gutes an der Sozialdemokratie entdeckt hat, und zwar etwas Gutes, was wir sehr hoch im Werte anschlagen: daß die Sozialdemokratie allein die bewegende und vorwärtsstößende Kraft auf dem Gebiete der Sozialpolitik und sozialen Fürsorge ist.

Besonders amüßant an der Affäre ist übrigens, daß sich der Ministerpräsident gegen die wütende Zentrumspresse auf — einen bayrischen Zentrumsabgeordneten als Stütze für seine Ansicht berufen kann. Der Zentrumsabgeordnete Professor Kees hat nämlich einmal in der bayrischen Kammer ausgeführt:

„... Geleitet hat sie (die Sozialdemokratie) schließlich doch auch schon etwas, sie war hinter den anderen Parteien her und hat sie gedrängt, die Sozialreform energischer in Angriff zu nehmen und das Menschenmögliche durchzuführen. ... Ich leugne nicht, daß die Sozialdemokratie auch auf das Zentrum in der Weise eingewirkt hat, daß dieses energischer und entschlossen die Regierung zur Durchführung der Reformen drängt.“

Das war allerdings am 30. Oktober 1899, wenige Jahre vor der Zeit, da Zentrum und Sozialdemokratie in Bayern zur Durchführung der Wahlreform zusammengingen. Jetzt ist die Situation eine ganz andere, jetzt ist das Zentrum in der Reichsfinanzreformkennlinie und da kann es eine solche Anerkennung der Sozialdemokratie nicht mehr vertragen, am allerwenigsten aus dem Munde des Ministerpräsidenten.

Die Mitgliederzahl

des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

Wie wir dieser Tage mitteilen, beziffert der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie in dem Geschäftsbericht über seine Tätig-

Zeit im letzten Jahre die Zahl der neu hinzugekommenen Mitglieder auf 88 492, die Gesamtzahl auf 211 000. Nun ist aber am 8. Mai 1909 zur Erinnerung an das fünfjährige Bestehen des Reichsverbandes ein Jubelartikel verfasst worden, der u. a. auch in der „Post“ stand. Danach betrug die Mitgliederzahl Anfang Mai 1909 bereits 205 982 Mitglieder. Die Zunahme in den letzten acht Monaten des Jahres 1909 würde also bloß rund 5000 Mitglieder betragen! Sehr seltsam, wenn man bedenkt, daß in den vier ersten Monaten demnach über 28 000 neue Mitglieder, in der Hälfte der Zeit also beinahe sechsmal soviel gewonnen worden wären. Hat sich die Zugkraft des Reichsverbandes auf ein Zwölftel verringert? Noch seltsamer mutet aber ein Vergleich zwischen den Zahlen der Ortsgruppen an. Am 8. Mai 1909 waren es 700, jetzt — 702. Da aber 69 neue Ortsgruppen im Jahre 1909 gegründet wurden, müssen in den ersten vier Monaten dreihundertmal soviel ins Leben gerufen worden sein als in den letzten acht Monaten. Oder sind vielleicht 68 alte Ortsgruppen eingegangen? Das muß schon so sein, denn daß jede der zwei seit dem Mai 1909 hinzugekommenen gleich 2500 Mitglieder besäße, sollten wir doch nicht glauben?

Betonen wollen wir aber, daß, auch wenn sich diese eigenartigen Zahlen einwandfrei erklären lassen sollten, die Tatsache bestehen bleibt, daß, nach dem Jubelartikel vom 8. Mai, 402 konservative und ähnlich gerichtete Vereine sowie 27 gelbe Arbeitervereine (diese 27 hatten allein schon 27 422 Mitglieder!) dem Reichsverband korporativ angeschlossen waren, deren Mitgliederzahl in jenem 205 982 enthalten ist! Um so sonderlicher berührt in jenem Jubelartikel der Hinweis auf die Sozialdemokratie, die es „erst“ auf 800 000 Mitglieder gebracht habe. Das war Anfang Mai 1909. Schon ein Vierteljahr darauf verzeichnete der Bericht unseres Parteivorstandes eine Gesamtmitgliedszahl von 633 900; das ist also genau die Zunahme in einem Vierteljahr, die der Reichsverband sich für ein ganzes Jahr zuschreibt.

Dunkelmänner.

In der Eiberfelder Parteigruppe, die „Freie Presse“, konnte im Mai v. J. ein Erziehungsstempel aufgedeckt werden, der sich in einer Anstalt für verlassene Kinder zu Wismar ereignet hatte, die der städtischen Kontrolle untersteht. Nach den eingehenden Ermittlungen waren in der Anstalt nicht nur Kinder schwer mißhandelt worden, es sollten auch weibliche Anstaltsbedienstete in einigen Fällen vergewaltigt worden sein. Die Stadtverwaltung erklärte damals, daß die Behauptungen der „Freien Presse“ „maßlos übertrieben“ seien, schlug sich aber über die tatsächlichen Verhältnisse in der Anstalt vollständig aus, auch dann, als die „Freie Presse“ zu einem Strafverfahren gegen ihren Verantwortlichen aufforderte. Nur in einer geheimen Sitzung des damals sozialistischen Stadiverordnetenkollegiums hatte man die Angelegenheit besprochen, was selbst in der „lokalen“ Bürgererschaft überliefert wurde.

Nun, da einige sozialistische Rechte in den beschaulichen Karpfenfeld eingezogen sind, möchte man das tiefe Schweigen auch weiterhin wahrnehmen und als Genosse können bei der Stadtverwaltung am Mittwoch auf die Angelegenheit zurückkommen und nun die lange verweigerte öffentliche Auskunft über das Ergebnis der städtischen Untersuchungen fordern, da versprochen man sich hinter höfliche Ausflüchte. Die Sache sei erledigt, erklärte Polizeikommissar Dr. Marfall — der sich durch seine Verteidigung preussischer Verwaltungsreform schon einen Namen gemacht hat — da die erwähnte nichtöffentliche Stadtverordnetenversammlung im Sommer vorigen Jahres darüber Beschluß gefaßt habe und man den neuerigeten Stadiverordneten nicht das Recht einräumen könne, eine nochmalige Erörterung erledigter Angelegenheiten zu fordern. Die Anträge unserer Genossen, weshalb man bei so schwerwiegenden Angelegenheiten nicht durch eine Erörterung in der Öffentlichkeit Klarheit geben sollte, wurde von dem Oberbürgermeister mit dem wenig plausiblen Einwand zu begegnen, daß man der Presse nicht Gelegenheit geben sollte, „unliebsame Familienangelegenheiten an die breite Öffentlichkeit zu zerren“.

Wenn in Zukunft ein neuer Erziehungsstempel aufgedeckt würde, mag der Schuldirige sein Vergehen nur als seine Familienangelegenheit erklären, um der öffentlichen Kritik den Mund zu stopfen. Die bürgerlichen Stadtväter nehmen aber diese lächerliche Ausrede so ernst, daß sie — allerdings mit knapper Majorität — durch einen Schlußantrag eine weitere Ansprache abschnitten. Sie haben damit der Bürgererschaft aufs neue gezeigt, daß nur die sozialdemokratischen Gemeindevertreter den Mut finden, wenn es nottut, der Sache die Schelle anzuhängen.

Die Wirkung der Fahrkartensteuer.

Daß der Erlös aus dem Fahrkartensystem nicht den Erwartungen entspricht, ist zur Genüge bekannt. Wie diese Steuer aber noch weiterhin wirkt, wie sie die Staatsverhältnisse direkt vermindert und den Fortschritt des Verkehrs hemmt, mögen einige Zahlen aus dem Bericht über das finanzielle Ergebnis des Betriebes der sächsischen Staatsbahnen für das Jahr 1908 beweisen:

Wagenklasse	Beförderte Personen		Einnahmen in Mark		Erlös aus dem Fahrkartensystem	
	1908	1907	1908	1907	1908	1907
I	142 070	161 847	808 477	890 020	87 188	94 041
II	4 990 818	4 998 081	7 028 310	7 226 024	448 786	456 507
III	47 077 638	47 492 844	28 327 939	28 285 172	867 697	884 501
IV	33 400 329	30 453 912	12 618 392	10 895 508	—	—
Militär:						
II	6 279	5 990	851	576	—	—
III	1 036 705	1 088 254	598 191	581 506	—	—
Zus.	86 718 886	83 188 429	49 877 980	47 879 766	140 892	143 049

Während die Zahl der beförderten Personen von 1907 zu 1908 um 4,24 Proz. (die zurückgelegte Personenkilometerzahl sogar um 6,40 Proz.) stieg, finden wir bei der Einnahme aus dem Verkauf der Fahrkarten nur eine Zunahme von 3,13 Proz. In der Einnahme aus der I. und II. Wagenklasse zeigt sich ein starker Rückgang, in der III. Klasse eine verhältnismäßig geringe, in der IV. Klasse aber eine gewaltige Zunahme. Ein Vergleich der Ziffern gibt übrigens noch zu mancher anderen Betrachtung Anlaß, doch hier kommt es nur auf die Wirkung der Fahrkartensteuer an. Der Ertrag dieser Steuer ist in Sachsen von 1907 zu 1908 um 31 128 M. zurückgegangen, weil die Steuer die Frequenz in den höheren Wagenklassen vermindert, das zahlungsfähige Publikum in die billigeren III. Wagenklasse und das große Heer des reisenden Publikums in die von der Steuer befreite IV. Wagenklasse vertrieben hat.

Anstatt nun nach solchen Erfahrungen die Verkehrs- und staatsfeindliche Steuer schrittweise zu beseitigen, tragen sie gewisse Finanzgenüsse mit dem Gedanken, auch die IV. Wagenklasse zu besteuern!

Zentrumsterroreismus.

Rhein, 21. Januar. (Deutsche.) Aus Anlaß der Keufierung des Zentrumsgenodneten Porich bei der Begründung der Interpellation über die holländische Vorgänge, wozu Staatsbeamte in Effen und Wülheim am Rhein für Sozialisten gestimmt hätten und nicht versetzt worden seien, veröffentlicht die „Allgemeine Zeitung“ eine Inschrift, aus der hervorgeht, daß sich nicht ein einziger Staats- oder Kommunalbeamter an der Stichwahl zwischen Zentrum und Sozialisten bei den Wülheimer Stadtverordnetenwahlen beteiligt hat. Als liberalerseits beschlossen wurde, in der Stichwahl für den Sozialisten ein-

zutreten, wurde der Vorsitzende des Jungliberalen Vereins, der inzwischen seinen Posten niedergelegt hat, von Zentrumskleuten beim Kriegsminister als Leutnant der Reserve angefährt, während man den stellvertretenden Vorsitzenden, einen Privatbeamten, beim Vorsitzenden des Ausschusses des industriellen Wertes, das ihn beschäftigt, anspruchsvoll und seine Entlassung forderte.

Die Inschrift zeigt, mit welchem Recht sich das Zentrum als der Hüter der Wahlbürgerlichen Rechte der Beamten und der Wahlfreiheit aufspielt. Es gebraucht ganz ungerecht die Mittel, über die es sich moralisch entrüstet, wenn sie gegen seine eigenen Anhänger angewandt werden.

Aus der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik.

Soeben ist von dem großen statistischen Werke, das die Ergebnisse der Gewerbezahlung bringt, das Heft über die Verhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe erschienen. Danach umfaßt das gesamte in Deutschen Reich und zwar in 4 904 782 landwirtschaftlichen Betrieben ermittelte Ackerland eine Fläche von 24 432 354 Hektar. Dier- von waren im Sommer 1907 bestellt mit

	Hektar	Proz.
Sommerweizen	358 865	1,47
Winterweizen	1 828 772	5,42
Erbsen	231 586	0,95
Roggen	6 106 776	24,99
Gerste	1 621 312	6,64
Hafer	4 210 318	17,23
Kleingewächse	901 096	3,69
Zuckerrüben	518 823	2,10
Kartoffeln	3 173 890	12,99
Futterpflanzen	2 584 683	10,58
Gewächse in selbstmäßigem Anbau	265 596	1,09
Sonstigen Ackerkräutern	1 062 668	4,35

Von dem übrigen unbestellten Ackerlande wurden 1 064 889 Hektar (= 4,44 Proz.) als Ackerweide benützt, der Rest 608 856 Hektar (= 2,49 Proz.) hat brachgeliegen.

Am 12. Juni 1907 waren in den landwirtschaftlichen Betrieben, abgesehen von den Betriebsleitern, 4 321 755 männliche, 7 015 321 weibliche, insgesamt 12 240 056 Personen land- oder forstwirtschaftlich tätig. Unter diesem landwirtschaftlichem Personal befanden sich 601 637 noch nicht vierzehnjährige Kinder, 828 879 Knaben und 272 758 Mädchen.

Strafmandat gegen Wahlrechtskampf.

Der Genosse Lohé in Offenbach hat ein Strafmandat in Höhe von 40 M. erhalten wegen Vergehens gegen § 7 des Reichsvereinsgesetzes (Veranstaltung eines öffentlichen, nicht genehmigten Umzuges). Er soll die Wahlrechtsdemonstration vom 5. Dezember v. J. in Offenbach „veranstaltet“ haben. Wegen des Strafbefehls ist richterliche Entscheidung beantragt.

Aus dem badischen Landtage.

In der Budgetkommission wurde Donnerstag morgen durch ein Kompromiß der Nationalliberalen mit dem Zentrum das badische Biersteuergesetz angenommen. Die Sozialdemokratie brachte darauf einen scharfen Antrag ein, in dem gefordert wird, daß die Brauereiarbeiter, die durch den Rückgang des Bierkonsums arbeitslos werden, eine Entschädigung aus der Staatskasse erhalten. Diese Entschädigung soll gezahlt werden vom 1. Februar 1910 bis 31. Dezember 1911. Eine Entscheidung über den Antrag ist noch nicht getroffen.

Steuereintreibung bei Arbeitslosen.

Der Rätzer Bürgermeister hat es zur Kenntnis gekommen, daß die staatlichen Steuerpfandmeister die Löhne, die den städtischen Notstandsarbeitern ausbezahlt wurden, mit Beschlag belegten und die rückständigen Steuern von diesem Lohn in Abzug brachten. Auf eine Beschwerde dieser Arbeiter hat sich die Bürgermeisterei an das Großherzogliche Ministerium gewandt und um Abhilfe gebeten. Aus Darmstadt kam nun Mittwoch die Antwort, daß rechtlich einer Pfändung der Löhne der Notstandsarbeiter nichts im Wege stehe, daß das Ministerium aber die Finanzämter anweisen würde, mit größtmöglicher Schonung vorzugehen und die rückständigen Steuern in kleinen Raten zu erheben. — Es ist zu bemerken, daß die Arbeitslosen 1,80 M. Tagelohn erhalten!

Nadelstichpolitik.

Die Stadt Köln entzog den Arbeitern die Benutzung der städtischen Turnhallen, die ihnen seit 10 Jahren zur Verfügung gestanden haben. Gründe für diese Maßregel wurden nicht angegeben.

Frankreich.

Die Schuldebatte.

Paris, 20. Januar. Am Schluß der heutigen Sitzung, die sich noch mit dem Etat des Unterrichtsministeriums beschäftigte, sprach der Berichterstatter Steeg, der die Kompagne gegen die Patenschule verurteilte. Redner wies die gegen die Lehrer erhobenen Vorwürfe der Unmoral und antipatriotischen Gesinnung zurück, ebenso die Beschuldigung, daß die steigende Kriminalität der Jugendlichen der Primärschule zu verbanen sei. Sie sei einer jugendlichen Presse und dem Alkoholismus zu zuschreiben. Das Verhältniß müsse organisiert werden. Steeg schloß mit einem Appell an die aufgeregte gegenüber der unwissenden Demokratie.

Italien.

Zumulte wegen der Mietpreise in Neapel.

Napel, den 17. Jan. (Eig. Ber.) Auf Veranlassung der Arbeiterkammer haben am 16. d. M. in Neapel 8 Versammlungen stattgefunden, in denen gegen das stetige Steigen der Mieten protestiert wurde. Die Teilnehmer an diesen Versammlungen sollten sich dann vereinigen und vor das Rathaus begeben, wo der Bürgermeister eine Kommission empfangen sollte. Die Versammlungen waren sehr zahlreich besucht, an jeder einzelnen nahmen über 3000 Personen teil. Gegen 1 Uhr gingen die ersten Bänder der Demonstranten an, sich an den Eingängen des militärisch besetzten Rathauses zu zeigen. In den Bändern wurden Plakate getragen, auf denen zu lesen war: „Die Wohnungsmiete darf uns nicht das Brot wegnehmen!“ „Für jedes demolierte Haus 3 neue Bauten!“ „Bezahlt die Miete nicht!“ usw. Die leitangeführte Inschrift schien den Polizisten auf die Nerven zu fallen, denn sie warfen sich wie rasend auf sie und verdrängten sie ihren Trägern zu entziehen. Schließlich, nachdem sie weidlich um sich geschlagen haben, trugen sie die Inschrift im Triumph davon, müssen sie aber bald wieder ausliefern, da der Republikaner A. I. Belli sie auf der Polizeidirektion reklamierte. Nachdem 10 000 Demonstranten auf den Platz gedrungen waren, begab sich die Kommission auf das Rathaus, wo sie von einem Stellvertreter des Bürgermeisters empfangen wurde und ihre Forderungen auseinandersetzte. Während im Rathaus verhandelt wurde, warf sich die Polizei mit wahrer Verfechterei auf den von der Piazza della Borsa kommenden neuen Zug. Raschlich leisteten die Demonstranten Widerstand und durchbrachen die Fronten. Nun verlor die Polizei ganz und gar den Kopf und die drei Trompetensignale die Polizei ganz und gar den Kopf und die drei Trompetensignale gaben das Signal zum Räumen des Platzes. Es liegt auf der

Hand, daß eine mit Solben bedeckte 10 000 Köpfige Menge, die zum Teil zum Räumen des Platzes, zum Teil zum Widerstand entschlossen war, das Bild des größten Tumultes bieten mußte. Nur der Unficht der Kommission, die sofort die Verhandlungen im Rathaus abbrach, ist es zu danken, daß kein Unglück geschehen ist. Die während des Tumultes Verhafteten, im ganzen 9 Personen, mußten freigelassen werden, damit die Menge sich bereit erklärte, ruhig den Platz zu räumen. Die Demonstranten blieben so Sieger auf der ganzen Linie: sie hatten der Polizei erst das Platz abgenommen, dann den Rathausplatz besetzt und schließlich die Herausgabe der Verhafteten erzwungen. Wäre es nicht besser, derartige gleichzeitig lächerliche und hochgefährliche Spielereien wegzulassen und solchen friedlichen Demonstrationen keinerlei Hindernisse in den Weg zu legen? Bei der provozierenden Haltung der Polizei hätte ohne die Mäßigung der Menge unermessliches Unheil entstehen können.

Rußland.

Räuberhauptmann von „Gottesgnaden“.

Der Zar von Rußland hat seine beiden Vördergesellen P. I. Iownew und Jusewitsch-Karaskowski, die den Dumaabgeordneten Professor Herzenstein im Sommer 1907 in Finnland (Terijoki) ermordeten, „begnadigt“. Beide Räuber waren von den finnischen Gerichten zu Gefängnis verurteilt und der finnische Senat hatte ein Begnadigungsgesuch als in keiner Weise begründet abgewiesen. Nun hat der Zar seinen lieben Helfersburschen die Freiheit wiedergegeben — in Ansehung ihrer „guten Dienste“. Denn alle mitleidigen Personen sind noch nicht ermordet!

Japan.

Die mandchurischen Bahnen.

Tokio, 21. Januar. Die Antwort Japans auf den Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs Knox wegen der Neutralisierung der mandchurischen Eisenbahnen ist dem amerikanischen Botschafter gestern nachmittag überreicht worden. Der Inhalt wird nicht bekannt gegeben, doch besagen Nachrichten aus bester Quelle, daß die Antwort nicht unangenehm sei. Japan weigerte sich, der Neutralisierung zuzustimmen, und zwar aus mehreren Gründen, besonders weil sie weder für Japan noch für China einen Vorteil bedeuten und die kommerzielle Lage in der Mandchurie nicht ändern würde, wo Japan an seinen Versprechungen betreffend die offene Tür und die gleiche Gelegenheit für den Handel aller Mächte streng festhalte. Man glaubt, daß die Antwort in freundschaftlichem Tone gehalten ist.

Nicaragua.

Neue Kämpfe.

New York, 20. Januar. Wie aus Managua gemeldet wird, hat Präsident Madriz angeichts des Verhaltens Estradas aufs neue die Friedensunterhandlungen abgebrochen und Verhandlungen an die Front beordert zu einem entscheidenden Schlag gegen die Aufständischen.

Aus der Partei.

Andrea Costa.

Rom, 21. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Costa, welche in Rom zu Imola aufgefaßt worden. Der Parteivorstand veröffentlicht ein Trauermanifest. Die österreichische und die französische Parteilitung sondet Beileidsdepeschen. Die Beerdigung findet am Samstag statt; der Kammerpräsident Marcora wird daran teilnehmen. Die Leiche wird auf Wunsch des Verstorbenen verbrannt.

In Andrea Costa ist einer der ältesten und eifrigsten Kämpfer des Sozialismus in Italien dahingegangen. Er hat den Selbstständigkeitsprozeß des italienischen Sozialismus, der sich von dem zunächst die politisch erwarteten Arbeiterischen Italiens beherrschenden Anarchismus löste, mit durchgeführt, stand zu Anfang der 90er Jahre mit an der Spitze der italienischen Sozialdemokratie, war einer der ersten, die sie im Parlament vertraten, hat die bitteren Jahre der Verfolgungen tapfer mit durchgeschlagen und ist des öfteren wegen seiner Parteilichkeit ins Gefängnis gewandert. Als Vizepräsident der Kammer hat er noch in letzter Zeit in würdiger Weise den republikanischen Standpunkt der Partei vertreten, indem er mit scharfer Begründung die Beteiligung am Hofgange ablehnte.

Die italienische Sozialdemokratie verliert in ihm einen ihrer Besten. Die proletarische Internationale vereint sich mit ihr in ehrendem Gedanten an der Bahre des tapferen Kämpfers.

Sozialdemokratische Stadtverordnete und Kaiserhof.

Die „Allgemeine Zeitung“ und die „Tägliche Rundschau“ streiten sich um die Stettiner sozialdemokratischen Stadtverordneten, die revisionistisch geworden sein sollen, weil sie diesmal am Anfang der ersten Stadtverordnetenversammlung des Jahres das übliche Kaiserhofstehend abwarteten, während sie früher den Saal verlassen hätten.

Der Streit beruht auf einem falschen Bericht der „Täglichen Rundschau“. Schon seit Jahren erwarten die Stettiner sozialdemokratischen Stadtverordneten das Kaiserhofstehend und sind auch in diesem Jahre von dem alten Brauch nicht abgegangen.

Kommunalwahltag.

Ein glänzender Sieg erfochten unsere Genossen in der dritten Wählerklasse in Vodejuch bei Stettin. Ihr Kandidat erhielt 170, der bürgerliche Gegner einige 20 Stimmen. Vodejuch hat jetzt zwei sozialdemokratische Vertreter.

Die badische Landeskonferenz in den Organisationen.

Eine Wahlkreis-Konferenz des ersten badischen Reichstagswahlkreises, die von zwanzig Personen besucht war, nahm nach einem Referat des Genossen Engler-Freiberg über die Offenburger Konferenz folgende Resolution an:

„Die Wahlkreis-Konferenz für den ersten Wahlkreis stimmt den in Offenburger gefaßten Beschlüssen zu, weil die Beschaffung von Mitteln für die Landesliste eine Notwendigkeit ist. Die Abhaltung eines Parteitag im Februar hält die Konferenz nicht für notwendig. Die Konferenz wünscht, daß in Zukunft Konferenzen der Wahlkreisvorsitzenden nur in dringenden Fällen stattfinden, und die Rechte des Parteitag gewahrt bleiben.“

Reichstagskandidatur.

Im Reichstagswahlkreis 4. (Elsass-Lothringischer) wurde Genosse Widj, Arbeitersekretär in Wülhausen, als Kandidat aufgestellt.

Jugendbewegung.

Die Schule im Kampf gegen die Jugendlichen.

Die Direktion der Kölner Fortbildungsschulen fordert die Lehrer auf, mit allen Mitteln der Agitation für die proletarische Jugendorganisation entgegenzuwirken. Sie empfiehlt auch gleichzeitig, eine Propaganda für die konfessionellen Jugendvereine zu entfalten. Daß die Direktion in ihrem Kampf gegen die freie Jugendbewegung kein Mittel spart, geht schon daraus hervor, daß sie über die jugendlichen Flugblattverbreiter Disziplinarstrafen verhängt hat.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Tarif der Bauanschläger bedroht.

Im Mai letzten Jahres wurde der Tarif der Bauanschläger auf drei Jahre verlängert, aber nicht lange danach, im Juli, wurden schon Beschwerden laut, daß verschiedene Unternehmer für einige Positionen die festgesetzten Preise nicht zahlen wollten. Die Organisation der Arbeiter richtete ein Schreiben an den Schutzverband der Unternehmer, um die Angriffe auf den Tarif abzuwehren. Es wurde vorgeschlagen, daß die Schlichtungskommission sich mit der Angelegenheit beschäftige. Der Streit droht sich hauptsächlich um die Bezahlung der sogenannten Garnituren und Oliven, die jetzt anders geregelt werden sollte, während bei der Verlängerung des Tarifvertrages keine Rede von Veränderungen einzelner Positionen war. Die Schlichtungskommission hatte eine ganze Reihe von Sitzungen abgehalten, im August, im Oktober, im November und im Dezember. Am 22. November fand eine Sitzung statt, in welcher — im Einverständnis auch mit dem „Verein der Bauanschläger“ — beschlossen wurde, eine Subkommission zu bilden, die nach genauer Prüfung der Sachlage einen Vorschlag zum Frieden machen sollte. Dies geschah; die Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer einigten sich dahin, daß für die in Frage stehenden Positionen der Preis unter bestimmten Bedingungen um 5 Pf. ermäßigt werden sollte. Die Partei der Arbeiter in der Schlichtungskommission war bereit, den Bauanschlägern die Annahme dieses Vorschlages zu empfehlen. Weiter konnten sie nicht gehen; sie konnten nicht zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, zu einem offensichtlichen Tarifbruch ihre Zustimmung geben. Die Behauptung der Unternehmer, daß durch die Neuregelung der umstrittenen Arbeiten weniger Mühe verursacht werde, stößt bei den Arbeitern auf Widerspruch. Der Vorschlag der Subkommission fand bei den Unternehmern keine günstige Aufnahme.

In der Sitzung der Schlichtungskommission vom 2. Dezember vorigen Jahres erklärte die Arbeiterpartei in der Kommission als ihren Beschluß, daß vorläufig keine Änderungen im Tarif vorgenommen werden sollen, daß aber in der Streitfrage betreffend Anschlägen der Schlichter ohne Garnituren dahin entschieden werden sollte, für die Minderleistung, die in dem Nichtanbringen der Garnituren liegt, 15 Pf. weniger zu zahlen. Ferner sollte für die eingesparten Einreißer mit Schließblech, für die im Tarif die Preise zugleich mit dem Aufschlag der Deckplatte und Olive festgelegt sind, 10 Pf. weniger bezahlt werden, wenn Deckplatte und Olive nicht mit angeschlagen werden.

Damit kamen die Verhandlungen wieder zum Stillstand. In einer allgemeinen Versammlung der Bauanschläger, die am Donnerstagabend im Gewerkschaftshaus stattfand und sehr stark besucht war, erstattete Otto Hande vom Deutschen Metallarbeiterverband Bericht über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen. Er betonte, daß viele Unternehmer den Tarif bezahle und daß es sich nur um eine bestimmte Reihe von Firmen handle, die die Anerkennung des Tarifs in den erwähnten Positionen verweigern. Weitere Verhandlungen seien aussichtslos und es gelte nun, daß die Bauanschläger überall an den Tarifpreisen mit Zähigkeit festhalten. Für die daraus entstehenden Differenzen und eventuellen Folgen tragen nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer allein die Verantwortung. Die Kommission empfahl die folgende Resolution zur Annahme:

„Die Versammlung der Bauanschläger vom 20. Januar beschließt, die bisherige Bezahlung der Arbeiter, wie sie tariflich festgelegt wurde, auch in Zukunft zu verlangen. Sollte eine Firma versuchen, die einzelnen Preise zu reduzieren, dann ist die betreffende Arbeit zu verweigern und sofort die Organisation von dem Vorfalle zu benachrichtigen.“

In der Diskussion waren sich alle Redner dahin einig, daß die Angriffe auf den Tarif abgewehrt werden müßten und einstimmig wurde die Resolution angenommen.

Deutsches Reich.

Ein Unternehmertrick,

um das Streikpostenflehen illusorisch zu machen!

Bei der Firma Hugo Linder, Deltawerk, Solingen, Gasstraße 18, stehen seit dem 27. Dezember 1909, wie der „Vorwärts“ schon berichtete, 130 Arbeiter im Streik, da der Unternehmer die tariflichen Abmachungen durchbrochen hat. Obgleich die bestreikte Firma alles daran setzt, Arbeitswillige heranzuziehen, ist es ihr doch nur in den seltensten Fällen gelungen, solche zu bekommen. In fast allen Großstädten erklärt Linder in den Zeitungen Inserate, in denen er Löhne von 30 bis 60 M. verspricht. Kommen die Arbeiter nun in Solingen an, dann wird ihnen einmal Aufführung von den streikenden Arbeitern gegeben und betrübt, um einige Erfahrungen reich, kehren die Zugereisten, den Unternehmer verurteilend, wieder um. Da es nun anständige Arbeiter ablehnen, den Streikenden in den Rücken zu fallen, muß die Polizei und die berüchtigte „Herberkolonne“, die sich überall einfindet, wo Arbeiter im Kampfe stehen, helfen. Vor einigen Tagen kam es abends aus irgendeinem Anlaß zwischen Arbeitswilligen und anderen Arbeitern zu einem Streit; die Folge war, daß die Polizei das Streikpostenflehen verbot! Nach zwei Tagen wurde das Verbot auf Vorkellernwerden der Streikleistung beim Oberbürgermeister und Polizeinspektor wieder aufgehoben, zum größten Aerger des bestreikten Fabrikanten, und weil man einfach, daß sich das Verbot nicht aufrechterhalten ließ. Herr Linder hatte nämlich am selben Abend den Trick gebraucht, zwei Streikbrecher persönlich nach Hause zu begleiten. Bei dieser Gelegenheit wollte nun der Fabrikant mit einem Stein geworfen worden sein, denn auf dem Wege in die innere Stadt drehte sich Herr Linder plötzlich um und schrie den ihn begleitenden Polizeibeamten an: „Können Sie nicht sehen, daß ich geworfen worden bin“, worauf der Beamte, der direkt hinter ihm ging, erwiderte: „Nein, ich habe nichts gesehen; kann ich mir tun, als hinter Ihnen hergehen und aufpassen!“ Dieser Vorgang wiederholte sich kurz darauf noch einmal. Linder beschwerte sich bei der Polizeiverwaltung, worauf das Streikpostenflehen verboten wurde. Da von dem „Durs“ niemand etwas gesehen hatte, liegt die Annahme nahe, daß Linder die Polizei gegen die streikenden Arbeiter scharfmachen wollte. Noch eines weiteren charakteristischen Vorganges wollen wir hier Erwähnung tun. Als unter den Streikenden bekannt wurde, daß die „Herberkolonne“ ankam, begaben sich eine Anzahl Streikender nach dem Bahnhof. Zwei Polizeibeamte und ein Radmeister sowie Herr Linder jr. erwarteten ebenfalls den Transport. Bei der „Verhaftung“ der Streikbrecher in den Wagen der Firma trat ein Streikender an denselben heran, um sich die Ketten einmal anzuschauen. Plötzlich trat Herr Linder jr. zu dem streikenden Arbeiter und sagte: „Trittst Du noch einen Schritt weiter, so sehe ich Dir was unter die Rippen!“ Wäre ein streikender Arbeiter gegen einen Streikbrecher oder den Unternehmer in dieser Weise vorgegangen, so hätte man ihn sicher ohne viel Federlesens hinter schwedische Gardinen gebracht. Bis jetzt ist es den Streikenden gelungen, mit wenigen Ausnahmen, sämtliche ankommenden auswärtigen Arbeitskräfte wieder abzuschließen und über kurz oder lang wird der Unternehmer einsehen müssen, daß er sich besser stellt, wenn er den Forderungen der Arbeiter entspricht; denn selbst der Arbeitgeberverband, der bei Ausbruch des Streiks auf Seiten des Herrn Linder stand und eine schwarze Liste der streikenden Arbeiter veröffentlichte, ist anderen Sinnes geworden und hat die Listen wieder außer Kraft gesetzt und die Forderungen der Arbeiter als berechtigt anerkannt. — Falls kein Arbeiter auf die Arbeitsangebote der Firma Hugo Linder, Solingen, Gasstraße 18, herein.

Streik der Färbereiarbeiter in Aussicht.

Die Färbereiarbeiter von Elberfeld-Barmen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie beanspruchten eine Lohn-erhöhung und Freigabe des Sonnabendnachmittags. Die Unter-nehmer haben unter Hinweis auf die Konkurrenz ablehnend ge-antwortet. Eine stark besuchte Versammlung der Färber, an der auch der Verbandsvorsitzende Häfisch-Berlin teilnahm, erklärte ein-stimmig, an den Forderungen festhalten zu wollen, doch sollen die Arbeiter noch einmal bei den Unternehmern vorstellig werden. Erfolgt wieder Ablehnung der Forderungen der Arbeiter, so soll eine allgemeine Arbeitsniederlegung erfolgen. In einem Betriebe ist die Arbeitsniederlegung schon erfolgt; dort wies der Unternehmer den Arbeitervertreter, der mit ihm unterhandeln wollte, barsch zur Tür hinaus. Es kommen etwa 2000 Arbeiter in Betracht.

Lohn Differenzen in der Steinindustrie.

In dem Marmorbetriebe der Firma Krebs in Balduin-stein a. d. Ruhr wurden in vier Wochen etwa 40 organisierte Arbeiter entlassen. Als Grund der Entlassung wurde Arbeitsmangel angegeben, tatsächlich sind aber Maßregelungen darin zu erblicken. Die Vermittelungen des Gauleiters und die des Gewerberates ver-ließen resultatlos. Da weitere Kündigungen erfolgt sind, und Herr Krebs eine Verhandlung mit dem Verbandsvertreter ablehnte, reichten sämtliche noch dort beschäftigten Arbeiter die Kündigung zum 1. Februar ein. In Betracht kommen 45 Arbeiter.

In dem Granitwerk der Firma Dassel in Alagen bei Soest (Westfalen) sind den dort beschäftigten Steinhauern und Schleifern am letzten Lohnzuge bei Berechnung der Klobarbeit starke Reduzierungen gemacht worden. Diejenigen Arbeiter, die ihren vollen Lohn verlangten, wurden entlassen. Da weitere Entlassungen noch folgen sollten, reichten die anderen Arbeiter die Kündigung zum 1. Februar ein. In Betracht kommen 25 Mann. Zugun- zug nach beiden Orten ist streng fernzuhalten.

Die Tarifbewegung in der Münchener Schuhindustrie

hat ihr Ende erreicht. Die von den vereinigten Ringsfabrikanten der Arbeiterschaft geforderten Verschlechterungen, wie Verlängerung der Arbeitszeit um 1/4 Stunde, Preisgabe des 1. Mai (wird seit 17 Jahren gefeiert) usw. wurden einstimmig zurückgewiesen. Die Unternehmer wollten diese Verschlechterungen einfach durch einen Anhang zur Fabrikordnung zur Einführung bringen. Die Folge war, daß nachdem eine zwischen den Parteien gepflegte Unterhandlung zu keinem Resultate führte, die Arbeiter in einem Betriebe die Kündigung erreichten. Hierauf kündigten sämtliche Ringsfabrikanten ihren Arbeitern und Arbeiterinnen. Vor Ablauf der Kündigungsfrist fand sodann eine Ver- handlung statt, die nach dreitägiger Dauer zu einer Verständigung führte. Die Unternehmer machten folgende Zugeständnisse: Zurück- ziehung der diffizilen Verschlechterungen, Lohnzulagen in der Höhe von 1-2 M. pro Woche; Schaffung eines paritätischen Arbeitsnach- weises; an Sonntagen und Vorabenden von gesetzlichen Feiertagen statt wie bisher um 5 Uhr — um 4 1/2 Uhr Arbeitsstopp; Festlegung eines Mindestlohnens von 41 Pf. für Lederarbeiter und Sockenmacher; Abschluß eines Tarifvertrages auf die Dauer von vier Jahren, ab 1. Januar 1912 für die Zeitlohnarbeiter und Arbeiterinnen eine Zulage von unter 30 Pf. Stundenlohn 1 Pf., über 30 Pf. Stundenlohn 2 Pf. und für die Klobarbeiter und Arbeiterinnen eine Zulage von 2 Proz. Dazu kommen noch eine Reihe weiterer im Vertrage festgelegter Verbesserungen der Arbeits- verhältnisse. Die Firma Monachia (Schneider Regensheimer), die seinerzeit aus dem Fabrikantenverbande austrat, bei der allgemeinen Kündigung aber trotzdem auch ihrer Arbeiterschaft kündigte, hat eben- falls einem Tarife zugestimmt, der sich in gleichen Rahmen hält, wie der mit den Ringsfirmen abgeschlossene.

Warnung. Ein Schwindler versucht Gewerkschaftsgelder zu erhalten. Er hat sich in Offenbach bei der Frau eines Unter- lassierten des Fabrikarbeiterverbandes als Beauftragter des Haupt- vorstandes vorgestellt und die eingegangenen Gewerkschaftsgelder mitzunehmen versucht. Als er das Geld nicht bekam und ihm mit dem Schuhmann gedroht wurde, ist er verduftet.

Es ist anzunehmen, daß er dasselbe Manöver auch in anderen Städten wiederholt.

Ausland.

Die Lage in Dänemark.

Die dänische Arbeitgebervereinigung hatte bekanntlich am 14. Januar an den Gesamtverband der Gewerkschaften die Auf- forderung gerichtet, dahin zu wirken, daß von den einzelnen Ge- werkschaften keine Forderungen auf Lohnhöhe oder Arbeits- zeitverlängerung gestellt werden. Die allgemeine Wirtschaftslage sei ebensovornig wie vor einem Jahre dazu angetan, daß die Arbeit- geber derartigen Forderungen entgegenkommen könnten. Es lagen der Arbeitgebervereinigung bereits 24 Tarifkündigungen vor, und fast täglich erhalte der geschäftsführende Ausschuss Mitteilung von neuen Kündigungen, hieß es in dem Schreiben. Der Ausschuss des Gesamtverbandes der Gewerkschaften hat nun am Mittwoch auf dieses Schreiben geantwortet. Er sagt in dem Antwortschreiben, daß die Klagen der Arbeitgebervereinigung über die vielen Tarif- kündigungen denn doch wohl etwas übertrieben wären, und weist auch darauf hin, daß die von den Arbeitern ausgegangenen Kündi- gungen zusammen nur ein paar tausend Mann umfassen, während die von der Arbeitgebervereinigung veranlassete Tarifkündigung im Gaugewerbe der Provinz allein sich schon auf 6000 Mann er- streckt. Der Ausschuss der Gewerkschaften spricht ferner die Er- wartung aus, daß der Ausschuss der Arbeitgebervereinigung sich doch wohl nicht systematisch allem Fortschritt in den Arbeits- bedingungen selbst solcher Arbeitergruppen entgegensetzen wolle, die berechtigten Grund haben, sich zu beklagen, und liefert dann den Nachweis, daß verschiedene Unternehmer ihren Aktionären noch recht annehmbare Dividenden zahlten. Weiter heißt es in dem Ant- wortschreiben:

„Es ist uns bekannt, daß der geehrte Ausschuss der Arbeit- geber an alle der Arbeitgebervereinigung angehörende Organi- sationen eine Instruktion geschickt hat, wonach sie, bevor sie in eventuelle Verhandlungen mit Arbeiterorganisationen eintreten, dem Ausschuss der Arbeitgebervereinigung mitteilen sollen, was sie glauben bewilligen zu können, damit der Arbeitgeber- vereinigung Gelegenheit gegeben wird, Ein- spruch zu erheben, wie es ausdrücklich in der Instruktion heißt.“

Der Arbeitgeberausschuss wird schließlich aufgefordert, wenn ihm so sehr viel am Arbeitsfrieden gelegen ist, diese Instruk- tion zurückzuziehen und so den einzelnen Arbeitgeber- organisationen im ganzen Lande freie Hand zu lassen, mit den Arbeitern zu verhandeln und sich mit ihnen zu einigen.

Es war schon lange eine bekannte Tatsache, daß die in Kop- penhagen sitzenden Leiter der Arbeitgebervereinigung auf die Arbeit- geber der verschiedenen Verufe im ganzen Lande einen Zwang aus- üben, sich nicht mit ihren Arbeitern zu einigen, und dadurch immer von neuem mutwillig und gegen den Willen der Arbeiter sowohl wie der betreffenden Arbeitgeber große Kämpfe heraufbeschwören. Die dem Ausschuss des Gewerkschaftsverbandes bekannt gewordene „Instruktion“ ist nur ein neuer Beweis dafür, daß die Herren tat- sächlich dieses verwerfliche Spiel systematisch betreiben.

Ueber angebliche Ausschreitungen der englischen Kohlengräber berichtet das offizielle Wolffsche Telegraphenbureau. Danach sollen im Kohlenbergwerk von Norton bei Seaham Harbour in der Grafschaft Durham mehrere hundert ausständigige versetzt haben, sich eines Kohlenvorrates zu bemächtigen. Sie wurden aber von ungefähr sechzig Polizeibeamten zurückgetrieben. Die Menge bewarft sodann die Polizei mit Steinen. Darauf gab die Polizei Feuer und verwundete sechs Streikende. Die Ausstän- digen begannen, immer nach der Darstellung des Wolffschen Bu- reaus, mit einem neuerlichen Steinhagel gegen die Polizei, durch den viele Leute verwundet wurden. Auch in die Bergwerksanlagen

und in das Haus des Direktors wurden angeblich zahlreiche Steine geworfen.

Die ausständigen Weichensteller bei den Chicagoer Eisen- bahnen haben nach Wolffs Bureau eine vorläufige Einigung er- zielt.

Aus der Frauenbewegung.

Für das politische Frauenwahlrecht in Dänemark.

Der dänische Minister des Innern B. Munck erklärte am Dienstag in einer Frauenversammlung zu Kopenhagen, daß von den verschiedenen Punkten des Verfassungsreformprogramms der Ab- soluten die Forderung des politischen Frauenwahlrechts wenig Wider- spruch hervorrufen werde. Die Parteien hätten eingesehen, daß dieser Akt der Gerechtigkeit keine Folgen haben werde, die besonders zu fürchten wären. Etwas zu befürchten hätte nur die Partei, die sich der Forderung entgegenstellte.

Millionärstöchter und Spekulant. Eine der streikenden Blusen- arbeiterinnen besuchte am Donnerstag das Welledey und hielt eine Ansprache an die Studentinnen über die Lage in der Blusenindustrie und über die traurigen Verhältnisse der Blusenarbeiterinnen. Die Studentinnen stellten der Rednerin eine Summe von 1000 Dollars in bar, sowie einen Auftrag auf tausend Blusen zur Verfügung. Durch diese Order wird die Erbauung einer Fabrik gesichert, welche die Tochter des bekannten Millionärs Pjerpout Morgan in Aussicht gestellt hatte, sobald die Streikenden einen Auftrag von wenigstens tausend Blusen erhalten hätten.

Verammlungen.

Deutscher Rüricherverband. In der am Mittwoch abgeschlossenen Generalversammlung der Filiale Berlin erstattete der Kassierer Runtan die Jahresabrechnung für 1909. Einer Einnahme von 21 430,58 M. steht eine Ausgabe von 21 205,58 M. gegenüber. Es bleibt ein Bestand von 135 M. Für Unterstützungen wurden ausgegeben an Streikende 2313 M., an Kranke 1081 M., Redu- zierung 175 M., für den schwedischen Generalstreik 2700 M. — Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1909 280 männliche und 42 weibliche. Am 12. Januar 1910 waren 410 männliche und 537 weibliche Mitglieder vorhanden. Im Laufe des Jahres wurden abgehalten 7 Mitglieder-, 6 General-, 2 öffentliche, 16 Sektions- versammlungen, 133 Werkstattsitzungen. — Regye erstattete den Bericht der Ortsverwaltung. Zu Anfang des Jahres war die Be- wegung aus Anlaß der Kündigung des Tarifs der Rührermacher. Die Folgezeit hat gezeigt, daß es auch ohne Tarif geht. Der Ab- schluß des Leipziger Juridiktors, der als Reichstarif gilt, hat für die Berliner Juridiktorschlichtungen gebracht, die hoffent- lich nach dem in diesem Jahre erfolgenden Ablauf des Tarifs wieder gut gemacht werden können. Größere Kämpfe waren im vergan- genen Jahre nicht zu führen. — Die Agitation hatte guten Erfolg, der sich in einer Zunahme der Mitgliederzahl zeigt. Doch ist die Situation der Mitglieder immer noch eine große, besonders bei den weiblichen Mitgliedern. Der Arbeitsnachweis verzeichnete im Laufe des Jahres 993 Arbeitsjüngende. 1300 offene Stellen wurden gemeldet und 548 Stellen besetzt. — Die Berichte gaben keinen An- laß zur Diskussion. — Es folgte die Neuwahl der Ortsverwaltung. Der erste Bevollmächtigte fand nicht zur Wahl. Gewählt wurden als 2. Bevollmächtigte Vertius, 1. Kassierer Runtan, 2. Kassierer Neubert, 1. Schriftführer Bitter, 2. Schriftführer Knappe, Beisitzer Jrl. Schürmagne, Jrl. Wuttig, Frau Schneider, Revisoren Haus- nig, Stein, Keller, Erbschreiber Hofsta.

Eine längere Debatte rief eine im Betriebe von S. Gärtner ausgebrochene Differenz hervor. Da die neue Gewerbeordnungs- novelle vorschreibt, daß Arbeiterinnen am Sonnabend und am Tage vor dem Festen nicht nach 5 Uhr beschäftigt werden dürfen, so er- gibt sich für den genannten Betrieb Auf halbständige Verlegung der Arbeiterinnen am Sonnabend. Da für Arbeiter und für Arbeiter- innen die gleiche Arbeitszeit besteht und beide Kategorien zu- sammenarbeiten, so würde die Verlegung auch den männlichen Ar- beitern zugute kommen. Der Betriebsinhaber verlangt, daß die halbe Stunde, welche ihm am Sonnabend verloren geht, am Freitag nachgeholt wird. Die männlichen Arbeiter von S. Gärtner sind damit einverstanden und haben auch die Arbeiterinnen zu bewegen gewußt, sich auf denselben Standpunkt zu stellen. — Die Verbands- leitung erklärt das Verhalten der Gärtnerischen Arbeiter als un- zulässig, da die Vergünstigung, welche das Reich den Arbeiterinnen gewährt, nicht dadurch umgangen werden dürfte, daß die am Sonn- abend genommene Arbeitszeit an einem anderen Tage wieder zu- gegeben werde. Die Gärtnerischen Arbeiter suchten in der Ver- sammlung ihr Verhalten zu rechtfertigen, indem sie sagten: In allen Betrieben unserer Branche besteht die neunständige, bei Gär- tner aber die 8 1/2stündige Arbeitszeit. Wenn wir jetzt am Freitag eine halbe Stunde länger arbeiten, so sehen wir hinsichtlich der Ar- beitszeit immer noch günstiger da, wie die Kollegen in anderen Betrieben mit neunständiger Arbeitszeit, denen die halbe Stunde am Sonnabend zugute kommt. Wenn wir am Freitag neun Stun- den arbeiten, so überschreiten wir nicht einmal die tarifmäßige Ar- beitszeit. — Diese Ausführungen erfuhren durch alle anderen Dis- kussionsredner den schärfsten Widerspruch. Den Gärtnerischen Ar- beitern wurden wegen ihres Verhaltens heftige Vorwürfe gemacht. Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche besagt, daß die neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung streng beachtet werden müssen und die am Sonnabend genommene halbe Stunde nicht an anderen Tagen nachgearbeitet werden darf, da dies nicht der Ab- sicht des Gesetzgebers entspricht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Englische Wahlergebnisse.

London, 21. Januar. (W. T. B.) Bis 10 1/2 Uhr abends waren gewählt: 182 Unionisten, 151 Liberale, 31 Mitglieder der Arbeiterpartei und 58 Nationalisten.

Die Schuldebatte in der französischen Kammer.

Paris, 21. Januar. (W. T. B.) In der Deputierten- kammer erklärte auf verschiedene das Laienschulwesen betreffende Interpellationen Ministerpräsident Briand: Die Kirche habe mit Worten des Kampfes auf die zum Frieden mahnenden Stimmen geantwortet. Es gäbe Katho- liken, die keinen Frieden wünschten, weil er ihren Plänen hinder- lich sei. (Beifall bei den Republikanern). Die die Sache des Friedens verfechtenden Katholiken würden als Verräter hinger- stellt. Der ausgebrochene Kampf sei einem gemeinsamen Plan der Gegner der Republik entsprungen. Die Bischöfe seien schuldlos geworden, als sie an den Kundgebungen teil- nahmen und hätten es wohl zu spüren bekommen. Demgemäß hätten der Bischof von Versailles, der Bischof von Rizza und andere Einschränkung des Kampfes empfohlen. Der Ministerpräsident erklärte ferner, er sei einer Aussprache der Familiensitzer mit den Lehrern nicht entgegen, unter der Bedingung, daß sie aufrichtig sei. Die Regierung sei entschlossen, die Lehrer gegen unredliche Angriffe zu verteidigen. Er habe das größte Vertrauen zu ihnen. Die gegenwärtigen Verordnungen hätten ihnen ein klareres Bewußt- sein von der Wichtigkeit ihrer Aufgaben gegeben.

Eine folgenschwere Explosion.

Deggendorf, 21. Januar. (W. T. B.) In dem staatlichen Berg- werke Bodenweis erfolgte bei Sprengschuharbeiten eine schreckliche Explosion. Der Bergmann Achah wurde hierbei in Stücke gerissen, ein anderer Bergmann namens Saberer er- litt am Kopfe und am ganzen Körper schwere Verletzungen. Er dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Reichstag.

22. Sitzung. Freitag, den 21. Januar, mittags 12 Uhr.

Von Bundesratliche: Wermuth, Wackerzapp.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

zweite Beratung des Etats für das Reichseisenbahnamt.

Die Beratung beginnt beim Titel: Gehalt des Präsidenten: 24 000 M.

Abg. Carstens (fr. Sp.): In Preußen sind die Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter sehr niedrig. Im Direktionsbezirk Altona, wo allgemein in der Industrie die Arbeiter 24 M. Wochenlohn haben, erhalten die Bahnerhaltungsdarbeiter 16 M. und sind allmählich bis auf 18 M. gekommen. Eine Petition um Erhöhung wurde von der Direktion abgelehnt mit der Begründung: man bekomme für 18 M. genügend Arbeiter! (Hört! hört! links.) Abgesehen von der ungenügenden Gehältern, die sich hierin zeigt, ist die Behauptung falsch, und im Sommer sind daher die Bahnerhaltungsdarbeiter nicht imstande, die notwendige Zahl von Arbeitern zu bekommen, so daß die Sicherheit des Betriebes leiden muß! Deswegen hat das Reichseisenbahnamt die Pflicht, sich darum zu kümmern.

Auch die Betriebsmittel sind in Preußen nicht auf der Höhe; der Wagenmangel ist ganz außerordentlich, zum großen Schaden von Handel und Verkehr. Sorgen ist nur die Ueberwachung der Lokomotiv der Reisenden. Wenn ich den „Vorwärts“ in der Eisenbahn lesen will, kann ich ihn nicht bekommen, und es wird mir statt dessen die „Wahrheit“ angeboten. (Heiterkeit.) Der neue Präsident des Reichseisenbahnamts sollte sich bei seinem großen Bruder in Preußen für eine Verbesserung der Verhältnisse verwenden. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Schwabach (nall.): Meine politischen Freunde erkliden nach wie vor in dem Zusammenschließen der Eisenbahnverwaltungen ein erstrebenswertes Ziel, das leider in absehbarer Zeit kaum erreicht werden wird. Auf dem Gebiete der Verkehrsordnung hat sich das Reichseisenbahnamt große Verdienste erworben, das erkenne ich gern an. Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß internationale Tarifierhöhungen dem interessierten Publikum rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Präsident des Reichseisenbahnamts Wackerzapp: Herr Carstens muß ich erwidern, daß die Löhne nicht schematisch festgesetzt werden können. Die hohen Löhne des Westens können nicht ohne weiteres auf andere Gegenden übertragen werden. Der Direktionsbezirk Altona war bisher immer in der Lage genügend Arbeitskräfte zu haben — das beweist der gute Stand der Schienenwege, und daher ist das Reichseisenbahnamt nicht in der Lage, einzugreifen. Die Klagen über Wagenmangel sind erheblich zurückgegangen. Den Wünschen des Abg. Schwabach soll nach Möglichkeit Rechnung getragen werden.

Abg. Zietsch (Soz.):

Die Verschwendung, mit der das Reichseisenbahnamt im Etat figuriert, entspricht völlig der Verschwendung seiner Tätigkeit und der allgemeinen Unkenntnis, die in der Bevölkerung über die Tätigkeit und Aufgaben des Reichseisenbahnamtes vorhanden sind. Der in der Leitung eingetretene Personalwechsel hat bewirkt, daß man im Volke die Frage nach den Funktionen dieses Amtes aufwirft. Meine Freunde sind der Meinung, daß die Arbeiten des Reichseisenbahnamtes die Voraussetzungen nicht erfüllen, die man bei seiner Schaffung hatte. Seine Einnahmen betragen im ganzen 4270 M., seine Ausgaben 485 045 M.! Das heißt von im ganzen 47 Beamten die weitgezogene Tätigkeit des Amtes nicht erfüllt werden kann, ergibt sich ohne weiteres von selbst; es ist ja auch erklärlich, daß der zentralistischen Verfassungen, die bei der Schaffung des Reichseisenbahnamtes zum Ausdruck kamen, die dezentralen Bemühungen der Eisenbahnverwaltungen der Einzelstaaten entgegenstehen, vor allem der preussischen Eisenbahnverwaltung. Deshalb ist auch wenig Hoffnung, daß die vom Abg. Carstens geäußerten Wünsche in einer nahen Zukunft Erfolg haben werden. Das Reichseisenbahnamt ist nicht weiter als ein Desorun (Schaustück) für die Reichseinheit. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten. Es soll die Vereinheitlichung des Verkehrswesens veranschaulichen. In der Praxis aber ist seiner Tätigkeit eine solche Vereinheitlichung nicht gelungen. Das zeigen deutlich die Klagen, die seit Jahren schon hier vorgebracht werden.

Durch das Zurückdrängen des Reichseisenbahnamtes wird die Vereinheitlichung des Verkehrswesens zum Schaden der wirtschaft-

lichen Entwicklung gehemmt. Aus dieser Unmöglichkeit, zu einer strengen Zentralisation zu kommen, ergibt sich ein großes Uebergewicht Preußens gegenüber den Kleinstaaten; diese haben nicht nur ihre politische Selbstständigkeit gegenüber Preußen aufgeben müssen, sondern erleiden auch schwere finanzielle und wirtschaftliche Schäden. Klagen gegen

die anwachsenden Verfügungen der preussischen Eisenbahnverwaltung

kommen nicht nur aus Süddeutschland, sondern vor allem haben auch die thüringischen Kleinstaaten zu klagen. Aus der unendlichen Fülle von Klagen will ich nur einige aus dem Herzogtum Koburg hervorheben. Seit langem besteht in Koburg der Wunsch nach einem Umbau des Bahnhofes. In dieser verkehrsreichen Stadt kommt man auf dem Bahnhof weder Ueberführungen noch Unterführungen, sondern man muß die Weiche übersteigen. Das Reichseisenbahnamt hätte sehr wohl die Gelegenheit, hier einzugreifen. Sie werden sagen, solche Klagen gehören in den preussischen Landtag (Sehr richtig! recht), aber dort werden die Kleinstaaten nicht gehört, und es ist Pflicht des Reichseisenbahnamtes, dafür zu sorgen, daß ein Staat nicht absichtlich die wirtschaftliche Entwicklung eines anderen hemmt. (Beifall.) (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb müssen wir diese Dinge hier im Reichstag vorbringen. Preußen will sich zum Bahnbau nur verstehen, wenn die Rentabilität gesichert ist, und die preussischen Herren berechnen die Rentabilität nach dem Güterverkehr auf den Landstrassen! Das erinnert doch lebhaft an den Ausspruch Friedrich Wilhelms III., als die Bahn von Berlin nach Potsdam gebaut werden sollte: „Nagler (der Postmeister) sagt mir, die Post nach Potsdam fahre nicht immer vollbesetzt, und da soll sich eine Eisenbahn rentieren!“ (Heiterkeit.) Diese Anschauungen haben sich in Preußen bis heute erhalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß manchen Bahnbauten Terrainschwierigkeiten entgegenstehen, verkennt man auch in Thüringen nicht. Im Grunde gibt es aber für die moderne Technik solche Schwierigkeiten nicht mehr, und einige hunderttausend Mark sollten keine Rolle spielen, wenn es sich um die wirtschaftliche Erschließung neuer Gegenden handelt. Wo die Terrainschwierigkeiten übrigens zu groß sind, hätte man doch auf den Gedanken kommen sollen, die Wege durch Automobilverkehr an den Bahnverkehr anzuschließen. Die Bevölkerung kann es nicht verstehen, daß Preußen zu ihrer wirtschaftlichen Förderung keinen Pfennig hergibt und daß man bei ihr zur Zeit der Wahlen, wenn es sich darum handelt, einen patriotischen Reichstag zusammen zu bekommen, von den großen nationalen Aufgaben des Reiches spricht, von der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Erschließung der Kolonien. Für Bahnbauten in den Kolonien sollen auch jetzt wieder 70 Millionen Mark angegeben werden. Verwenden Sie nur einen kleinen Teil davon zur wirtschaftlichen Erschließung jener reizvollen Gegenden Thüringens mitten in Deutschland! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Folge der Verdrängung Preußens ist die politische Unselbstständigkeit der Kleinstaaten. In der Verfassung ist ihnen die Selbstständigkeit garantiert, und äußerlich werden die Hoheitsrechte und die Souveränität gewahrt. Man legt eine kleine Garaison in die Residenzstädte und verpflichtet sie, dem Landesfürsten die militärischen Ehren zu bezeugen, aber die wirtschaftliche Selbstständigkeit hat man ihnen genommen, und es ist auch nicht ausgeschlossen, daß die wirtschaftliche Uebermacht als Pressionsmittel benutzt wird, um die Kleinstaaten in anderer Hinsicht gefügig zu machen. Zu diesen politischen Vorteilen für Preußen gesellen sich direkt finanzielle Vorteile. Nicht genug, daß diese Kleinstaaten bei ihrer ganzen inneren Gesetzgebung beständig nach Preußen schielen müssen, geht ihnen auch der Gewinn des Bahnbetriebes in ihren Ländern verloren. Auf die 1089 Kilometer Bahn in Thüringen kommt ein jährlicher Gewinn von 10 295 400 Mark, den einfach Preußen einsteckt. Das ist um so bedauerlicher, als die in Thüringen stationierten preussischen Bahnbeamten die Staatssteuern nach Preußen entrichten und vielfach auch keine Gemeindesteuern in Thüringen bezahlen. (Zuruf rechts: Seit wann denn?) Das hat die preussische Eisenbahnverwaltung in vielen Verträgen mit den Gemeinden ausdrücklich ausbedungen. (Zuruf rechts: Das ist im vorigen Jahre geändert!) Das wirkt aber noch auf die Staatsdämmerung, die für zwei und drei Jahre aufgestellt sind, und hat in den vorhergehenden Jahren die finanziellen Verhältnisse dieser Gemeinden ganz außerordentlich belastet. Auf den Bahnen, die wirklich gebaut sind, wird das ärmste und schlechteste Material verwendet; obwohl die Reisenden ebensobiel zahlen müssen wie auf Goldbahnen, werden sie in schlimmster Weise durcheinander geschüttelt. Wenn ein Postzug mal über eine Weiche fährt und dem Diener dabei

das Teeröl aus der Hand fällt, so werden umfassende Untersuchungen angestellt; hier aber fragt keiner danach, wie sich die Reisenden aus einer Fahrt in so alten Waggons befinden. Die Nichterschließung neuer Gegenden fällt um so schwerer ins Gewicht als die thüringischen Staaten in so schlechter finanzieller Lage sind, daß sie schon bei einem Einkommen von 300 M. Staatssteuer erheben (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten und die Gemeindefinanzlagen betragen 300—350 Prozent! (Erneutes Hört! hört!) Lehrlinge, Dienboten, Mägde, Knechte mit ganz kümmerlichen Einkommen müssen Staats- und Gemeindesteuern bezahlen. Und dazu kommen noch die hohen Matrularbeiträge für das Reich. Auf der einen Seite nimmt man den Kleinstaaten die Möglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und damit der finanziellen Kräftigung, auf der anderen Seite legt man ihnen immer größere Lasten auf. Solange die preussische Vorherrschaft anhält, müssen wir eine stärkere Berücksichtigung der Kleinstaaten verlangen. Vor allem müssen wir auch ihre Beteiligung am Gewinn fordern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In wirksamer Weise versprechen sich meine Freunde eine Verbesserung dieser Zustände aber nur dadurch, daß das ganze Verkehrsnetz auf das Reich übernommen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Schon im Jahre 1904 haben wir bei diesem Etat eine entsprechende Resolution vorgelegt, die bedauerlicherweise abgelehnt wurde. Was einer solchen durchgreifenden Vereinheitlichung des gesamten Verkehrswesens würde eine wesentliche Eindämmung des wirtschaftlichen und politischen Uebergewichts Preußens sich ergeben. Dann würde auch die Möglichkeit gegeben sein, daß ein etwas freierer Zug in das Verkehrs- und Eisenbahnwesen Deutschlands hineinkommt. Die Hemmnisse, die einem freierem Zuge sich auch dann noch entgegenstellen würden, verkenne ich nicht. Aber etwas, vielleicht vieles sich bessern, wenn die Vorherrschaft Preußens beseitigt und durch die Initiative des Reiches ersetzt würde, weil dann auch die Vertreter der Einzelstaaten das Mitbestimmungsrecht für ihre Eisenbahnen hätten. Die Herren, die bei den Wahlen immer so sehr für den nationalen Gedanken schwärmen, sollten daran denken, durch die Zentralisierung des Verkehrswesens den Einheitsgedanken in gesunder Weise zu stärken. (Beifall.) (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident des Reichseisenbahnamts Wackerzapp: Der Herr Vordränger wünscht Ausdehnung der Reichsbahn und Einflußsphäre des Reichseisenbahnamts und schwächt doch durch ungetreue Wortwahl die Position des genannten Reichsamts. Die Klagen des Vordrängers über die Benachteiligung der thüringischen Staaten durch Preußen stimmen nicht mit den Tatsachen überein. Preußen hat doch die Bahnen gebaut und also auch Anspruch auf den Gewinn. Thüringen ist in bezug auf Bahnen nicht schlechter, sondern besser gestellt als andere Gegenden. Die Steuerverhältnisse der preussischen und Eisenbahnbeamten in anderen Bundesstaaten sind bekanntlich durch die Koblenz zum Gesetz über Vermeidung der Doppelbesteuerung neu geregelt worden, und zwar zugunsten der Staaten, in denen die betreffenden Beamten wohnen; die Kommunalsteuern dagegen werden von den preussischen Eisenbahnbeamten in Thüringen voll bezahlt. Diese Beamten stehen also schlechter da als ihre Kollegen anderswo, und von einer Benachteiligung der Gemeinden kann keine Rede sein. Die Kleinstaaten werden in Preußen selbst durchweg von den Interessenten gebaut, also kann auch hier von einer Benachteiligung Thüringens nicht gesprochen werden.

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.): Ich schließe mich der Aufforderung des Abgeordneten Carstens an den Präsidenten des Reichseisenbahnamts an, mit der unnötigen, zwecklosen und nur Erbitterung schaffenden politischen

Senjar auf den Bahnhöfen

zu brechen. Sorge er lieber für Ausschluß der Schundliteratur von den Bahnhöfen. (Bravo!) Ich möchte ferner dringend bitten, den Rauchern mehr entgegenzukommen. Warum läßt man die Leute nicht ruhig rauchen, die opferwillig genug sind, die neue Steuer auf sich zu nehmen? (Heiterkeit.) Der Damen kommt man sehr viel weiter entgegen. Nächstens wird man genötigt sein, besondere Männercoups zu schaffen, damit man den älteren Semestern mit der Zigarette im Munde entgegen kann, die mangels besonderer weiblicher Raucherabteilungen die Männercoups heimsuchen. (Stürmische Heiterkeit. Zuruf links.) Man lasse rauchen, was da rauchen will, denn Rauch ist alles irdische Wesen. (Stürmische andauernde Heiterkeit.)

Abg. Storz (fr. Fraktionsgem.): In Sachen der Eisenbahn-

Im übrigen war die Besetzung unbedändert. Frau Saffin in der kleinen undankbaren Rolle von Soluch Gattin schien in der Zwischenzeit noch mehr gewachsen.

Musik.

Das Orchester des kgl. Opernhäuses, die sogenannte Königliche Kapelle, gibt seit vielen Jahren regelmäßige Sinfonie-Abende zum Besten ihrer Witwen und Waisen. Die Hauptprobe hat sich allmählich als eine Voraufführung am Mittwoch, als eine „Mottinee“ gestaltet. Abends kostet's mehr und ist's bonnyfischer um der Gesellschaft willen, mittags kostet's verhältnismäßig wenig und ist's mehr um der Sache willen. Lange Jahre war Felix Weingartner der vielbesetzte Dirigent. Erster haben wir einige Zeit keine Gelegenheit zu einem Besuche gefunden. Jetzt, unter der Leitung von Richard Strauß, nahmen wir einmal Besuch, die Mottinee vom Freitag zu hören.

Solche Konzerte sind nicht für Sturm und Drang da, wollen vielmehr das Können der Kapelle, das jedenfalls höher steht, als die Gesamthaltung des Opernhäuses, an bekannteren Stücken der älteren und neueren Vorkriegszeit zeigen. Doch fehlen auch nicht Novitäten, wenigstens liefern sie hier zum ersten Male kommen. Derselbe waren ein Verstorbener und ein Lebender bevorzugt. Alexander Ritter, auf den wir schon mehrfach mit Nachdruck hingewiesen, ist im Jahre 1896 als 63jähriger gestorben. Neben seinem Freunde Peter Cornelius, hat er früh im Geiste Richard Wagners nach echtem Tonandruck der Sprache gestrebt. Sein jetzt vorgeführtes „Symphonischer Walzer“, betitelt „Das Holzzeitsreigen“, ist eine trefflichere Programmnummer nach einer todgewisigen nordischen Sage und wirkt mit der sieten Wiederaufnahme der Tanzweise und mit ihrer sieten Unterbrechung durch Charakteristiken eines tragischen Schicksals innerlich ergreifend.

Auch Max Schilling's, der als 42-jähriger noch lebendvoll schafft, sieht äußerlichen Wirkungen ganz fern. Aus einer „unvollständigen Tragödie“, betitelt „Moloch“, bekamen wir eine Orchester-episode „Grutest“ zu hören. Der sie erläuternde Text ruft die schaffende Erde an, segnet den steigenden Weltengang. Dem entsprechend verbindet die Musik mit der Fröhlichkeit des Reigentanzes den Versuch, in Tönen ein Bild von Stimmungen zu geben, wie sie aus einem solchen „pontifischen“ Gefühl entspringen mögen.

Schilling's ist einer der ganz wenigen jüngeren Komponisten, deren sich die königliche Oper annimmt. Im übrigen läßt sie den „steigenden Weltengang“ gehen, wie er anderswo geht oder nicht geht.

Notizen.

An Lessings Geburtstag, Sonnabend, den 22. Januar, wird das Lessinghaus-Museum (Königsgraden 10), ausnahmsweise von 2—4 Uhr nachmittags geöffnet sein. Für Sonntag und Mittwoch bleiben die üblichen Besuchsstunden 11—1 Uhr bestehen. In der Graff-Ausstellung bei Schulte sind vier Lessing-Porträts und die Widnisse vieler Zeitgenossen und Freunde des Dichters zu sehen.

Kleines feuilleton.

Der neue Komet, der zurzeit in Johannesburg sichtbar wurde, ist nur auch in Europa an verschiedenen Stellen beobachtet worden. Vollständig deutlich sichtbar wurde er Donnerstag nachmittags gegen 5 Uhr nach Sonnenuntergang in Marseille beobachtet. Auf dem Observatorium erklärte man, daß es sich um den am 17. Januar in Johannesburg entdeckten Kometen handelt, der auch die folgenden Tage wieder sichtbar sein würde. Das Bestehen war am Donnerstag während 10 Minuten sichtbar.

In Cambridge (England) wurde der neue Komet vom ersten Assistenten am Observatorium 4 Uhr 10 Minuten (Greenwich Zeit) beobachtet. Sein Kern glich dem Merkur, der Schweif war zwei Grad lang und das ganze Gebilde mit bloßem Auge sichtbar. — Auch in Wilhelmshaven ist der plötzlich erscheinende Himmelskörper mit bloßem Auge am südwestlichen Himmel zwischen 5 und 6 Uhr gesichtet worden; hier soll der Schweif fünf bis sechs Grad lang gewesen sein.

Der neue Komet gehört offenbar zu den nichtperiodischen und ist daher bisher unbekannt gewesen, da er bisher nicht unser Sonnensystem passiert hat. Er dürfte wie die meisten Kometen zu den parabolischen gehören, die nie wieder zu uns zurückkommen, sondern ihre Wanderung in den Weltraum fortsetzen. Voraussichtlich wird er zur Sonnenaufgangs- und Untergangszeit die nächsten Tage auch bei uns sichtbar werden (am südwestlichen Himmel, tief am Horizont).

Peary und der Nordpol. In einer englischen und amerikanischen Zeitschrift veröffentlicht Peary gleichzeitig seinen Bericht über die Nordpolentdeckung, für die er jetzt alleiniger Kandidat ist, und die Jahre des Ringens, die ihn vorausgingen. Die letzte Reise war die achte Fahrt, die er nach dem eisigen Norden unternommen hatte. 18 Jahre seines Lebens hatte er in der Welt des Nordens verbracht, und die fünf Jahre, die er dazwischen in zivilisierten Ländern verlebte, hatten nur neuen Vorbereitungen zu neuen Fahrten nach dem Norden gegolten. Peary legt sich die Frage vor, wann zum ersten Male der Gedanke an die Eroberung des Nordpols in sein Leben trat. Er selbst weiß keine genaue Antwort zu finden. Aber er erinnert sich noch des gewaltigen Eindrucks, den im Jahre 1885 Nordensfjörds Schilderung seiner grönländischen Expedition auf die Phantasie des Jünglings ausübte. Der Eindruck war so groß, daß der junge Peary im folgenden Jahre allein und auf eigene Faust eine Reise nach Grönland unternahm. Das „arktische Fieber“ hatte ihn ergriffen. Von nun an wird der Gedanke an den Nordpol zum Lebensinhalt und zur einzigen Triebkraft seines Handelns. „Ein Entfunder wird mit dies nachfühlen können, ein Künstler und jeder, der für eine Idee arbeitet.“ Aber mehr als ein Jahrzehnt sollte noch verstreichen, ehe Peary die erste Fahrt nach dem Norden antrat; erst 1898 ging die Expedition hinaus, die als klares Ziel den Nordpol sich gesetzt hatte. Peary schließt dann die Stunden des Wagens und der Enttäuschung, die seiner letzten entscheidenden Expedition vorausgingen. Die „Roosvelt“ sollte umgebaut werden, die Unternehmung erfüllen

nicht ihre Kontrakte, statt im Juni wird das Schiff erst im September fertig. Dann trifft ihn der härteste Schicksalsschlag: sein Freund und Gönner, zugleich die finanzielle Stütze des Unternehmens, wird ihm durch den Tod geraubt. Alles scheint verloren. Aber in letzter Stunde rafft er sich zusammen und findet neue Hilfe und Unterstützung. Ihn besetzt das Gefühl, daß er vor der letzten Wahl zwischen den zwei einzigen Möglichkeiten steht: Sieg oder Verzicht. „Ich war nun alt geworden, ich mühte liegen oder meinen Traum auf ewig aufgeben. Und ich gelobte meiner Frau, daß dies der letzte Versuch zur Eroberung des Poles sein würde.“

Am 6. Juli 1908 verläßt die „Roosvelt“ endlich den Hafen von New York. Am Kap Horn werden die Eskimos an Bord genommen. „Das Kap Horn, bei rund 76 Grad nördlicher Breite, bedeutete den Anfang der wirklichen Expedition. ... Hinter mir blieb die zivilisierte Welt, die fortan für mich vollkommen nutzlos bleiben mußte; vor mir lag die Etwüste, durch die ich mir den Weg zum Pol bahnen mußte. Vor mir lag mein Traum, mein Schicksal, alle die Mächte, die mich 33 Jahre lang unwiderstehlich immer nordwärts und immer nordwärts dem Pole entgegen getrieben hatten.“

Theater.

Lessing-Theater: „Vauveister Soluch“ von Henrik Ibsen. Heinz Ronnard, der neulich bei der Jubiläumsvorführung der Freien Bühne im Hauptmann-Drama „Vor Sonnenaufgang“ den Alfred Vohr mit trefflichem Gelingen spielte, präsentiert sich an Stelle des zu Reinhardt übergegangenen Wasserfmann am Donnerstag zum ersten Male als Soluch in Ibsen's rätselhaftem Drama. Die Aufgabe war eine der denkbar schwersten, die Lösung überraschend glänzend. Mit wunderbarer festerem Instinkt stimmte der Darsteller die seltsam stillen Reden und Äußerungen auf einen innerlichen Grundton. Das Symbolische, das bei der Lesart des Stückes so leicht den Eindruck des absichtsvoll Hineingetragenen, einer die Schranken realistischer Charakteristik durchbrechenden Gedankenrichtung macht, erschien hier gleichsam nur als Widerschein der realen Regungen, die sich in diesem durch Anlage und Verhältnisse naturnotwendig so und so bestimmten Menschenwesen erzeugen müssen. Die künstlerische Mission, daß sich ein Schicksal abrollt, das dem Zuschauer weitere Gedankenperspektiven aufschließt, aber dabei fest verankert ist, wurde hier in einem Grad der Ausdehnung, wie ich ihn nie zuvor empfunden, erreicht. Momente Soluch: der hochgewachsene blonde Mann mit dem bloßen von angestrengter Arbeit und heimlichem Grübeln durchwühlten, ein wenig an Nietzsche erinnerndem Antlitz mit den neutralsthenisch funkelnden Augen, den referiert phlegmatischen Bewegungen, die in den Augenbliden der Erregung in zitternde Hast verfallen, ist ein von zerrüttenden Bahnvorfstellungen verfolgter Kroner und bleibt es auch in den Momenten seines aufstrebenden Entschlusses. Seine Ängste, seine Niedrigkeiten, seine Ekstasen — Dürren und Wüsten wachsen aus demselben Erdreich empor, haben in diesem Wurzel und Nahrung ihrer Existenz. In geschlossener Kette reißt sich Glied an Glied, jedoch bei aller streng naturrollistischen Betonung des pathologischen Hintergrundes dennoch so, daß die Bedeutsamkeit des Ibsen'schen Ideenfluges nicht übermäßig leidet.

gemeinsam hat der frühere Herr Eisenbahnminister es an der nötigen Energie fehlen lassen. Möge der jetzige Präsident das Versäumte nachholen. (Beifall links.)

Abg. Behrens (wirtsch. Bg.): Sehr nötig ist die Aufbesserung der Eisenbahnarbeiter sowie des Fahrpersonals. Dadurch wird auch die Verkehrssicherheit gehoben. (Sehr richtig!) Den Raucher-schmerzen des Abg. Pfeiffer kann ich mich nicht anschließen. (Große Heiterkeit.) Im Gegenteil haben oft die Nichtraucherer Veronachlässigung, sich über die Rücksichtslosigkeit der Raucher zu beklagen. (Beifall und Widerspruch.) Man sollte getrennte Speisewagen für Raucher und für Nichtraucher schaffen.

Abg. Dr. Weber (nat.): Die Rede des Abg. Jitsch war eine Bahlrede. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Jurist: Aus Ihnen spricht der Kerger über die nationalliberale Niederlage.) — Redner schließt sich den Ausführungen gegen die Schundliteratur an und verlangt, daß möglichst auf allen Bahnhöfen direkte Fahrarten wenigstens nach allen einigermassen bedeutenden Stationen zu erhalten sind.

Abg. Windwald (Hosp. d. wirtsch. Bg.): Der Ausschluß sozialdemokratischer Zeitungen von den Bahnhöfen ist kleinlich, gehässig und zwecklos. Dagegen sollte man mit aller Schärfe gegen die Revolver- und Expresserpresse

vorgehen. (Lebhafte Zustimmung auf allen Seiten.) Ich meine ein gewisses Blatt, das ich nicht nennen will, das aber jeder kennt, ein Blatt, dessen Klagen oftmals gebrandmarkt worden sind, ein Blatt, das die übrigen sehr richtig geschriebenen nationalen Zeitartikeln auf der ersten Seite zum Nachteil allergewöhnlicher Expressertritte benutzt, ein Blatt, das seinen Verfasser zum reichen Mann gemacht hat, ein Blatt, von welchem alle unabhängigen Menschen ohne Unterschied der Partei sich mit Absehen abwenden. (Lebhafte Zustimmung auf allen Seiten des Hauses.)

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.):

Ich bin in der angenehmen Lage, mit meinem Vordränger in zwei Punkten übereinzustimmen. Ich pflichte vollständig den Ausführungen über die Expresserpresse bei. Welches Blatt gemeint ist, wissen wir ja alle. (Allgemeine Zustimmung.) Ich schließe mich meinen Vordrängern ferner an in dem Wunsche nach größerer Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens. Dem Reichseisenbahnamt fehlt es an Tätigkeit. Um sich in etwas zu betätigen, hat das Reichseisenbahnamt Erhebungen über die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen bei einer etwaigen Mobilmachung vorgenommen. Ich denke aber doch, für solche Zwecke haben wir den großen Generalstab. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Klagen über die Zerissenheit und Unzuverlässigkeit unseres Eisenbahnwesens sind allgemein verbreitet und reichen bis weit in die 70er Jahre zurück. Bekanntlich plante damals Fürst Bismarck eine Uebernahme der gesamten Eisenbahnen auf das Reich. Der Plan scheiterte an dem harten Widerstande, der sich gegen ihn erhob. Bei dem Widerstande war nun sicherlich viel Partikularismus im Spiele, aber auch starke, sehr berechtigte demokratische Abneigung gegen den Preussengeist, unter dem beim Ueberwiegen Preussens im Reiche das ganze Eisenbahnwesen alsdann gekommen wäre. Statt der Reichseisenbahnen (die es bekanntlich nur im Reichslande gibt) haben wir nun das Reichseisenbahnamt. Ich sagte schon, was dieses Amt in Wirklichkeit zu bedeuten hat. Die wenigen Fortschritte, die im Laufe der letzten Jahrzehnte schließlich doch im Eisenbahnwesen erzielt worden sind, gehen nicht auf die Tätigkeit des Reichseisenbahnamtes, sondern auf die unablässige Kritik der öffentlichen Meinung, an der sich unsere Partei stets lebhaft beteiligt hat, zurück. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Reichseisenbahnen in den Reichslanden sollten der preussischen Verwaltung entzogen und unter die des Reiches gestellt werden. Darüber hinaus sollten aber sämtliche Bahnen in Deutschland von dem Reiche angekauft werden. Man sagt, das Reich hat kein Geld dazu, aber die Eisenbahnen bilden ja den Gegenwert für die Schulden, und es diese vom Reiche oder von den Einzelstaaten zu vergüten sind, ist ganz gleichgültig; es sind dieselben Personen, welche die Schulden vergüten müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine süddeutsche Eisenbahngemeinschaft würde auch schon ein Gegengewicht gegen Preussen geben. Leider ist eine solche an dem Widerstand Bayerns gescheitert.

Auch die Verhältnisse der Beamten und Arbeiter

würden verbessert werden, wenn sämtliche Eisenbahnen dem Reiche unterstellt werden. Wir würden dann hier Kritik üben können, und hier hat das preussische Jumentum denn doch nicht den Einfluß, den es im preussischen Abgeordnetenhaus hat. Dort haben die Konservativen sich nicht nur gegen eine Verbilligung, sondern sogar für eine Erhöhung der Tarife ausgesprochen! Sie scheuten sich nicht, von Eisenbahnvandalen zu sprechen. Freilich, den ausländischen Arbeitern, die auf ihren Gütern arbeiten sollen, wollen sie billige Tarife verschaffen, aber den deutschen Arbeitern, welche nach Westfalen wandern wollen, soll dies verteuert werden. In den Bundesstaaten, wo die Konservativen herrschen, können wir also auf einen Ausbau des Verkehrsnetzes im freibürgerlichen Sinne nicht rechnen. Es wird ja nachher bestritten werden, daß das Reichseisenbahnamt Einfluß auf die Löhne und die Dienstzeit nehmen kann. Wenn es aber keine Aufgabe ernsthaft aufweist, ist es sehr wohl dazu in der Lage; denn es soll für die Sicherheit des Betriebes sorgen und diese wird gefährdet durch unzureichende Entlohnung und übermäßige Arbeitszeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Unertätigkeit ist die

Bevormundung im Eisenbahndienst.

Wenn der preussische Eisenbahnminister den Beamten und Arbeitern die Zugehörigkeit zu bestimmten Vereinen verbietet, so schafft er eine Bevormundung, die für den Dienst nicht förderlich sein kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso ist der Ausschluß politischer Zeitungen ein Mißbrauch der Macht. Den Zeitungsverkäufern, die ihre Macht bezahnen, soll man es überlassen, selbst auszusuchen, was sie verkaufen wollen, wenn es sich nicht gerade um obsküre Sachen handelt. In Baden haben wir das durch unsere Kritik erreicht, und die Sicherheit des Dienstes hat nicht darunter gelitten, daß man auch sozialdemokratische Zeitungen auf den Bahnhöfen bekommt. Über eine Bevormundung mit so kleinlichen und engherzigen Anschauungen, die eine solche Bevormundung des Publikums versucht, kann auch auf anderen Gebieten nicht fähig sein, die im Interesse des Dienstes erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Vor allem sollten wir aber, wie wir eine Reichspost haben, auch die Uebernahme der Bahnen auf das Reich verlangen und uns die Vorteile der Zentralisation sichern. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident des Reichseisenbahnamtes **Waderjopp:** Der Vordränger hat behauptet, daß in Preußen die Sicherheit des Betriebes zufolge übermäßiger Aufregung der Beamten gefährdet sei. Das ist nicht zutreffend; der Dienst ist überall in vollkommen ausreichendem Maße geregelt.

Damit schließt die Debatte. Der Titel wird bewilligt und debattiert der Rest des Etats des Reichseisenbahnamtes.

Es folgt die

zweite Beratung eines Nachtragsetats für die afrikanischen Schutzgebiete.

Es werden 2 Millionen Mark zur Fortführung der Namibara-Wohn nach Moshi und zum Ausbau des Hafens in Tanga gefordert.

Zunächst wird der

Etat für Ostafrika

beraten.

Abg. Ledebour (Soz.):

Ich halte es für notwendig, unsere Stellung zur Siedlungsfrage zu präzisieren, da bedauerlicherweise weder von der Kolonialverwaltung noch von der Mehrheit des Reichstages eine klare Stellung dazu eingenommen ist. Verfolgt man die Siedlungs-

frage in Ostafrika, so weiß man, daß im Anfang von den Verantwortlichen kolonialer Unternehmungen behauptet wurde, Ostafrika komme für die Siedlungen durch Weiße vor allem in Frage; es ließe sich dort, Deutschland müsse Kolonien haben, um den Ueberflus seiner Bevölkerung dort hin abgeben zu können. Wir haben diesen Gedanken von Anfang an bekämpft, weil er von vornherein von der falschen Idee ausging, in diesen Tropenländern könnten in gewissen Höhenlagen Siedlungsgebiete für Nordeuropäer in Frage kommen. Als die Frage praktisch wurde, hat die Kolonialverwaltung gegenüber den utopischen Ideen vieler Kolonialfreunde wesentlich gebremst, und sowohl der gegenwärtige Staatssekretär wie der Unterstaatssekretär v. Lindquist haben sich auf den Standpunkt gestellt — wenigstens habe ich ihn so verstanden —, daß diese Kolonien eigentlich nur für Eingeborene in Betracht kommen und daß darauf hingearbeitet werden muß, den Bau der Landprodukte durch Eingeborene zu fördern. Damals schon entstand in den Reihen der Kolonialfreunde eine starke Opposition, weil sie das Hauptgewicht auf die Ansiedlung weißer Farmer legen wollten. Neuerdings hat die Kolonialverwaltung in ihren Denkschriften wiederholt zu der Frage Stellung genommen, aber in einer Art und Weise, die bei den Befürwortern der Besiedlung durch Weiße den Glauben erweckt, daß die Kolonialverwaltung eine Art Schwankung in dieser Frage vorgenommen habe. Man kann das auch tatsächlich aus der Denkschrift herauslesen. Als aber solche Sachfolgerungen aus der Denkschrift gezogen wurden, widersprachen sowohl der Staatssekretär wie Herr v. Lindquist, aber doch in einer Form, daß die Auffassung gerechtfertigt war, als ob die Kolonialverwaltung die Ansiedlung weißer, wenn auch in vorsichtiger Weise, fördern wolle. In einer klaren Stellungnahme in der Kommission gedrängt, bestritt der Staatssekretär auf das entschiedenste, daß er keine Anschauungen über die Ansiedlung weißer geändert habe, aber seine Ausdrucksweise erweckte doch bei mir den Eindruck, daß es der Kolonialverwaltung recht erwünscht wäre, wenn eine größere Anzahl Deutscher oder Weißer einen gehörigen Wagon Weid nehmen, in Ostafrika Pflanzereien kaufen und einen Farmbetrieb einrichten. Aber ganz auf eigenes Risiko. Er betonte aufs Schärfste, daß er keine Verantwortung dafür übernehmen könnte, wenn Leute dorthin gehen, und daß die Kolonialverwaltung es zurückweisen müsse, zu solcher Ansiedlung zu ermutigen. In schönem Kolonialdeutsch sagte er, die Kolonialverwaltung wolle nicht discouragieren (entmutigen), aber auch nicht encourage (ermutigen). (Heiterkeit.) Leute, die sich mit dem Gedanken tragen, nach Ostafrika zu gehen, müssen aber dadurch ermutigt werden. Schon durch die einfache Tatsache der Verlängerung der Namiborabahn werden die Leute „encouragiert“. Nur kann nachher der Staatssekretär jederzeit sagen: Ich habe keine Verantwortung dafür, wenn es Euch schlecht ergangen ist und Ihr am Klima zugrunde gegangen seid; Ihr hättet nur auf meine Worte im ganzen achten sollen. Diese Art und Weise, Leute anzuloden und die wirkliche Verantwortung abzulehnen, ist die Methode von Spekulanten, die das Publikum zum Ankauf von Aktien einladen, durch schätzenswerte Prospekt, an die sie selbst nicht glauben, denen sie aber durch unverbildete Redensarten auslokende Kraft geben. Diese Art und Weise, anzuloden und die Verantwortung abzulehnen, scheint mir der Methode doppeldeutiger Auslegung zu entsprechen, welche Herr v. Bethmann Hollweg bei der Durchschmelzung des Vereinsgesetzes hier angewendet hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine willkürliche Rechtfertigung, Weiße nach Ostafrika zu locken, liegt darin nicht. Es ist kein Beweis erbracht, daß deutsche Bauern, deutsche Handwerker und Arbeiter unter den dortigen klimatischen Verhältnissen dauernd ihren Lebensunterhalt erwerben können, ohne in Sielium zu verfallen. Nach den allgemeinen Erfahrungen ist das ostafrikanische Klima für Deutsche, für Nordeuropäer überhaupt nicht geeignet, und deshalb halten wir es für falsch, wenn in irgend einer, auch noch so vorsichtigen Weise zu den Siedlungen angelockt wird.

Vor kurzen ist eine Anzahl deutscher Arbeiter nach Brasilien gegangen und dort stund zugrunde gegangen. Es wird noch behauptet sein, — darauf näher einzugehen, doch trug aller Abmahnungen die Leute dorthin gegangen sind, — erklärt sich zum Teil daraus, daß man neuerdings ganz allgemein mit der Behauptung herumgeht, die Tropenländer seien gar nicht so ungesund, wie man früher glaubte, und daß die Kolonialverhältnisse die Siedlungsfähigkeit der Tropen mit allgemeinen Lebensarten behaupten. In Ostafrika kann weiter nichts geleistet werden als Plantagenbau mit großer Ausbeutung der Regier. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie werden begreifen, daß wir allem, was dazu dient, diese Ausbeutung zu fördern, unbedingten Widerstand entgegenzusetzen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Daß in den ostafrikanischen Kolonien nur die Ausbeutung der Regier in Betracht kommen kann, geht ja auch aus den Bevölkerungsverhältnissen hervor. In allen Ländern mit Regern vertreten die Weißen den Herrenstandpunkt und wollen selbst keine Handarbeit leisten, vielmehr in ganz unethischer Weise ein Herrenvolk spielen. Auch das bewegt uns, die Forderungen für diesen Zweck abzulehnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Krüger (nat.): Daß Herr Ledebour die Güte von Ostafrika so herabsetzen möchte, daß kein Hund mehr hingehen will, wundern mich nicht. Es ist richtig, daß man die Kolonialpolitik betreiben wollte mit dem Gedanken der Siedlungspolitik und daß man, als man in die Küstengebiete kam, davon zurückkam. Unmöglich aber kam man ins innere Hochland von Ostafrika und jeder, der dort war, weiß, daß das Klima in diesen Hochländern außerordentlich günstig und geeignet für Europäer ist. Ich verlange nicht, daß die Regierung die Kleinbesiedlung Ostafrikas finanziell unterstützt, aber sie soll sie wenigstens nicht entmutigen. Das ungarische Banat mit seinen Sümpfen, wo sich die „Schwaben“ angesiedelt haben, ist viel ungesünder als die Hochländer Ostafrikas.

Abg. v. Liebert (Rp.): Herr Krüger und ich, wir kennen Ostafrika aus Anschauung, Herr Ledebour aber nicht. Vielleicht macht er einmal auf Kosten der Partei eine Abreise nach Ostafrika. (Heiterkeit rechts.) Wie kann er von einem ostafrikanischen Klima reden? Es gibt kein einheitliches ostafrikanisches Klima, sondern vom ewigen Sänes des Äquators bis zum feuchtkalten Äquator haben wir Gegenden mit allen möglichen Klimaten in Ostafrika. Es ist gut, daß Amerika schon entdeckt ist, denn sonst würde es Herr Ledebour nicht erlauben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir keine deutsche unabhängige Bevölkerung in den Hochlanden schaffen, werden wir bei ernsthaften Kriegen unsere ostafrikanischen Besitzungen nicht behaupten können. (Beifall rechts.)

Abg. Erzberger (P.): Wir engagieren uns durch Annahme des Nachtragsetats grundsätzlich in keiner Weise, weder in der Richtung der Herren Krüger und v. Liebert, noch in der des Kollegen Ledebour. Auch wir sind der Meinung, wer sich in den Hochlanden ansiedeln will, soll es tun, aber auf eigene Rechnung und Gefahr. Auch wir treten lebhaft für den Schutz der schwarzen Arbeiter ein, aber daß die Regier von aller Arbeit befreit werden, dafür sehe ich keinen Grund; warum sollen die Regier besser gestellt werden als unsere heimischen Arbeiter und Herr Ledebour selbst? (Stürmische Heiterkeit.) Wir stimmen für die ostafrikanische Wohnvorlage, ohne daß daraus Schlüsse auf unsere prinzipielle Haltung zur Kolonialpolitik gezogen werden dürfen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Herr v. Liebert behauptet, ich hielte das ostafrikanische Klima für ein einheitliches. Ist mir nicht eingefallen. Ich habe die Verschiedenheit des Klimas in verschiedenen Strichen Ostafrikas hervorgerufen und u. a. erwähnt, daß der feuchtkalte Äquator selbst nach der Ansicht der eragertesten Kolonialschwärmer für Europäer unbewohnbar ist. Hätte Herr v. Liebert die Güte gehabt, meine Rede mit einiger Aufmerksamkeit anzuhören, so hätte er mir nicht solchen blühenden Unfug in den Mund gelegt. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Art und Weise, wie Herr v. Liebert schon seit Jahrzehnten zur Einwanderung in die ostafrikanischen Hochlande auffordert, in denen nach seiner Behauptung Millionen Deutsche wohnen können, ist — um einen milden Ausdruck zu gebrauchen — als unüberlegt zu bezeichnen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Widerspruch rechts.) Nach Herrn v. Liebert sollen die deutschen Arbeiter dort als Kolonisten gegenüber etwaigen Eingeborenen ausstehen dienen. Solche Verhältnisse sind allerdings zu befürchten, wenn man nicht ein grundsätzlich anderes System der Eingeborenenpolitik einführt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Der frühere Gouverneur von Ostafrika legt seine Unerbittlichkeits- und Ausbeutungspolitik auch als Reichstagsabgeordneter fort. (Lachen und Zwischenrufe rechts. Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist bedauerlich, daß sich von bürgerlicher Seite kein Widerspruch gegen diese Politik erhebt. Herr Erzberger will sogar die Existenz einer Ausbeutungspolitik in Abrede stellen. Aber wir wissen doch, daß alle sogenannte Siedlungspolitik in jenen Landstrichen nicht auf eine Farmer-, sondern auf eine Plantagen-Siedlung hinausläuft und daß der Plantagenbetrieb mit der Versklavung der Eingeborenen untrennbar verbunden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So oft empörende Brutalitäten gegen die unglücklichen Eingeborenen begangen werden, wird die Schuld auf das Klima geschoben und vom Tropenlocher gesprochen. Spricht man doch jetzt auch vom Tropenlocher der Diamanteninteressenten in Südafrika. (Jurist: Nicht Tropenlocher, sondern Diamantenlocher!) Aber nicht das Klima ist schuld, sondern die soziale Schichtung, die dort bei der herrschenden Klasse noch mehr als bei uns alle Hemmungen beseitigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Tropenlocher ist nicht als die afrikanische Form der auch bei uns weit verbreiteten Krankheit; der Sucht, möglichst schnell und auf anderer Leute Kosten und durch anderer Leute Arbeit reich zu werden. Es ist der Ausbeutergeist, den wir in Europa bekämpfen und den wir ebenso bekämpfen, wenn er in Afrika oder sonstwo auftritt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Und weil die ganze Kolonialpolitik mit diesem Geiste der Ausbeutung untrennbar verbunden ist, darum sind wir Sozialdemokraten unerbittliche Gegner der gesamten Kolonialpolitik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Herren Krüger und v. Liebert haben die Bindung des Kolonialsekretärs in der Siedlungsfrage mit Prokloden begründet, Herr Dernburg aber hält sich in Schweigen. (Staatssekretär Dernburg meldet sich zum Wort.) Jetzt scheint Herr Dernburg allerdings eine Schwächung in seiner bisherigen Haltung einzunehmen. (Große Heiterkeit.) Ich erwarte die Erklärung des Herrn Staatssekretärs. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dernburg: Die Annahme, daß ich meine Ansichten geändert habe, ist irrtümlich. (Große Heiterkeit im ganzen Hause, da der Staatssekretär nur diesen einen Satz spricht und sich sofort wieder setzt.)

Abg. Ledebour (Soz.): Ich konstatiere, daß Herr Dernburg sich um eine klare und positive Auskunft herumgedrückt hat. (Lachen rechts. Jurist: Er hat Ihnen ja eine Antwort gegeben!) Daß die hurrapatriotische Mehrheit des Hauses dem Staatssekretär unisono jubelt, habe ich erwartet; aber das beweist nichts. Sie, meine Herren, sind es ja, die die Verwaltung immer weiter treiben. Sie sind es, deren Bewilligungswort die Reichsfinanzen in eine so trostlose Lage bringt, daß der Reichshauptsekretär Vermaß in der Kommission um Einhalt bitten muß und herumläuft wie eine Kluck, welche die schönen Millionen davonschwimmen sieht. (Stürmische Heiterkeit.) Sie alle sind schuld an der Misere der Finanzen. (Lachen rechts. Jurist: Nur Herr Ledebour nicht!) Die sozialdemokratische Partei bedankt sich dafür, eine solche Politik mitzumachen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Hiermit schließt die Diskussion. Der ostafrikanische Nachtragsetat wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Daran verlagst sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr. (Weitere koloniale Nachtragsetats, Rechnungssachen, zweite Lesung des Militäretats.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Soziales.

Dienstbotenschild.

Eine recht nette Auffassung von der Behandlung eines Dienstmädchens scheint der Schlächtermeister Franz Runge aus Friedenau zu haben, der sich gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II unter der Anklage der wiederholten tätlichen Beleidigung und der Freiheitsberaubung zu verantworten hatte. — Der Angeklagte, welcher in der Stubenrauchstraße eine Schlächtererei betreibt, engagierte vor einiger Zeit das Dienstmädchen Kringel. Dem Mädchen fiel es auf, daß ihr Dienstherr schon nach einigen Tagen das vertrauliche „Du“ anwendete, sie auch mit recht ungewöhnlichen Redensarten beehrte. Wo hinaus der Angeklagte damit wollte, zeigte sich schon einige Tage später. Die K. hatte sich gerade in ihrer Kammer zur Ruhe gelegt, als ihr Dienstherr im Nachigewande erschien und sie in unfälliger Weise zu berühren versuchte. Das Mädchen sprang entrüstet auf und ergriß die Flucht, worauf der Angeklagte sich schimpfend entfernte. Am nächsten Abend wiederholte sich derselbe Vorgang, als die K. schon schlief. Als Runge schließlich merkte, daß das Mädchen gewillt war, seinen gemeinen Angriffen heftigen Widerstand entgegenzusetzen, rächte er sich für die Abweisung in anderer Weise. Als die K. von einem Gange wenige Minuten zu spät kam, packte sie der Angeklagte und versetzte ihr drei schallende Ohrfeigen. Die K., welche schon nach dem ersten Antritt den Plan gefaßt hatte, den Dienst zu verlassen, beschloß nun, endgültig zu gehen. Vorher konnte sie dies nicht, da sie sonst keine Unterkunft gehabt hätte. Inzwischen hatte sie sich jedoch nach einer anderweitigen Unterkunft umgesehen und war deshalb auch zu spät von dem Besorgungsgange zurückgekommen. Als das Mädchen dem Angeklagten ihre Absicht, den Dienst zu verlassen, mitteilte, drohte ihr dieser, daß sie noch ein paar Ohrfeigen bekommen könne. Um die K. an ihrer Absicht zu verhindern, zog der Angeklagte von der Korridortür den Schlüssel ab, so daß dem Mädchen jeder Ausweg abgeschnitten war. In ihrer Verzweiflung sprang die K. aus dem Fenster hinaus, wobei sie sich glücklicherweise keine bedeutenden Verletzungen zuzog, und holte sich Hilfe herbei. — Vor Gericht bestritt der Angeklagte, sich strafbar gemacht zu haben und behauptete, daß das Mädchen völlig ungläubwürdig sei. Das Gericht hielt jedoch die gegen die Glaubwürdigkeit der K. vorgebrachten Gründe für nicht stichhaltig. Mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten erkannte die Strafkammer wegen der Freiheitsberaubung auf zwei Tage Gefängnis und wegen der tätlichen Beleidigungen auf 150 M. Geldstrafe.

Vertugung eines wichtigen Grundes.

Interessante Ausführungen, die sowohl für Handlungsgehilfen als Prinzipale von Wichtigkeit sind, machte das Reichsgericht anlässlich eines jüngst entschiedenen Rechtsstreits.

Hierzu sind folgende Tatsachenverhältnisse mitzuteilen: Der frühere Handlungsreisende und Prokurist A. in Berlin war während seiner Anstellung bei einer Berliner Firma mit dem einen Chef in Vertretung getreten, in dem sich der Chef erheblicher Schwereigungen des A. schuldig machte. A. hat daraufhin, wegen Kopfschmerzes ein Stück spazieren gehen zu dürfen. Er verließ dann mit Genehmigung des Chefs seinen Dienst und kehrte nicht mehr zurück. Diese Vorgänge hatten sich am 26. November 1907 ereignet. Erst am 7. Dezember 1907 erließ A. seine Kündigung ein und verlangte später die ihm infolge seines Anstellungsvertrages noch zukommende Vergütung von circa 7000 M. Das Kammergericht zu Berlin erkannte die Ansprüche des Klägers dem Grunde nach als gerechtfertigt an. Die von der beklagten Firma beim Reichsgericht eingeleitete Revision rügt, daß das Kammergericht die Kündigung des Klägers mit Unrecht als nicht verspätet erachtet habe; eine Frist von elf Tagen zwischen dem Eintritte des Kündigungsgrundes und der Kündigung ent-

spreche nicht dem unter der Herrschaft von Treu und Glauben stehenden Vertragsverhältnisse zwischen dem Handlungsherrn und dem Handlungsgehilfen.

Das Reichsgericht (3. Zivilsenat) wies die Revision als unbegründet zurück. Der höchste Gerichtshof legt dar: „Der erkennende Senat hat sich der von der Revision zunächst angeführten Ansicht Stoubs und anderer Schriftsteller, daß die Entlassung sowie der Austritt gemäß § 70 des Handelsgesetzbuchs nicht in einem späteren Zeitpunkt, sondern nur „per sofort“ erfolgen könne niemals angeschlossen. Er hat vielmehr schon in dem Urteile vom 22. Januar 1904 (Entsch. Bd. 56, S. 373) mit eingehender Begründung ausgeführt, allerdings zunächst mit Bezug auf § 70 des Handelsgesetzbuchs, aber nach der Begründung doch mit allgemeiner Geltung, daß der Austritt oder die Entlassung nicht sofort zu erfolgen brauche, daß jedoch da, wo dies geschehe, stets

zu prüfen sei, ob nicht in dem Verbleiben oder Behalten im Dienste trotz des Eintritts eines Kündigungsgrundes im Sinne der §§ 70 und 71 des Handelsgesetzbuchs eine Verzögerung der Vertragswidrigkeit zu finden sei. An dieser Auffassung hat der Senat seitdem in einer Reihe von Entscheidungen festgehalten, insbesondere noch in einem Urteile vom 8. Oktober 1909 (III. 524/08) ausgeführt: Es sei nur zu prüfen, ob nach der Länge der Zeit zwischen der letzten Handlung, durch welche die vertragsmäßig bedungene Selbständigkeit des Klägers in seiner dienstlichen Tätigkeit erheblich beschnitten worden sei, und der erklärten Kündigung ein so langer Zeitraum liege oder ob sonstige Umstände dafür sprächen, daß anzunehmen wäre, der Kläger habe durch sein Verhalten zu erkennen gegeben, daß er sich in die tatsächlich durchgeführte Kündigung seiner dienstlichen Stellung fügen.

Von dem hiernach maßgebenden Gesichtspunkte aus ist die

Annahme des Berufungsgerichts nicht zu beanstanden, daß die erst am 7. Dezember 1907 der Beklagten zugegangene Kündigung nicht verspätet sei.“

Freiwillige Gemeinde. Sonntag, den 23. Januar, vormittags 9 Uhr, Doppel-Kasse 15-17; Freiwillige Vorlesung. Vormittags 11 Uhr: Kleinschmiedstr. 6; Vortrag von Herrn Dr. S. Weller: „Christus vor Christi Geburt. II. Bei den Juden“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen. Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. D. 29, Hamburg). Bilanz E. S. H. n. e. r. g. Sonnabend, 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant „Bischof“, Grunewaldstraße 110. Zentralverband der freien Händler, Hausierer und verwandten Berufsangehörigen Deutschlands. 57. Essen. Verwaltungskasse Berlin. Heute abends 8 1/2 Uhr bei Drösel, Neue Friedrichstraße 35: Generalversammlung.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, den 21. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Margarete.
Königl. Schauspielhaus. Brand.
Königl. Opernhaus. Der Arzt am Scheidewege.
Deutsches. Der Widerspenstigen Zähmung.
Kammerspiele. Der Arzt am Scheidewege.
Festung. Zentrifugale.
Anfang 8 Uhr.
Königl. Schauspielhaus. Der große Loh.
Nachm. 3 Uhr: Julius César.
Königl. Oper. Das Tal der Liebe.
Berliner. Heße Politik.
Gebell. Der Standal. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Neues. Don Juan letztes Abenteuer.
Weiden. Die geschiedene Frau.
Nachm. 4 Uhr: Struwwelpeter.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Trianon. Buridans Esel.
Kleines. Der große Name.
Residenz. Im Taubenschlag.
Zirkus. Die Dolchprinzessin.
Schiller O. (Opernhaus).
Der Herr von St. Georgen.
Schiller O. (Charlottenburg).
Der Schwur der Treue.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Im Taubenschlag.
Wagen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, den 23. Januar, nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitnacht.

Luisen-Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Schneewittchen und Rosenrot.
Abends 8 Uhr:
Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Großes Ausstattungsstück in 14 Bld. von H. Emery u. Jules Verne.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Sib mit frel. 8 Uhr: Abteilungen.
Montag: Diese Reise um die Erde in 80 Tagen.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Nachmittags 4 Uhr:
Dorwürstchen.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Grille.
Ländliches Charakterbild in 5 Akten von H. Strauß-Wiesler.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Bispapa. 8 Uhr: Faust.

Gastspiel-Theater.
Köpenicker Straße 67/68.
Täglich 8 1/2 Uhr abends:
Lady Brenda
Der Polizeihund.
Kriminalroman.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schulze.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollon Theater
8 Uhr 15:
Prinz Fieno. Burleske mit Henry Bender.
9 Uhr 20:
Das Tagesgespräch von Berlin!
Lotte Sarrow i. d. Rimobrama
9 Uhr 45: 9 Uhr 45:
Schimpanse
Kensul James Grant.

Wintergarten
Olga Desmond,
die Berühmtheit der „Schönheits-Abende“
sowie die von Publikum und Presse glänzend beurteilten
Januar-Attraktionen!
Morgen:
Nachmittagsvorstellung
Kleine Preise. Anfang 3 1/2 Uhr.
Sanssouci, Kottbuser
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Dienstag:
Hoffmanns
Norddeutsch. Sänger
und Tanztruppen.
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 1/2.
Neues hochakt. Programm.
Morgen Sonntag:
Gr. Elite-Soiree.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr: Hoke Politik.
Morgen: Macbeth.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Don Juans letztes Abenteuer.
Morgen und folgende Tage:
Don Juans letztes Abenteuer.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25. a. d. Luisenstr.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag 8 Uhr: Der Zigeunerbaron.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die geschiedene Frau.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der fidele Bauer.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Sonnabend, 22. Jan., nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Nibelungen I. und II. Teil.
Abends 8 Uhr:
Die Großstadtluft.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Othello.
Abends 8 Uhr: Die Großstadtluft.

Volks-Oper.
SW. Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
La Traviata.

Schiller-Theater O. (Walner-Theat.).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Der Pfarrer v. St. Georgen.
Schauspiel in 5 Aufzügen von
Heinrich Weller.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Herr Ministerialdirektor.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer v. St. Georgen
Montag, abends 8 Uhr:
Gespenster.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr:
Der Schwur der Treue.
Lustspiel in 3 Akten v. D. Blumenthal.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Feindbaur.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
Montag, abends 8 Uhr:
Viel Lärmen um nichts.

Castan's Panopticum
Friedrichstr. 165, Pachorppal.
Täglich 7 1/2 Uhr abends. X Sonntags zwei Vorstellungen.
Heitere Künstler-Abende. Bockbierfest.
Großer Humoristen-Wettstreit.
Indische Witwenverbrennung X Märchen.
Morgen Sonntag, 12 Uhr mittags:
Großes Malineekonzer! der Original-
Harrenkapelle „Stümper“.

Sonntag, den 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr
Bunter Abend
Leitung: Margarete Walkotte
im großen Saale des Gewerkschaftshauses,
Engelauer 15.
Mitwirkende: Amalie Birnbaum, Violinvirtuosin, Lucy Tömlsch-
Behm, Sängerin, Ernst Schmidt, Tenor, Anton Hildach, Komiker,
Bernhard Nitzsche, Kapellmeister, Margarete Walkotte.
Entree 50 Pf. 20 Pf. Abendkasse 60 Pf.
Vorverkauf bei Herrn Paul Horsch, Engelauer 15.

Brauerei Friedrichshain am Königstor.
Morgen
Sonntag „Auf der Alm“.
Größter Bock-Jubel und Trubel
Der berühmte
Schorsch Ehrengreber
mit seiner Truppe (60 Mitwirkende) aus München.
Kühnheit des leibenden Aufstieges „Jeppeln IV.“
Schöne Original-Deformation. Ueberraschungen uhm.
Gewitter in den Alpen. Dummeschisches Schneetreiben.
Die Hellen-Kimme (6 Meter hoch). - 3 Kapellen.
Gratwanderung von 100 Wertgegenständen
Neben Besucher erhält ein Los gratis.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108/114
Täglich:
Großes Bockbier-Fest
in den bayerischen Alpen.
Original!
Die beiden Original-Geiswam Patschergrigge und Schilkebuckkapel.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Original!

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Die Erdbebenkatastrophe v. Messina.
Abends 8 Uhr:
Im Flugzeug des Ober-
Engadin.
Hörsaal 8 Uhr:
Dr. Gehlhoff: Das Ohmsche
Gesetz.

Herrnfeld
Theater
Kommandantenstr. 57. T. H. 4. 5083.
Durchschlagender Erfolg!
„So muß
man's machen“
Burleske mit Gesang in 2 Akten,
Rust von J. Thal, mit den Hilariten
Anton und Oskar Herrfeldt in den
Hauptrollen. Hier:
Ein Rettungsmittel
Komödie v. J. Juna.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11 bis 2 Uhr.

**Walhalla-
Variete-Theater**
Weinbergsweg 18-20, Rosenthaler Tor.
Anf. 8 Uhr. Das neue Programm
Severus Schaefer
der berühmteste Künstler der Welt,
und die übrigen Spezialitäten.
Tunzel: Bobberich.
Regimentskapelle, Schrammeln.
Theaterbesuchern freier Zutritt!

Casino-Theater
Lotharinger Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Sensationeller Vacherfolg!
Der Obergauer.
Lustspiel in drei Akten von R. H. H.
Berber: Das erste festsche bunte
Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Trübendens Sommerreise.

Folies Caprice.
Sicher ist sicher.
Bunter Teil.
Der Mann meiner Frau.
Anf. 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2.

Zirkus Schumann
Sonnabend, 22. Januar 1910,
abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend.
Auftreten des Kommissionsrats
Gustav Stensbeck
als Gast mit 1. neuen hervor-
ragenden Schülern.
Original-Bagonghi,
der kleinste familiäre Kletter
der Welt.
Sergeant Brennan,
der anerkannt beste Diabolospieler.
Der Frochmensich de Marlow
Um 9 1/2 Uhr ca. Ende 11 Uhr
Zum 90. Male:
Die drei Rivalen
oder das mysteriöse Schloß in der
Normandie.
Große Feste in 5 Akten.
Sonntag: 2 Vorstellungen.
Nachm. hat jed. Bel. ein Kind frei.

Zirkus Busch.
Heute Sonnabend, den 22. Januar,
abends 7 1/2 Uhr präz.:
Großer Gala-Abend.
Auftreten von Herrn Heinrich
Fills, Schulleiter.
Curtis Sisters!
Luftakrobatin-Akt.
Die Morandins.
Kreierfamilie Prosopri.
Herr E. Schumann, Meisterdress.
Fr. Kromber?
9 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr
Die neue russische Pantomime
Marja.
Vorher das große Galaprogramm.

Voigt-Theater
Gelehrtenstr. Badstr. 53.
Sonntag, den 23. Januar 1910,
nachmittags 3 Uhr:
Der Glöcker von Notre-Dame.
Schauspiel in 9 Bildern von Chari.
Birch-Wiesler.
Abends 7 Uhr: Die goldne Eva.
Lustspiel in 3 Akten von Schönpant.

Königstadt-Kasino.
Hauptmarktstraße 72.
Täglich: Konzert, Theater u.
Spezialitäten-Vorstellung.
Franz Sobanski, Gisa Walthard,
Ella Holz, Viktor Ritter, Willy u.
Oskar Luol, W. R. Soltan, Lind.
Reumann, Gregg und Schellens
Kramer-Teilo uhm.
Familie Knoppe
Vollständ. m. Gesang v. D. Richter.
Anf. 8 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr.

Volks-Theater.
Rixdorf, Hermannstraße 20.
Sonntag, den 23. Januar: Fra Diavolo.
Vandervelle in 3 Akten von Schmidt.
Anfang 7 Uhr.
Montag, den 24. Januar: Kletter-
leben. Schauspiel in 4 Akten von
Hochfeldt. Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Schlosshof Börse.
**Das vollständig neue
Programm.**
**Ein unvorsichtiger
Seilkünstler.**
Kapit. Fehns dress.
Seelöwen.
14 erstklassige Attraktionen.
Anfang: Sonntag 7 Uhr.
Dienstag 8 Uhr.
Entree 50 Pf. bis 2 Pf.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 23. Januar 1910:
Zum erstenmal wiederholt:
Der Walzerkönig.
Große Gelangspolke in 4 Akten von
H. Rammstadt. Rust v. G. Steffens.

W. Noacks Theater
Bannpstr. 16, am Rosenfelder Tor.
Nachmittags 3 Uhr:
Nischenbrödel.
Wachen in 6 Bildern.
Gratwanderung.
Abends: Geschlossen.

Reichshallen-Theater.
Der Nachtwächter
von Zerpenschke.
v. F. Mayssol
Anfang:
Dienstag:
8 Uhr.
Sonntag:
7 Uhr.
Billets bis 8 Tage vorher.

**Deutschlands grösste und
vornehmste Lichtbühne**
650 Sitzplätze
Fechtaufs Anstellung
Beginn:
Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 2 „

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.



A. WERTHEIM

G. m. b. H.



LEIPZIGER STR.

ROSENTHALER STRASSE

Versand-Abteilung Berlin W. 66.

ORANIEN-STRASSE

Heute **Extra-Preise** für:

SÜDFRÜCHTE

Zitronen Dtz. 24, 35 Pf.
 Bittere Orangen . . Dtz. 55 Pf.
 Apfelsinen Dtz. 18, 30 Pf.
 Murcia-Blut 30, 40, Messina 35, 55 Pf.
 Dtz. Dtz.
 Maronen Pfund 16 Pf.
 Mandarinen Pfd. 16, Kiste ca. 25 Stück 65 Pf.
 Frische Pfirsiche Stück 60 Pf.

GEMÜSE

Schwarzwurzeln . . Pfund 10 Pf.
 Eskarol-Salat Kopf 15 Pf.
 Endivien-Salat Kopf 15 Pf.
 Artischocken Stück 33 Pf.

Schneehühner Stück 95 Pf.
 Haselhühner Stück 1.50
 Puten Pfd. 70 bis 80 Pf.

FLEISCHWAREN

Zerelatwurst in Rinddarm Pfund 1.10
 Zerelatwurst in Fettdarm Pfund 1.30
 Salamiwurst Pfund 1.10
 Plockwurst Pfund 1.10
 Jagdwurst Pfund 95 Pf.
 Feine Leberwurst Pfund 95 Pf.
 Landleberwurst Pfund 80 Pf.
 Fleischrotwurst Pfund 90 Pf.
 Rotwurst Pfund 50, 70 Pf.
 Landschinken ca. 10-12 Pfd. schwer Pf. 1.20
 Rollschinken ca. 7-10 Pfd. schwer Pf. 1.30
 Schinkenspeck Pfund 1.00
 Magerer Speck Pfd. 90 Pf.

Leipziger u. Rosenthaler Str. Frisches FLEISCH

Filet Pfd. 95 Pf., ausgeschält 1.60
 Roastbeef Pfd. 90 Pf., ohne Knochen 1.20
 Gulaschfleisch Pfd. 65 Pf.
 Gehacktes Fleisch . Pfd. 60 Pf.
 Rinderzungen Pfd. 1 Mk. gepökelt 1.25
 Kalbskeule . Pfd. 90 Pf. bis 1.10
 Kalbsrücken Pfd. 90 Pf. bis 1.10
 Kalbszungen Stück 70 Pf.
 Hammelkeule Pfd. 75 Pf., teilt 85 Pf.
 Rücken Pfd. 75 Pf., teilt 85 Pf.
 Hammel-Dünnung . Pfd. 55 Pf.
 Liesen u. Rückenfett Pfd. 75 Pf.
 Kasseler Rippespeer Pfd. 85, 90, 95 Pf.

Schweizer u. Holländ. Käse Pfd. 78 Pf.
 Tilsiter- u. Brie-Käse Pfd. 58 Pf.
 Camembert-Käse Stück 18 Pf.

Sprotten Kiste ca. 2 Pfd. Inhalt 48 Pf.
 Sprottbücklinge Kiste ca. 2 Pfd. Inhalt 45 Pf.

Lebende Aalquappen Pfd. 60 Pf.

WEIN

Moselwein

Ober-Moseler 1/2 Flasche 58 Pf.
 1907 Treiser 1/2 Flasche 70 Pf.
 1907 Wolfer 1/2 Flasche 90 Pf.
 1907 Cröver Hölle 1/2 Flasche 1.10
 1907 Thörnicher 1/2 Flasche 1.30
 1906 Wolfer Goldgrub 1/2 Flasche 1.80
 1906 Trarbach, Schlossberg 1/2 Fl. 1.90

Mosel- u. Ruwerwein

Restbestände

1904 Graacher Fuder 89, Wachstum: Freiherr von Schorlemer 1/2 Flasche 1.90
 1904 Caseler Fuder 80, Wachstum: Reichsgraf von Kesselstatt 1/2 Flasche 2.10
 1906 Thörnicher Rüttsch 1/2 Flasche 2.50
 1904 Graacher Kirchlay Auslese Fuder 37, Wachstum: A. Tanisch 1/2 Flasche 2.60
 1905 Lieserer Niederberg Wachstum: Freiherr von Schorlemer 1/2 Flasche 2.75
 1904 Josephshöfer Fuder 117, Wachstum: Reichsgraf v. Kesselstatt 1/2 Flasche 2.95
 1904 Brauneberger Fuder 104, Wachstum: Freiherr v. Schorlemer 1/2 Flasche 3.30

Rheinwein

Rhein Hessische und Rheingauer Weine.

1906 Ockenheimer 1/2 Flasche 70 Pf.
 1904 Gensinger 1/2 Flasche 90 Pf.
 1907 Rudesheimer 1/2 Flasche 1.10
 1904 Johannisberger 1/2 Flasche 1.40
 Wachstum: Winzerverein
 1905 Rauenthaler Wachstum: Winzerverein 1/2 Flasche 1.55
 1907 Geisenheimer Morsohberg Auslese, Wachstum: Johann Klein 1/2 Flasche 1.85
 1906 Niersteiner Oelberg 1/2 Flasche 2.25

Roter Bordeauxwein

1907 Bas Médoc 1/2 Flasche 75 Pf.
 1907 Chât. La France, Fronsac 1/2 Fl. 90 Pf.
 1904 Domaine de Bouqueyrans, Médoc 1/2 Flasche 1.05
 1905 Haut Margeaux 1/2 Flasche 1.20
 1905 Chât. D'Arche, Ludon 1/2 Flasche 1.50
 1905 Brane Cantenac grand vin Margeaux 1/2 Fl. 1.70
 1904 Chât. Palmer, Cantenac 1/2 Flasche 1.85

Echte Braunschweiger

Schiffmumme konzentrierter Malzextr. 1/2 D. 2.25 1/3 D. 1.15
 Blankenhainer Kraftmalzbier Flasche 36 Pf.

Ständiger Verkauf
Leipziger Strasse:

FEINE KALTE KÜCHE

Krabben mit Mayonnaise 45 Pf.
 Hummer-Mayonnaise 95 Pf.
 Gänseweissauer 1.00
 Diverse Sorten gefüllte Eier Stück 35, 40 Pf.
 Gefüllte Tomaten 35 Pf.
 Gefüllte Artischockenviertel 40 Pf.
 Chaudfroid von Fasanen 50 Pf.

Garnierte Schüsseln mit Salaten, Mayonnaisen, Braten, frischen Hummern etc.
 Gebratene Hühner, Enten, Gänse etc.

Aal und Lachs in Gelee 60 Pf.
 Gänseleber-Pasteten mit Trüffeln Stück 1.00
 Grössere Gänseleber-Pasteten 1.25
 Parfaits von Gänseleber Portion 1.75
 Reiscrème mit Johannisbeer-Gelee 40 Pf.
 Mandarinen in Wein-Gelee 35 Pf.
 Wein-Gelee mit Früchten 40 Pf.

Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung, Freitag, den 21. Januar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Bethmann Hollweg, v. Trott zu Solz, v. Wolffe, v. Freitenbach.

Das Haus ehrt das Andenken des Abg. Lorenz (fr. Sp.) in der üblichen Weise.

Die Besprechung der Interpellation über die Rottwitzer Beamtenmissetatungen wird fortgesetzt.

Abg. Fischel (fr. Sp.): Die Freiheit der Selbstbestimmung aller Wähler ist ein für uns unüberwindliches Staatsbürgerliches Recht, ganz gleich, ob der Wähler Beamter ist oder nicht. (Sehr richtig! links.) Dieser Grundgedanke muß nicht nur Allgemeinrecht jedes wirklich liberal und demokratisch denkenden Menschen sein, sondern vor allem auch Grundgedanke jedes Parlaments. (Sehr richtig! links.) Wir haben immer die Freiheit der Wahl propagiert, und wir werden auch hier, obwohl wir in Rottwitz ja gewissermaßen Regierungspartei waren, die Maßregelungen, die seitens der Regierung erfolgt sind, der Achtung des Beamten kann man keinen größeren Schaden zufügen, als wenn man ihn in Rücksicht auf das Wahlrecht als einen Mann minderen Rechts hinstellt. (Sehr wahr! links.) Der großpolnischen Bewegung schadet man durch ein solches Vorgehen nicht, im Gegenteil, die Maßregelungen haben der polnischen Bewegung nur neuen Agitationsstoff gegeben. Wenn es der Regierung unangenehm ist, daß Beamte öffentlich für einen Poln stimmen, so ist nicht die Konsequenz, daß sie diesen Beamten maßregeln, sondern die selbstverständliche Konsequenz ist die Einführung der geheimen Wahl. (Sehr richtig! links.) Auch ich halte es allerdings für dringend notwendig, daß alle deutschen Elemente in den polnischen Provinzen zusammenhalten, auch die Katholiken. Gegenüber der Darstellung des Herrn Borch stelle ich fest, daß die Liberalen erst selbstständig vorgegangen sind, nachdem das Zentrum im Zusammengehen mit den deutschen Parteien abgelehnt hatte! (Hört! hört! links.) Die Konservativen möchte ich fragen: Beistht Ihre Polenpolitik die innere sittliche Autorität, daß Sie das Recht haben, von den Beamten ein Entreten für diese Politik zu verlangen? (Sehr gut! links.) Herr v. Arnim meinte neulich, die Freisinnigen hätten Sehnsucht nach dem Bloß. Da überhäuft Herr v. Arnim doch seine Freunde, eine solche Sehnsucht ist nach den Erfahrungen, die wir mit den Konservativen gemacht haben, nicht vorhanden. (Bravo! links.) Daß die wenigen Freisinnigen im Reichstag den Ausschlag gaben, konnten die Konservativen nach Herrn v. Arnim nicht verkennen. Aber daß die Polen, bei der Reichsfinanzreform den Ausschlag gaben, hörte die Konservativen nicht! (Sehr gut! links.) In dem Moment, als es sich um die Ablehnung der Erbschaftsteuer handelte, vergaßen die Konservativen die nationalen Gesichtspunkte ihrer Polenpolitik, obgleich feststand, daß die Polen nur gegen die Erbschaftsteuer stimmten aus Haß gegen den Fürsten Bismarck. Und wenn die Regierung diese Gabe aus den Händen der Polen ruhig hinnahm, so konnten die Beamten ihre Polenpolitik wirklich nicht ernst nehmen. (Sehr gut! links.) Wir verlangen die Ministerverantwortlichkeit, damit das Parlament über solche Fälle nicht nur reden, sondern auch handeln kann. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Es handelt sich hier um eine Frage von eminenter Wichtigkeit. Dieser Wichtigkeit verdanken wir aber wohl nicht die Ehre, den Herrn Ministerpräsidenten sogar zum zweiten Male hier zu sehen, sondern wir meinen, daß diese Ehre nur ein neuer Beweis dafür ist, wie selbst der Herr Ministerpräsident annehmen muß, daß das Schwerkrieg der deutschen Politik nicht im Reichstag, sondern in diesem hohen Hause liegt, daß es für seine Wochstellung im Reich unendlich viel wichtiger ist, in diesem hohen Hause eine feste Position zu haben als im Reichstag. Vielleicht kann man die Anwesenheit des Herrn Ministerpräsidenten auch als Antwort auffassen auf die freundliche Aufforderung des Herrn v. Pappenheim, sich für Preußen eine Stellvertreter zu besorgen: er will wohl dadurch ausdrücken, daß, wenn er schon einmal nicht beide Posten ausfüllen kann, er dann doch lieber den Posten als preussischer Ministerpräsident behalten würde. (Weiterkeit und sehr gut! links.) Ferner scheint der Herr Ministerpräsident durch seine Anwesenheit hier auch andeuten zu wollen, daß in Preußen die eigentlich Schuldigen in dieser Sache sitzen, so daß darin zugleich ein gewisses Schuldbekenntnis des preussischen Ministerpräsidenten zu erblicken ist. (Lachen rechts.) Die begehrte, temperamentsvolle Rede, die er neulich hielt (Weiterkeit), hat uns von dieser Ueberzeugung nicht abbringen können. Wir hätten ja eine Interpellation in dieser Sache selbst eingebracht, wenn unsere Zahl dazu nicht zu gering wäre. (Zuruf rechts: Gott sei Dank!) Auf dem Schloß Neudorf des Fürsten Händel von Donnerstorf, zu der Zeit, als eine französische Dame den dort anwesenden Herren vergnügliche Stunden bereitet, ist bekanntlich der Entschluß zu dem Vorgehen in Rottwitz gereift. Auf der einen Seite Madame Granier, auf der anderen die Unterschrift: nemo me impune lacessit! (Niemand reizt mich ungestraft.)

Wichtig ist hervorzuheben, daß nicht nur die Behörden, sondern auch Private, insbesondere die Hohenlohe-Werte, aus Anlaß dieser Wahl mit Maßregelungen vorgegangen sind. Das beweist wieder, wie die Regierungssaktion nicht ist als ein getreuer Spiegel des Terrorismus der herrschenden Klassen gegen ihre Angestellten. Herr Borch hat bei dieser Gelegenheit von der Herrver-Agitation gesprochen und es als eine besonders bedauerliche Reflexerscheinung derselben bezeichnet, daß sie Gelegenheit gab, die Früchte zu zeigen, die etwa ein schwarz-blauer Bloß auf die Dauer hervorbringen würde. Wir haben gerade aus diesem Grunde die Herrver-Agitation besonders freudig unterstützt. (Hört! hört! im Zentrum.) Das war die internationale Bedeutung des Falles. Auf die Insulien, die gegen Herrver geschleudert wurden, hier näher einzugehen, habe ich keine Veranlassung. Ich nehme an, daß er und sein Andenken viel zu hoch steht (Gelächter rechts und im Zentrum), viel zu hoch steht in den Augen all derer, auf die es einem Manne wie Herrver natürlich allein ankommen kann (Sehr gut! links), als daß er durch solche Angriffe beleidigt werden könnte.

Im Vorbergrunde der ganzen Angelegenheit steht ja die Polenpolitik.

Nach Oberjahren soll von Polen aus die polnische Agitation getragen worden sein. Wissen Sie denn nicht, daß gerade von den Grubenmagneten die polnische Bevölkerung dort herangezogen, verhärtet worden ist? Wissen Sie nicht, daß die Polenfrage in allererster Linie auch eine soziale Frage ist? Uebrigens könnte ja niemals das Hineintragen einer Agitation von auswärts von Erfolg begleitet sein, wenn nicht ein günstiger Boden dafür da ist, niemals kann ein Funke sünden, wenn nicht das Pulver vorhanden ist. Also die Auffassung der Regierung beweist auch hier nur ihre politische Beschränktheit. (Oh! rechts. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Ministerpräsident meinte, wie sollten erst die Erfolge der Polenpolitik abwarten, sie könne nicht von heute auf morgen Früchte tragen; ihre frühere Politik des freundlichen Entgegenkommens hat die Regierung aber selbst ausgegeben, als sie nicht sofort wirkte, und hat sich für berechtigt gehalten zu der Politik der brutalsten, verfassungswidrigen Unterdrückung.

In der Politik der Versöhnung ist die Regierung sehr kurzschichtig, in der Politik der Unterdrückung aber außerordentlich gäbe. Recht hatte der Herr Ministerpräsident damit, daß dasjenige, was der polnischen Bewegung die Macht gibt, die Hoffnung auf ein Wiedererstehen des polnischen Reiches ist. Ich möchte nun fragen, ob der Herr Ministerpräsident als philosophisch gebildeter

Mann meint, daß diese Hoffnung herausgerissen werden kann aus den Herzen durch Prügel, durch Sprachenparagrafen, durch Disziplinarstrafen, durch die Spindel, die Enteignungsgebote und all die Verfassungswidrigkeiten, durch den Korruptionsfonds usw.? Ich meine, es gibt kein besseres Rezept, um den Stoff zur Agitation für die Hoffnung auf ein 1000jähriges polnisches Reich zu verstärken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Schaffen Sie den Polen ein besseres politisches Diesseits, das ist das einzige Mittel, um ihnen die Hoffnung auf ein politisches Jenseits allmählich aus dem Herzen zu nehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Das Material des Herrn Trott zu Solz erlaube ich mir auf Grund meiner persönlichen Erfahrungen als keineswegs zuverlässig zu betrachten, sondern als außerordentlich verdächtig. Ist Ihnen nichts bekannt geworden von dem Herrn Kalowski, dem früheren Angestellten der politischen Polizei in Posen, der ausführlich in ausländischen Zeitungen berichtet hat über die politische Fälscherwerkstatt der Polizei in Posen (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), über gefälschte Verträge, die er im Auftrage höherer Beamter angefertigt hat? In meinen Händen ist eine eidesstattliche Versicherung eben dieses Herrn, in der er sich der

Fälschung von Urkunden auf Veranlassung Vorgesetzter selbst bezichtigt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten) und wünscht, daß ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet wird! Wir haben in dieser Angelegenheit noch ein energisches Wort mit dem Herrn Minister des Innern zu reden. (Lachen rechts.) Wir werden gegen ihn ebenso kräftige Worte finden, wie Herr v. Pappenheim sie gegen den Herrn Ministerpräsidenten gefunden hat. Wir werden dann sehen, ob wir auch eine freundliche Verbeugung als Antwort bekommen werden. (Weiterkeit.) Wir wollten ihn fragen, ob er weiß, daß eine Zentralstelle besteht, die in unmittelbarer Beziehung steht zum Ministerium des Innern, und ob ihm bekannt ist, daß er selbst höchstpersönlich in einer Angelegenheit das Material, das ihm zugesandt worden war, nach Posen zurückschickte mit dem Bemerkten, es sei ihm nicht genügend beglaubigt, um es im Abgeordnetenhaus vorzutragen zu können, aber er bitte, es doch in die Presse hineinzulancieren! (Hört, hört! links.) Wenn Sie etwa denken sollten, daß ein derartiger Vorwurf gegen unsere preussische Polizei nicht gut begründet worden sei, so brauche ich Sie nur an die Tatsache zu erinnern, daß im Juni vergangenen Jahres in einem in Dresden abgehaltenen Prozeß gerichtlich festgestellt worden ist, daß im Berliner Polizeipräsidium eine Urkunde, auf der die gesamte gerichtliche Aktion gegen einen Scheimbändler beruhte,

in bewußter Weise gefälscht

worden ist, indem in einem Briefe aus dem Worte „nicht geheim“ das Wort „geheim“ gemacht worden ist. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir halten das Vorgehen der Regierung

für verfassungswidrig. Es wird ja den Beamten bei der Vereidigung stets der Erlaß Kaiser Wilhelms von 1882 sowie der Erlaß des Staatsministeriums von 1896 vorgelesen, und sie werden so von vornherein darauf hingewiesen, daß sie ihrer politischen Rechte verlustig gehen. Der Erlaß von 1882 ist aber einfach ein gefekwidriger Akt; der König hat kein Recht dazu, in die Wahlfreiheit der Beamten einzugreifen. (Sehr richtig! links.) Man hat gesagt, der Beamte begibt sich freiwillig in das Beamtenverhältnis. Das ist aber nur eine ganz äußerliche Freiheit. Tatsache ist doch, daß ein gewisser Prozentsatz der Bevölkerung notwendigerweise Beamte sein müssen, und namentlich die große Masse der unteren Beamten wird ebensovornig freiwillig Beamte, wie die Industriearbeiter freiwillig Industriearbeiter werden. Ein Appell an die Verfassung wird ja leider bei uns immer mit einem ungläubigen Lächeln begleitet, die Verfassung gilt heute mehr als schöne Dekoration. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Herr Schiffer meinte, es liege im Wesen des Beamten, daß er nicht gegen den Staat agieren dürfe, so ist das eine mechanistische Auffassung vom Staat. Der Staat ist doch keine Gewaltinstitution. (Sehr wahr! links.) Je mehr Freiheit auch der oppositionellen Gesinnung Sie den Beamten geben, desto fester können Sie darauf rechnen, daß die Beamtenhaft in der Tat eine staatsstrenge Gesinnung befiht. Es kann doch für Sie nur ein Beamtenstand von Wert sein, der sich wirklich von ganzem Herzen freiwillig in den Dienst des Staates auch außerhalb seiner rein amtlichen Verpflichtungen begibt. Wenn Sie aber in dieser Weise mit dem Beamten Schindler treiben, werden Sie nur erzielen, daß die Beamten äußerlich den nötigen Drill bekommen, aber die staatsstrenge Gesinnung ist hohl und durchwühlt und bricht zusammen, wenn sie auf eine ernstliche Probe gestellt wird. Das ist die gefährliche Seite der Sache, Sie tangen hier auf einem Vulkan. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Entschieden bekämpfen wir die Auffassung des Herrn Schiffer, es liege im Sinne der öffentlichen Abstammung, daß man alle Konsequenzen derselben auf sich nehme. Wie der Staat auch bei der geheimen Wahl sich um das Wahlrecht der Beamten kümmert, ist bekannt; ich verweise auf den Fall Schellenberg, ich erinnere daran, wie den Staatsarbeitern das Reichstagswahlrecht von jeder verwehrt worden ist. Den Staatsarbeitern in Spandau wurde 1903 mitgeteilt, daß für den Fall, daß ein Sozialdemokrat in Potsdam-Ostbavelland gewählt würde, die Staatsverhältnisse in Spandau wahrscheinlich geschlossen werden würden! (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist bekannt, wie jede anscheinend sozialdemokratische Gesinnung hinführt, Beamte, Lehrer, Staatsarbeiter aus ihrer Stelle hinauszubringen. Die Regierung ist in dieser Beziehung so rigoros, daß der Fall in Rottwitz wirklich keine Ausnahmeerscheinung ist, er ist vielmehr ein kleines Glied in der Gesamtheit der systematischen Unterbindung der freien politischen Rechte, die die Regierung ausübt.

Die Stellung der Konservativen ist eine erfreulich klare. Freilich wußten wir ja vorher, daß wir in ihnen (nach rechts) die Feinde der Beamtenhaft zu erblicken haben. (Lachen rechts.) Gewiß wollen Sie die Beamten gern haben, ebenso wie die Arbeiter, um sie als Stimmvieh zu benutzen und sie so zur Vernechtung Ihres volksfeindlichen, beamtenfeindlichen Einflusses zu gebrauchen. (Lachen rechts.) Ihre Liebe zu den Beamten ist nichts anderes als die Liebe des Wolfes zum Lamm. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Ministerpräsident hat bestritten, daß es sich in Rottwitz um eine Disziplinierung der Beamten gehandelt hat. Tatsächlich war es nichts anderes. Auch nach allem, was vom Regierungsschiffe sowohl wie aus dem Hause heraus in drohendem Tone gegen die Beamten vorgetragen worden ist, kann man nicht daran zweifeln, daß es sich um eine bewußte und überlegte unfreundliche Maßregel gegen die Beamten gehandelt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie will man es ernstlich vertreten, die Verletzung sei im Interesse des Dienstes erfolgt und deshalb liegt keine Disziplinierung vor? Jede Disziplinierung erfolgt im Interesse des Dienstes, das gehört zu ihrem Wesen. Also der ganze Tatbestand der Disziplinarstrafe ist vorhanden, das einzige, was daran fehlt, sind die Garantien des geschlichen Verfahrens. Es handelt sich also hier um

eine Disziplinierung gefekwidriger Art unter Ausschließung der Vorschriften der Disziplinarergese.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für diese „Vorzugung“ werden die Beamten wohl kaum das nötige Verständnis haben. Das Vorgehen der Regierung zeigt, daß von ihr gilt, was man vom Teufel zu sagen pflegt: Man darf ihm nicht den kleinen Finger geben, sonst ummt er gleich die ganze Hand. Eine lauschartige Bestimmung im Disziplinarergese, die der Verwaltung einen gewissen Spielraum geben soll, ist von der Regierung

zur ausgebreitetsten Verwaltungswillkür gemißbraucht. Die Argumentation des Herrn Borch, der besonderes Gewicht darauf legte, daß die gemäßigten Beamten im Grunde genommen sehr gesinnungstüchtige, regierungstüchtige und christliche Leute seien, verwirft er grundfänglich. Solche Opportunitätsbegriffe können nicht maßgebend sein. Begibt man sich einmal auf diese schiefe Ebene, so ist kein Halten mehr. Wir müssen durch prinzipielle Anerkennung des Rechts der politischen Meinungs- und Betätigungsfreiheit für alle Zukunft solchen Ungeheuerlichkeiten einen Nigell vorschreiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Graf Lippertdorff im Reichstag gemeint hat, die Beamten seien von der Regierung in ihrer Ehre verlegt worden, so möchte ich betonen, daß man durch eine Gesekwidrigkeit nie in seiner Ehre verlegt werden kann, daß die einzige Ehre, die in diesem Falle auf dem Spiele steht, die Ehre der preussischen Regierung ist, an der allerdings auch nicht mehr viel zu verteidigen ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.)

Präsident v. Aröher: Wegen dieses Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung. (Bravo! und Zurufe rechts.)

Abg. Liebknecht (fortfahrend): Mir tut's nicht weh. (Erneute Unruhe rechts.) Man wirft den Polen antinationale Gesinnung vor. Aber auf Ihrer Seite sitzen diejenigen, die die Polen um ihres Profits willen nach Deutschland herzurufen; sitzen auch diejenigen, die etwa im Ernstfalle gegen Deutschland um des schönen Rammons willen die Waffen an das Ausland liefern würden! Also auch Ihre Gesinnung ist eine sehr wenig nationale, vielmehr ein „Patriotismus“, dessen Motiv ist: Wenn das Geld im Kasten klingelt, die Seele in den Himmel des Patriotismus springt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.)

Man sagt, die Sozialdemokratie stehe

„außerhalb der Verfassung“.

deshalb dürfen die Beamten nicht für sie stimmen. Zunächst stelle ich fest, daß wir alle hier außerhalb der Verfassung stehen (Lachen rechts), denn die heutige preussische Verfassung und das Wahlgese sind verfassungswidrig. Die Sozialdemokratie steht nicht außerhalb der Verfassung. Die Sozialdemokratie will die Verfassung umgestalten, und wer das will, steht doch längst nicht außerhalb der Verfassung. Sie wollen die Verfassung ja auch umgestalten, und auch von der Regierung werden nicht selten Umgestaltungen der Verfassung angeregt. Allerdings sind das alles Umgestaltungen im reaktionären Sinne. Wie oft haben Sie gefordert eine Abänderung des Reichstagswahlrechts! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokratie unterscheidet sich von Ihnen nur dadurch, daß die Verfassungsänderung, die sie will und die sie durchzuführen wird — auch gegen Ihren Willen —, eine wirklich den Anforderungen der Kultur, eine den Interessen des Volkes entsprechende ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese Änderung würde entsprechen den Interessen der Volksmehrheit, die allerdings Ihren reaktionären Interessen diametral gegenübersteht. Nur deshalb bezeichnen Sie mit großer Bosheit unsere Bestrebungen als solche, die außerhalb der Verfassung stehen. Im übrigen ist uns das herzlich gleichgültig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Regierung hat zur Begründung ihrer Maßregelungen gesagt, die Staatsräson rechtfertige ihr Vorgehen in diesem Fall. Von unserem Standpunkt aus gibt es nur eine wahre Staatsräson, und das ist die Staatsräson, die durch die Gewährung der größtmöglichen politischen, religiösen und wissenschaftlichen Freiheit und Betätigung eine lebendige, interessierte und freiwillige Mitwirkung der Gesamtheit des Volkes an den Geschäften des Staates herbeiführt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun habe ich noch auf eine pitante Eigentümlichkeit hinzuweisen: Der Herr Ministerpräsident hat erklärt, es könnten für das Vorgehen der Regierung weder parteipolitische noch konfessionelle Gesichtspunkte maßgebend sein. Nachdem erob sich der Kultusminister und sagte: Wenn wirklich ein Oberlehrer in der Herrerverversammlung anwesend gewesen sei und Seite an Seite mit dem Sozialdemokraten gesessen habe, so würde er selbstverständlich das zu verantworten haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts.) Sie werden mir mit dem Einwand kommen, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie kein parteipolitischer, sondern ein „nationaler“ Kampf sei. (Sehr richtig! rechts.) Das glaubt Ihnen ja kein Mensch. Ich wünsche, diesen Widerspruch zwischen dem Reichstangler und dem Kultusminister aufgelöst zu sehen. Die Haltung der Regierung bezieht sich nicht nur auf die Wahlen, sondern auf jede erkennbare politische Gesinnung, die der Regierung unangenehm ist. Die Maßregelungen richten sich auch gegen das Zentrum und gegen die Liberalen. Ich erinnere an den Fall Schüding, an die Maßregelung der Eisenbahnarbeiter, die in Baren an der Versammlung eines liberalen Vereins teilnehmen wollten. Ich erinnere weiter an die unerhörte politische Unterdrückung der Zentrumspartei in den fiskalischen Vergewaltigungen an der Saar. Ich weise auf die Lehrrmaßregelungen hin und auf die Vorgänge aus der fiskalischen Grube „Herbinand“, die dazu führten, daß Zentrumswähler entlassen wurden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie sollten also vorsichtig sein, denn es können auch einmal andere Parteien in die Rolle der Reichsfeindschaft geraten.

Auch unmittelbar Eingriffe in das Reichstagswahlrecht

kommen vor. So erhielt bei den Reichstagswahlen 1907 der Notar und Rechtsanwält Lubigsmahl in Posen vor der Wahl eine Aufkündigung, die ihn darauf aufmerksam machte, daß er als Beamter die Pflicht habe, für einen Kandidaten einzutreten! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Notar bejahte leider nicht das Maß an Grobheit, das ich ihm in diesem Fall gewünscht hätte. (Weiterkeit.) Er schrie zurück, daß er sich der Stimme enthalten wolle. Daraufhin bekam er einen zweiten Erlaß, worin gesagt wurde, sein Kompromißangebot sei unzureichend, er hätte für den antipolitischen Kandidaten zu stimmen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Mann hat daraufhin sein Notariat freiwillig niedergelegt, um das Recht der freien Meinungäußerung zu haben. Der Fall war unerhört. Zentrum und Freisinnige kämpften in dieser Frage ja vereint mit uns. Ich bin kein Freund der Zensur, in einem Augenblick des gemeinsamen Kampfes gegen die Reaktion eine Streitig in das eigene Lager zu werfen. Wir haben gelinde Zweifel, ob die beiden Parteien uns immer zur Seite stehen werden, wenn wir in rücksichtsloser Weise bei anderen Gelegenheiten den Kampf weiterführen werden. Geschieht es aber, so werden wir die Bundesgenossenschaft gern akzeptieren. Hoffentlich werden die Freisinnigen, nachdem sie des unappetitliche Albid der Bloßpolitik abgestreift haben, nun wieder in dem Flügelkleide der jugendfrischen Opposition an der preussischen Politik mitarbeiten. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Sie leben, das Lob geht sogar meinen Parteifreunden ein bißchen zu weit!

Die Herren auf der Rechten sind geneigt, ganz genau dieselben und vielleicht noch energischeren Grundfänge über die politische Haltung gegenüber den Ministern durchzuführen als gegenüber den übrigen Beamten. Ich verweise auf den Zusammenstoß zwischen Herrn v. Pappenheim und Herrn v. Rheinbaben. Wie ein Unteroffizier die Rekruten auf dem Kasernenhof, so pubte Herr v. Pappenheim den Minister herunter; der Minister hatte darauf nichts als Verbeugungen! Das Stohgebet der preussischen Minister lautet: „Herr v. Rheinbaben, sei meinem Vorfeindes gnädig!“ Wenn diese Gnade dekloriert geht, dann ist es mit der ganzen Ministerherrlichkeit vorbei. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.)

Präsident v. Aröher: Sie haben, nachdem ich Ihnen einen Ordnungsruf erteilt hatte, nach dem Szenogramm die Worte gebraucht: „Mir tut das nicht weh“. Für diese Worte rufe ich Sie zum zweiten Male zur Ordnung.

Abg. Dr. Liebknecht: Diese Worte waren nicht gerichtet gegen den ersten Ordnungsruf, sondern gegen einige Bemerkungen, die mir von rechts nach dem Ordnungsruf zugerufen waren. (Sehr richtig!)

Präsident v. Krüger: Eigentlich hätten Sie das nur zur Geschäftsordnung sagen dürfen. Ich habe Ihre Bemerkung als gegen mich gerichtet aufgefaßt. Wenn es wirklich der Fall ist, was ich annehme, daß Sie sie erst auf Bemerkungen von rechts gesagt haben, dann nehme ich den zweiten Ordnungsruf zurück. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Liebknecht (fortfahrend): Vorhin wies ich auf die Unstimmigkeit zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Kultusminister hin. Jetzt möchte ich auf eine Unstimmigkeit zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Justizminister hinweisen. In Stuttgart hatten vor einigen Monaten gleichfalls Stadtverordnetenwahlen stattgefunden, bei denen sich gegenüberstehende Sozialdemokraten und bürgerliche Parteien. Aus diesem Anlaß hat die „Märkische Volksstimme“ die Bemerkung gemacht, daß der Oberbürgermeister von Stuttgart im Kommando die Domestiken zur Wahl der bürgerlichen Kandidaten befohlen habe. Da ereignete sich die eigenartige Tatsache, daß gegen den Redakteur der „Märkischen Volksstimme“ Anklage wegen Verleumdung des Oberbürgermeisters erhoben wurde! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Verleumdung wurde darin gefunden, daß der Oberbürgermeister unter Mißbrauch seiner amtlichen Stellung die ihm unterstellten Beamten bei Abgabe ihrer Stimme in unzulässiger Weise beeinflusst habe! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Widerspruch zwischen der Justizbehörde und dem Ministerpräsidenten muß aus der Welt geschafft werden. Jedenfalls bedarf diese Haltung eines Regierungsorganes im Gegensatz zur Haltung der Regierung im Parlament der Annäherung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was wollen die Interpellanten mit ihren Interpellationen? Natürlich keine Denunziation, aber der Erfolg der Interpellationen wird eine Denunziation sein, wie denn in Preußen stets die Behauptung einer anständigen liberalen Gesinnung in bezug auf Beamte wie eine Denunziation gewirkt hat. Die Interpellanten wollten eine Gleichheit des Rechts, sie haben erreicht eine Gleichheit des Unrechts.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Zentrum wollte sich an den Hochschöhen der Polen und an unseren Hochschöhen aus dem Sumpfe der preussischen Reaktion herausziehen, und der Erfolg ist gewesen, daß sie die Sozialdemokraten in den Sumpf der preussischen Reaktion hineingezogen haben. Das Komitee-mitglied der Herrenversammlung, jener freisinnige Oberlehrer, ist ja schon vom Provinzialschulkollegium zur Verantwortung gezogen worden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir können dem Zentrum den Vorwurf nicht ersparen, daß es bei der Begründung der Interpellation schlüssig gehandelt, schlüssig eine denunziatorische Wirkung herbeigeführt hat. Die Konservativen fordern geradezu die Pflicht einer konservativen Beteiligung für die preussischen Beamten. Ich kam mir diese

doppelte politische Moral

nemals zu eigen machen. Gleiches Recht für alle! Wenn ein Beamter konservativ sein darf, dann darf er auch ein Sozialdemokrat sein, eine Pole oder ein Zentrumsmann. Deshalb dem gerade konservativ? Gehört Ihnen etwa Preußen? (Unruhe rechts.) Das preussische Volk steht zu uns. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Wie können Sie, die Vertreter einer Minderheit, für sich den Anspruch erheben wollen, daß die Funktionen des Staates Ihre politische Gesinnung haben? Ist es im Volke unruhig, herrschen oppositionelle Strömungen, so ist das ein Zeichen Ihrer Regierungswirksamkeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Volk versteht uns durchaus und wird Ihre Sprache nicht verstehen. Deshalb suchen Sie ja auch sozialdemokratische Agitatoren mit Gewalt von Ihren Wählern fernzuhalten, treiben uns die Säle ab, weil Sie sich vor uns fürchten. (Lachen rechts.) Wir sehen in Ihrer Gewaltlosigkeit

das Eingeständnis des bösen Gewissens und Ihrer Schwäche.

Hätten wir eine unparteiische Regierung, so würde gegen die Beamten, die die Notwendigkeit Angelegenheit inszeniert haben, auf Grund des Disziplinargesetzes vorgegangen werden, weil sie die Pflichten, die ihnen ihr Amt auferlegt, gräßlich verletzt haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herrschaften in Preußen Recht und Gerechtigkeit, die gemahregelten Beamten würden sofort in alle Ämter wieder eingesetzt werden, und die, die gemahregelt haben, würden einem Disziplinerverfahren unterworfen werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Den Polen aber sage ich: Das ist

der Dank vom Hause Bethmann Holweg!

Hoffentlich sehen die Polen ein, daß sie mit einer Politik des Entgegenkommens nichts erreichen. Der in der Presse angekündigte Entwurf des Beamtenrechts zeigt, daß man weit davon entfernt ist, die Beamtenangelegenheit im Sinne einer politischen Betätigung auszubauen, sondern daß man sie dazu anwenden will, die Beamtenunterdrückung in die benennende Schmach einer geschlichen Sanktion zu hüllen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen auch, daß

der Sprachenparagraf

beseitigt und gemildert wird. Nichts ist mehr geeignet, die nationalen Gegensätze zu stabilisieren als der Sprachenparagraf, der eine künstliche Scheidewand errichtet zwischen Polen und Nichtpolen, der die Polen immer wieder in die Empfindung zurücktreibt, sie seien Ausgeschlossene, Gebrauchslose, Abhandelte, Unterdrückte des preussischen Rechts. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir fordern weiter eine Beseitigung der sinnlosen, unüberwindlichen, forumpierenden, verfassungswidrigen Schrankenpolitik und die schleunigste Emanzipation eines Gesetzes über die politische Verantwortlichkeit der Minister und der übrigen politischen Beamten. Wie meinen, daß bei dem Landratsabsolutismus die Minister längst nicht mehr in der Lage sind, für jede Verwaltungsvollmacht einzutreten. Wir haben die Verpflichtung, Konten zu schaffen, eine Kontrolle gegenüber der preussischen Verwaltung, die — wie ein Amokläufer — gegen Recht und Gerechtigkeit und alle Kulturpflichten in Preußen läuft. Die preussische Verwaltung muß demokratisch gebildet werden. Dann erst werden wir zu besseren Zuständen kommen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir fordern eine

Reform des Wahlrechts

und erblicken in der öffentlichen Stimmabgabe das Unbilligste und Unanständigste, was wir uns denken können. (Lärm rechts.)

Präsident v. Krüger: Das preussische Wahlrecht steht nicht zur Debatte.

Abg. Dr. Liebknecht: Allenfalls wird vom Wahlrecht geredet, und nach der Auffassung der Mehrzahl der Parteien gipfelt doch auch diese Angelegenheit schließlich in der Forderung einer Reform des Wahlrechts! (Sehr richtig! links.) Bei allen Verhandlungen in dieser Session stand die Frage im Vordergrund: Wie stellen sich die Parteien zur Sozialdemokratie? Wir erblicken darin einen glänzenden Beweis dafür, daß unsere Partei der Zentralpunkt der Angelpunkte des ganzen politischen Lebens in Deutschland geworden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Lösungswort, nach dem sich in Preußen Freund und Feind neigen, ist allenthalben: Für oder wider die Sozialdemokratie. Selbst Sie (nach rechts) haben sich gegen den Vorwurf wenden müssen, Bundesgenossen der Sozialdemokratie gewesen zu sein. Es ist richtig, daß Sie weit davon entfernt sind, unsere Bundesgenossen zu sein. Im Grunde genommen aber ist die preussische Reaktion, die deutsche Reaktion die Grundlage für unsere Existenz, aus ihr sind wir hervorgegangen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie alle sind unsere Bundesgenossen, wenn auch unfreiwillig. Die ganzen Debatten dieses Hauses in ihrer Rücksichtlosigkeit in ihrem ohnmächtigen Hohn gegen jeglichen Fortschritt sind eine einzige großartige, unfreiwillige Bundesgenossenschaft für die Sozialdemokratie. Die Herren v. Jolly, v. Pappenheim, v. Heydebrand u. v. Laß, Herr Dr. Friedberg und Schiffer, wir begrüßen sie und sind ihnen von ganzem Herzen dankbar für die

Dilfe, die sie uns haben zuteil werden lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Heben Sie in der beliebigen selbstmüderischen Weise weiter gegen sich selbst, wir sind zufrieden. Nemo me impune lacessit, so hat eine Persönlichkeit, die man nicht in die Debatte ziehen darf, geschrieben. Das ist auch der Vorbehalt der breiten Massen des deutschen Volkes. Niemand soll ungekrönt die Rechte des Volkes mit Füßen treten! Ihre ganze Tätigkeit in diesem Hause steht nichts anderes dar als eine derartige Unterdrückung des Volkes. Gütten Sie sich vor dem Volksgorn! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.)

Ministerpräsident v. Bethmann Holweg:

Der Vorredner hat einen Widerspruch konstruiert zu können geglaubt zwischen meinen Ansichten und denen der anderen Minister. Den Notbuser Fall kenne ich nicht. Vorredner irrt, wenn er meint, ich hätte gesagt, die Staatsregierung könne ein Einschreiten gegen die Beamten niemals an parteipolitische und konfessionelle Gesichtspunkte anknüpfen. Das habe ich nicht gesagt; ich habe gesagt, daß im Kattowitzer Fall für die Entscheidung der Regierung keine konfessionellen, keine parteipolitischen, sondern lediglich nationale Gesichtspunkte in Betracht kamen, und das halte ich für richtig. Der Herr Kultusminister hat ausgeführt, daß, wenn der Oberlehrer in Kattowitz in der Herrenversammlung Mißbilligung der Schmädhungen gegen die katholische Konfession angeht hätte, obwohl er auch mit katholischen Kindern zu tun hatte, daß er damit die Pflichten seines Amtes verläßt hätte. Das steht mit meinen Ausführungen durchaus nicht in Widerspruch.

Man hat von dem Erlaß von 1882 gesprochen. Auch die jetzige Regierung geht grundsätzlich von dem Inhalt dieses Erlasses aus, aber ich möchte alle die Herren, die sich auf den Fürsten Bismarck und seinen Erlaß bezogen haben, doch daran erinnern, daß Fürst Bismarck der größte Realpolitiker gewesen ist, den wir gehabt haben. (Sehr richtig! rechts.) Und wenn einmal die Zeit kommen sollte, wo die Beamten in den Wahlen die Grundlagen des Staates erschüttern, dann werden dagegen alle Nachmittel des Staates in Anwendung gebracht werden müssen von jedem Staat, der sich selber erhalten will. (Bravo! rechts.)

Was die Verletzung im Interesse des Dienstes anbetrifft, so war es ja recht geschicklich von dem Herrn Vorredner, die juristische Definition vorzuziehen zu wollen, indem er die Verletzung als Disziplinarstrafe hinstellte. Ich muß aber darauf bringen, daß man die Scheidung zieht. Ich habe bereits betont, daß es absolut unmöglich ist, genaue Vorschriften darüber zu treffen, wann das Interesse des Dienstes die Verletzung eines Beamten erfordert. (Sehr richtig! rechts.) Ich würde Ihnen sonst eine Definition geben müssen, an die ich mich nachher doch nicht halten kann. Der Regierung ist es nicht darum zu tun, willenslose, forumpierte Sklaven als Beamte zu haben, sondern wir wollen Männer haben, die aus innerer Überzeugung dem Staate dienen und sich dauernd dessen Bewußt sind, daß das Amt, das sie bekleiden, mag es auch noch so untergeordnet sein, doch ein Stück der Staatsverfassung ist, deren Stützung Pflicht der Beamten ist. Es ist deshalb durchaus unerwünscht, die Beamten in der Freiheit der Wahl irgendwie zu beschränken, und es soll das nur geschehen, wenn zwingende Staatsnotwendigkeiten vorliegen. Ich glaube, daß in ihren praktischen Ergebnissen diese Erklärung nicht abweicht von dem, was Herr Schiffer zu erwidern suchte. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Vork (3.): Natürlich hat tatsächlich eine Disziplinierung der Beamten vorgelegen. Auf den größten Teil meiner Ausführungen ist der Ministerpräsident gar nicht eingegangen. Wir müssen vor allem bedenken, daß die politischen Temperaturen wechseln. (Sehr richtig! links.) Zur Zeit des Kulturkampfes galt jeder Zentrumsmann als Staatsfeind. Daß an den schwarz-weißen Grenzlinien nicht gerüttelt werden kann, muß heute schon jeder Pole einsehen. (Bravo! rechts.) Aber denken Sie an das Ende Ihrer jetzigen Polenpolitik, bedenken Sie, daß meine Worte aus Kreisen kommen, die es mit ihrem Deutschland so ehrlich meinen wie nur irgend jemand. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Es folgt die

Interpellation

des Abg. Vork (3.): Welche Stellung die Regierung einzunehmen gedenkt gegenüber der einseitigen Organisation des Arbeitsnachweises, wie er im Ruhrrevier von Seiten der privaten Bergwerksunternehmer mit Zwangscharakter eingerichtet worden ist.

Handelsminister Endow erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Trimbom (3.) begründet die Interpellation: Die Arbeiter werden durch diesen Nachweis beschränkt in der freien Bewertung ihrer Arbeitskraft und in ihrer Freizügigkeit. Die Arbeitgeber haben dem Handelsminister diese offensichtlichen Nachteile dargelegt. Die Antwort des Ministers hätte sich auf die von ihm inzwischen mit dem Gewerkschaften gepflogenen Verhandlungen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Angaben des Gewerkschaftsverbandes über die Häufigkeit des Verlegungswechsels und der Kontraktbrüche bestreiten die Arbeiter, und soweit sie vorgekommen sind, führen sie sie auf Mißstände in den Betrieben zurück. Die Arbeiter fordern den paritätischen Arbeitsnachweis. Der Befürchtung, daß die mächtigen Vergherren den Arbeitsnachweis auch noch zu anderen Zwecken benutzen werden, kann man sich nicht verschließen. Ein paritätischer Arbeitsnachweis wäre in der Tat das Richtige. Den Aktionären und Augenbestehern sollte es nicht gleichgültig sein, ob das Geld, das ihnen zufließt, erarbeitet wird unter wirtschaftlicher und politischer Befehlung großer Arbeitermassen. (Beifall im Zentrum.)

Hierauf vertagte das Haus die weitere Verhandlung der Interpellation auf Sonnabend 11 Uhr. (Außerdem: kleinere Etats und Antrag Konsohn (fr. Sp.) betr. Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Etat des Diamantlandes Südwesafrika.

Die Budgetkommission setzte am Freitag die Beratung über den Etat des Reichsschutzgebietes in Südwesafrika fort und erledigte die Einnahmepositionen. Die eigenen Einnahmen aus Steuern sind mit 718 700 Mk. gegen 602 200 Mk. im Vorjahre eingestellt. Die Zölle sind mit 7 334 000 Mk. gegen 3 701 000 Mk. im Vorjahre angenommen. Die erhöhten Jolleinnahmen sind auf die gesteigerte Diamantengewinnung und deren Verzollung bei der Ausfuhr zurückzuführen. Unter den Steuern befinden sich 250 000 Mk. Einnahme für Spirituosen, die in den vorigen Etat nur mit 100 000 Mk. eingeleitet waren, und die Biersteuer, die im letzten Jahre 40 000 Mk. eingebracht hatte, mit 60 000 Mk. Die Diamantunternehmen und die in Angriff zu nehmenden Bahnbauten werden nach Ansicht des Staatssekretärs des Alkoholismus in der Weise freiger, daß der eingestrichelte Erlöste Betrag auch wirklich eingeht wird! Der Zuschuß aus der Kolonialanleihe beträgt 9 Millionen Mark.

Eine eingehende Debatte entspann sich über die in den Kolonien für die deutsche Bevölkerung eingeführte Selbstverwaltung. Nach den erhaltenen Mitteilungen hat man nicht die besten Erfahrungen damit gemacht, weil die weiße Bevölkerung noch zu schwach ist. Das Beamtentum beherrscht dort die Gemeinden völlig. So waren in Windhuk 260 Wahlberechtigte und unter diesen 212 Beamte! In einem kleineren Orte waren 80 Wähler, davon haben 14 gewählt, darunter die 9 aufgestellten Kandidaten. Allgemein war man in der Kommission der Ansicht, daß die Selbstverwaltung aufrecht zu erhalten und auszubauen sei, daß die Gemeinden aber nur über die eigenen Einnahmen und nicht über die vom Reiche geleisteten Zuschüsse verfügen dürfen. Genosse Roske schlägt den Vorschlag, den die Gemeinden von der Selbstverwaltung unter den heutigen Verhältnissen haben können,

nur gering an: man dürfe nicht vergessen, daß es sich doch nur um Dorfgemeinden handle, denen man keine so hohen Aufgaben stellen könne. Es sei notwendig, Zwerckverbände zu bilden, diese dürften aber nicht das Recht haben, den Eingeborenen Steuern aufzuerlegen. Mit den Schulden werde man gegen das Engländer- und Burenland dort ebensovornig erreichen, wie man in Deutsch-land selber gegen das Polentum erreicht habe.

Angenommen wurde ein Antrag des Zentrums: die Regierung solle untermüglich die erforderliche Anordnung treffen, wodurch den Gemeinden in Südwesafrika 1. genügend Land auch für die zukünftige Entwicklung vorbehalten bleibe, 2. die Erlassung eines Kommunalsteuergesetzes in die Wege leiten, durch welches ihnen ausreichende Steuerquellen zur Verfügung gestellt werden.

Die Beratung wird am Dienstag fortgesetzt.

Im Gegensatz zu unserer gestrigen Notiz über das Befinden des Reichstagspräsidenten wird uns mitgeteilt, daß der Zustand des Grafen Stolberg keinen Anlaß zu Besorgungen gibt.

Aus Industrie und Handel.

Reichsbankdiskont.

Der Zentralausch beschloß am Freitag, den Diskont der Reichsbank um 1/2 Proz. auf 4 1/2 Proz. und den Lombardzinsfuß für Darlehen gegen Verpfändung von Effekten und Waren auf 5 1/2 Proz. herabzusetzen. Der Reichsbankpräsident begründete diese Maßregel mit dem Hinweis darauf, daß es sich empfehle, vorsichtig vorzugehen, damit man die Entstehung eines übertriebenen Optimismus vermeide. Die Situation der Bank sei recht günstig, immerhin noch nicht so gut wie im Vorjahre. Die steuerfreie Rotentreserve beträgt nach dem Stande von Mittwoch etwa 110 Millionen, bleibe also hinter dem Vorjahre noch um etwa 18 Millionen zurück. Allerdings dürfte inzwischen eine weitere Besserung des Status eingetreten sein. — Am Donnerstag hatte die Bank von England den Diskont um 1/2 Proz. auf 3 1/2 Proz. ermäßigt.

Vaterlandlose.

Von dem neuen Vaterlande gehört den Arbeitern fast gar nichts. Die große Masse des Volkes ist den Grundbesitzern als Pächter und Wohnungsmieter rentenpflichtig. Ein wie weniger Teil der Agrarkultur dienenden deutschen Lebens landwirtschaftlichen Arbeitern gehört, dafür liefert die letzte Betriebsstatistik interessante Angaben. Unter den durch die Zählung von 1907 ermittelten landwirtschaftlichen Betrieben (5 786 082 mit einer Gesamtfläche von 43 106 486 Hektar) wurden 579 500 (= 10,10 Proz.) Betriebe mit einer Gesamtfläche von 409 100 Hektar (= 0,95 Proz.) von landwirtschaftlichen Arbeitern und Tagelöhnern bewirtschaftet. Entsprechend der sozialen Stellung ihrer Inhaber waren dies durchweg kleine und mittlere Besitzungen, von denen nur 64 Betriebe eine landwirtschaftliche Fläche von 10 bis unter 20 Hektar zu verzeichnen hatten. Den Arbeitern gehörten von diesen Ländereien nur 186 744 Hektar = 45,85 Proz. der Gesamtfläche. Das übrige Land war entweder gepachtet (123 116 Hektar = 30,09 Proz.) oder es war sogenanntes Deputatland (99 249 Hektar = 24,26 Proz.), das ihnen von den Dienstherren als Teil des Lohnes zur Ragnutzung überlassen war. Also von den rund 43 Millionen Hektar gehören Arbeitern nur 186 744 Hektar oder 0,433 Proz. der Gesamtfläche.

Am 12 Juni 1907 waren in den landwirtschaftlichen Betrieben, abgesehen von den Betriebsleitern, 4 821 783 männliche, 7 018 821 weibliche, insgesamt 12 240 056 Personen land- oder forstwirtschaftlich tätig, und zwar:

Art der Stellung	männliche Personen	%, der männl. Personen	weibliche Personen	%, der weibl. Personen	Personen überhaupt	%, aller Personen
Familienangehörige	1 907 980	44,15	5 784 186	78,05	7 692 166	62,94
davon:						
ständig mitarbeitende vorübergehend arbeitende	1 218 269	28,19	3 462 216	43,73	4 680 485	38,24
689 711	15,96	2 321 970	29,32	3 011 630	24,60	
Fremde Arbeitskräfte	2 412 755	55,85	2 194 180	28,95	4 606 935	37,16
davon:						
Muskeln- und Rechnungspersonal	64 292	1,48	12 000	0,16	76 292	0,63
ständig Arbeitskräfte darunter:	1 364 650	31,58	1 064 024	13,44	2 428 674	19,84
Anschichte und Mägde Tagelöhner, Arbeiter und Injunkte	810 780	18,76	735 171	9,29	1 545 951	12,63
nichtständige Arbeitskräfte	553 870	12,82	328 850	4,15	882 720	7,21
994 864	22,79	1 067 222	13,25	2 062 086	16,99	

Unter diesem landwirtschaftlichen Personal befanden sich 601 687 noch nicht dierzehnjährige Kinder: 328 879 Knaben und 272 738 Mädchen. Die Höchstzahl der in der Zeit vom 18. Juni 1906 bis 12. Juni 1907 gleichzeitig beschäftigten Arbeitskräfte (ausschließlich der Betriebsleiter) betrug 6 843 418 männliche, 9 950 518 weibliche, insgesamt 16 802 931 Personen. Letztere Zahlen sind jedoch nicht ganz vollständig, da die Bezüglichen Angaben häufig bei kleineren Betrieben unzuverlässig gewesen sind.

Deutschlands auswärtiger Handel im Jahre 1909.

Nach dem vom kaiserlichen Statistischen Amte herausgegebenen Dezemberhefte 1909 der Monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands betrug im abgelaufenen Jahre im Spiegelhandel:

Die Einfuhr 62 993 283 Tonnen und 1 541 784 Stück, worunter 1 419 128 Uhren, 121 947 Pferde usw., gegen 60 535 856 Tonnen und 1 596 389 Stück, worunter 1 476 090 Uhren, 119 615 Pferde usw., im Jahre 1908.

Die Ausfuhr 48 794 204 Tonnen und 379 429 Stück, worunter 382 001 Uhren, 7141 Pferde usw., gegen 45 878 544 Tonnen und 425 236 Stück, worunter 419 122 Uhren, 6836 Pferde usw., im Jahre 1908.

Der Wert der Einfuhr ohne Edelmetalle 8213,6 gegen 7861 Millionen Mark im Vorjahre, der Wert der eingeführten Edelmetalle 333,9 gegen 413,1 Millionen Mark im Vorjahre.

Der Wert der Ausfuhr ohne Edelmetalle 6880,8 gegen 6308,8 Millionen Mark, der Wert der ausgeführten Edelmetalle 267,0 gegen 82,9 Millionen Mark im Vorjahre.

Der reine Warenverkehr machte also im Jahre 1909 aus 14 894,4 Millionen Mark gegen 14 002,8 Millionen Mark im Vorjahre. Die Besserung betraf sich auf 891,6 Millionen Mark. Nämlich blieb das abgelaufene Jahr gegen 1907 um 697,5 Millionen Mark zurück.

Briefkasten der Redaktion.

Die kirchliche Sprechstunde findet Dienstag 3, zweites Hof, erster Eingang, vier Treppen, 10 Uhr abends. Jedenfalls wöchentlich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends. Gedruckt 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Umhänge und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung in Briefkasten können 14 Tage vergehen. Bitte Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

B. 117. Letzteres Ausklopfen besonders im Februar und März. Aufstreuung von Kampferpulver, Labal, schwarzen langen Pfeffer oder getrockneten Hanfengeln. Große Dämpfe und August können auch mit Erfolg angewendet werden. — S. El. Bitte zu wiederholen.

— N. 2. 107. 1. Nach § 91 hat der unterliegende Teil die Kosten zu zahlen. 2. Sollten die Sachen Ihrer Frau gehandelt werden, so müßte die Widerpart erheben und unter Überreichung der Caution und Angabe von Treuen Informationslage anstellen und gleichzeitig Bestellung der Pfandsvollstreckung beantragen. — G. 8. 3a. — N. 2. 99. Eine Klage auf Schadenersatz, insbesondere gegen den Verfallhalter, erscheint nicht aussichtslos. Suchen Sie das Armenrecht nach. 2. Und nicht möglich. — Dama. 1. Ohne Einfluß in das Schriftbild nicht zu beantworten. 2. Ein schriftlicher Vertrag genügt, es muß aber Übergabe der Sachen stattfinden. — N. 2. Weder Sie noch Ihre Frau ist zur Zahlung verpflichtet. Beantragen Sie Abweisung unter Darlegung, daß Ihre Frau widerrechtlich war. — Frida 50. Das ist zulässig. — G. 73. Es genügt, daß tatsächlich eine Abweisung vorgelegen oder Ihr ursprünglicher Kläglich Sie hiervon in Kenntnis gesetzt hat. — S. 3. 100. 1. Warten Sie ab, ob, was unannehmlich, ein Strafbefehl kommen wird. Wenn das Verhängen ein geschlossenes war, so ist er unbedeutend. 2. Der Richter hat

dem Vertrage entsprechend jeden Sonntag freizulassen. 3. Reineswegs. Verlangen Sie den Richter auf Annullierung des Vertrages und seinen Sohn wegen Verletzung und Körperverletzung. — J. 100. Leider nein. — N. 2. 13. Der Richter ist im Recht. — P. 2. 23. 1. Ja. 2. Nein. — G. 2. 2. Nein, das ist unerlaubt. — Ziegler 47. Eine Waise. — S. 6. Altersrente wird erst vom vollendeten 70. Lebensjahre ab gezahlt, die Invalidenrente würde in Ihrem Falle etwa 150 Mark betragen. — J. 6. 38. Nein. — G. 2. 25. 1. Beantragen Sie bei der Berufsgenossenschaft Unfallrente. Freilich wird der Nachweis des ursächlichen Zusammenhanges zwischen dem Unfall und dem Tode schwer sein. 2. Leider nein; der Richter könnte in Ihrem Falle festhalten an dem Vertrage bis zum 30. September verlangen. 3. Wegen Verletzung des Rentenanspruches wenden Sie sich an das Arbeitersekretariat, Engel-Liller 15. — Th. 2. 4. Nein, Invalidenrente wird gezahlt, wenn jemand entweder ununterbrochen fünfzig Monate 26 Wochen erwerbsunfähig ist oder wenn er dauernd erwerbsunfähig ist. Im ersten Falle wird die Invalidenrente

für die weitere Dauer der Krankheit gezahlt. — Gerdrich. Nein. — Gauchen 10. 1. Wenden Sie sich an die Kunstakademie. 2. Legen Sie gegen das Verbotnis teil Einspruch ein und beantragen Sie Abweisung der Klagen der Firma. — W. 78. Das kann die Mutter nicht, weil über das Grundstück nur die eingetragenen Eigentümer, also die vier Kinder, verfügen können. — S. 2. 53. 1. Hinterlegen Sie die Miete. 2. Bauliche Veränderungen, die einen dauernden Charakter haben, brauchen Sie sich nicht gefallen zu lassen. Eine Entscheidung des Reichsgerichts darüber finden Sie im „Vorwärts“ vom 20. Januar. 3. u. 4. Nein. — J. 48. Ihre Frau haftet für die Miete nicht. Nach der herrschenden Rechtsprechung ist aber der Vermieter zur Einbehaltung der Miete berechtigt. — S. 01. Ihre Schuld ist Oesterreicher, müßten also in Oesterreich der Militärpflicht genügen. — G. 2. 6. 1. Von 300 Mark ab. 2. Die Lohne haben wir wiederholt mitgeteilt. Wiederholen Sie eventuell Ihre Anfrage unter Angabe, wieviel Ihr jährlicher Mietpreis beträgt. — C. 2. 99. Nein. — P. 100. Im Kirchensteuergesetz.

Am 19. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, entschlief sanft nach kurzem schweren Leiden unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel
Ernst Dettmann
im 37. Lebensjahre. 40672
Die tiefbetrübten Eltern und Geschwister.
Die Beerdigung findet am 22. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Otto Glasomersky
am 20. d. M. am Herzschlag gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Dörfstraße 38a, aus nach dem Dankes-Kirchhofe, Blankenstraße, statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Am 20. d. M. früh entschlief nach langem, schwerem Leiden mein innigst geliebter Vater
Ernst Stollberg
im 69. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Luisa Hahn
geb. Stollberg.
Die Beerdigung findet am Sonntag 19/1, Uhr von der Leichenhalle der Friedensebene in Nieder-Schönhausen-Kordendeb aus statt. 40632

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Königlicher Stierel.
Bucht Nr. 199.
Den Wählern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schloßer
Ernst Dettmann
Wrangeistr. 112
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
215/8
Der Vorstand.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Drechsler u. Berufsgenossen
(E. O. 86. Hamburg.)
Verwaltungsstelle Berlin A.
Den Mitgliedern hierdurch zur Nachricht, daß unser Mitglied
August Reinhardt
am 19. Januar verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Luise-Kirchhofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
8. Berl. Reichstagswahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 19. Januar verstarb unser Mitglied, der Drechslerführer
Otto Simmat
Stephanstr. 31.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Johannis-Kirchhofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
224/9
Der Vorstand.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 17. Januar starb nach langen Leiden unser Kollege
Walter Pehl.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. M., nachmittags 3 Uhr, in Buch statt.
Die Ortsverwaltung Berlin.

A. B. Koch
Kohlen-Brickettgroßhandlung
Gegründet 1893.
Haupt-Kontor Berlin O. 34,
Petersburger Straße 1
(gegenüber Warschauer Straße).
Teleph. Amt 7 Nr. 3040 u. 3006.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Friedrich Hillmar
am 18. Januar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Reizen Jakob-Kirchhofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.
Am 10. Januar starb unser Kollege, der Tischler
Otto Fuhrmann.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Reizen Jakob-Kirchhofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Zigarrenmacher
August Thielker
am Mittwoch, den 19. Januar, nach kurzem Leiden plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
187/2 Die Ortsverwaltung.

Großes Bockbierfest
* Wilhelm Wernicke, Adlerstraße 123.

Am 19. Januar starb unser Kollege, der Tischler
Emil Elsholz.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Reizen Jakob-Kirchhofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.
Am 19. Januar starb unser Kollege, der Tischler
Wilhelm Ernst.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Reizen Jakob-Kirchhofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.
Am 10. Januar starb unser Kollege, der Tischler
Otto Schulz.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Reizen Jakob-Kirchhofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.
78/2 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Zigarrenmacher
August Thielker
am Mittwoch, den 19. Januar, nach kurzem Leiden plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
187/2 Die Ortsverwaltung.

Produktiv- und Verkaufts-Genossenschaft Berliner Bandagisten.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Bilanz-Konto am 31. Dezember 1909.
Am 1. Januar-Konto . . . 1641,70
Debitoren-Konto . . . 30,—
Kassa-Konto . . . 740,20
Baren-Konto . . . 2247,20
Kapital-Konto . . . 3866,98
8326,08

Am 19. Januar starb unser Kollege, der Tischler
Emil Elsholz.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Reizen Jakob-Kirchhofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.
Am 19. Januar starb unser Kollege, der Tischler
Wilhelm Ernst.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Reizen Jakob-Kirchhofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.
Am 10. Januar starb unser Kollege, der Tischler
Otto Schulz.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Reizen Jakob-Kirchhofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.
78/2 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Zigarrenmacher
August Thielker
am Mittwoch, den 19. Januar, nach kurzem Leiden plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
187/2 Die Ortsverwaltung.

Gewinn- und Verlust-Konto.
Am 31. Dezember-Konto . . . 2302,36
Lohn-Konto . . . 2023,41
Umsätze-Konto . . . 33,50
Kassa-Konto . . . 5,40
Debitoren-Konto . . . 17,—
Kreditoren-Konto . . . 40,93
Finanzen-Konto . . . 337,48
Verlust-Konto . . . 17,85
Gewinn- u. Verlust-Kto. 4777,45
Verlust d. 31. Dez. 1908 3750,27
8527,72

Am 19. Januar starb unser Kollege, der Tischler
Emil Elsholz.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Reizen Jakob-Kirchhofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.
Am 19. Januar starb unser Kollege, der Tischler
Wilhelm Ernst.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Reizen Jakob-Kirchhofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.
Am 10. Januar starb unser Kollege, der Tischler
Otto Schulz.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Reizen Jakob-Kirchhofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.
78/2 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Zigarrenmacher
August Thielker
am Mittwoch, den 19. Januar, nach kurzem Leiden plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
187/2 Die Ortsverwaltung.

Gewinn- und Verlust-Konto.
Am 31. Dezember-Konto . . . 2302,36
Lohn-Konto . . . 2023,41
Umsätze-Konto . . . 33,50
Kassa-Konto . . . 5,40
Debitoren-Konto . . . 17,—
Kreditoren-Konto . . . 40,93
Finanzen-Konto . . . 337,48
Verlust-Konto . . . 17,85
Gewinn- u. Verlust-Kto. 4777,45
Verlust d. 31. Dez. 1908 3750,27
8527,72

Am 19. Januar starb unser Kollege, der Tischler
Emil Elsholz.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Reizen Jakob-Kirchhofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.
Am 19. Januar starb unser Kollege, der Tischler
Wilhelm Ernst.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Reizen Jakob-Kirchhofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.
Am 10. Januar starb unser Kollege, der Tischler
Otto Schulz.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Reizen Jakob-Kirchhofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.
78/2 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Zigarrenmacher
August Thielker
am Mittwoch, den 19. Januar, nach kurzem Leiden plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
187/2 Die Ortsverwaltung.

Gewinn- und Verlust-Konto.
Am 31. Dezember-Konto . . . 2302,36
Lohn-Konto . . . 2023,41
Umsätze-Konto . . . 33,50
Kassa-Konto . . . 5,40
Debitoren-Konto . . . 17,—
Kreditoren-Konto . . . 40,93
Finanzen-Konto . . . 337,48
Verlust-Konto . . . 17,85
Gewinn- u. Verlust-Kto. 4777,45
Verlust d. 31. Dez. 1908 3750,27
8527,72

Alpentrachten

Tiroler Loden-Joppen
mit großem Kragen M. 5.25
mit gutem Eichenlaub-Abschnitt M. 7.—
guter Satin-Loden M. 12.— 11.— 10.—

Tiroler Hosens
mit Leder mit Kurbel und Paspel M. 3.25
mit Leder mit Seide gekurbelt . M. 4.50
mit Leder mit Lederpaspel . . M. 5.50

Pusterthaler-Anzug M. 18.—
Altenburger-Anzug M. 30.—
Meraner-Anzug M. 22.50
Passeyer-Anzug M. 27.—
Alt-Zillertaler-Anzug M. 24.—
Steiermark-Anzüge M. 25.—
Knaben-Tiroler-Anzüge
für 2-3-jährige Knaben M. 6.60
Jedes Alter Jahr 20 Pf. mehr.

Tiroler Hüte
in verschiedenen Fassons M. 2.25 1.75 1.50
Pusterthaler Hüte M. 5.50
Passeyer Hüte M. 4.—
Alt-Zillertaler-Hüte M. 6.—
Steiermark-Hüte M. 2.25
Altenburger Hüte M. 3.25
Meraner Hüte M. 2.25
Tirol. Hosenträger M. 1.50 2.50 3.—
Tiroler Gürtel M. 4.50 2.50
Tiroler Stutzen M. 2.— 4.—
Tiroler Hemden M. 2.25 3.25 4.—
Tirol. Federn von 15 Pf an bis 1.50
Tirol. Hirschhornringe 30, 60 Pf.
Tiroler Krautwägen in verschiedenen Mustern und Preisen.

BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes
für gute Herren- und Knaben-Kleidung
Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10
Der Haupt-Katalog Nr. 38 (Neueste Moden) auf Wunsch kostenlos und portofrei

Nathan Wand
129 Falbacher Str. 129.
Die schönsten
Herrn- Winter - Paletots
und Anzüge
in neu
fotiv (pegel)
Monats-Garderobe
von Kavaliere getragene Sachen,
samt neu, für jede Figur passend,
pegel Band anzüge sind in
großer Auswahl stets zu haben
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Falbacher Str. 129.
Hochachtungsvoll Nathan Wand
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Hypothek Käferpulver
Sachsen
verfügt Russen, Schwaben, Ameisen
wfm. Sicherer Erfolg. Verj. gegen
60 Pf. in Marken durch
Schwanen-Drogerie, Osnabrück.

Ebb. Seefische,
Bismarck Herings u. Rollmöuse
4 1/2 Lt. ca. 30 Stk. 1.50 M.
billig, nahrh. wie Fleisch. Df. Rog.
anlieferung gratis.
Reinemann & Uhde,
Beckenstraße.

Enorm Verkauf
elegante Monatsgarderoben
früher 50-90 M., jetzt
12-28 M.
Deutsches Bekleidungshaus,
Große Frankfurterstraße 89,
Nur 1 Trepp. kein Laden.
Jahrgeld wird vergütet.

Leihhaus
Gelegenheitskäufe verfall. Gold-
und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren
Boko Ritterstr. Prinzenstr. 28

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Moabit
Tarnstraße 55, Ecke Waldstraße
gewährt jedem bei spielend
leichter An- und Abzahlung
mehrjähriger Kredit
auf Waren und Möbel.

Credithaus

Gebr. Weber, Neue Königstr. 58.
Spandau, Potsdamerstr. 23 I.

Lubascher, S.

Schöneberg, Kolonnen-
Weber, Herm., Damsingerstr. 78 I.

Alkoholfreie Getränke

Sinalco (Bilzbrause)
Gen.-Vertreter Otto Starick
NO, Landsberger Allee 6/7.

Bäckereien, Konditorien

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
und in Rixdorf.

Hankes Brotbäckerei

Inh.: Paul Hanke.
Läden in allen Stadtteilen.

Peter's Gross-Bäckerei

In allen Stadtteilen und seitlichen
Vororten: über 60 eigene Geschäfte.

Th. Turban

Landbrotbäckerei, Nieder-
barnimstr. 5, Landsb. Allee 145.

Ulbrich

Charlottenburg,
29 Filialen.

Badeanstalten

Augusta-Bad, Köpenicker Str. 60/61.

Gandagen, Gummiwaren

Luago, A. E., Brunnenstr. 167.

Wende, A.

Zimmer, Rich., gr. Frkf. Str. 112.

Beerdigungsanst., Sargm.

Fuchs, Paul, Frankfurter-Allee 142.

Beleucht.-Gegenstände

Blättner, A., Damsingerstr. 96.

Schrammar, H.

Stoß, H., Kaiser-Friedrichstr. 219.

Berufskleidung

Bohn, R., Inv.-Str. 135, Chausseest. 129.

Wih. Scholem

Kottbuserdamm 94, Keller.

Schuch, M.

Spandau, Havelstr. 11, Spandau.

Wecker, A.

Bierbrauereien, Bierdlig.

Bergbrauerei

Feinstes Doppelbier
Tel. III, 112.

Patzenhofer Brauerei

Die
Patzenhofer Flaschenbiere
sind in allen einschlägigen
Geschäften erhältlich.

Berliner Bock-Brauerei

Berliner Weißbier-Brauerei, Carl
Richter, Berlin, Daldorf, St. J. T. 1900

BORUSSIA

Malzbier.
Brauerei „Germania“
Aktien-Gesellschaft.

In ca. 100 eig. Ausschanklokal.
4/10 L. Bairisch 10 Pfg.

Brauerei Königstadt

feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Pfefferberg,

Versand- und Pilsener Bier.

Groterjans

Malzbier.
Hempel, E., Müllerstr. 128 d.

Schlossbrauerei

Schlossbräu - Kronenbräu
in Gebinden und Flaschen.

Spandauerberg-Brauerei,

Westend.
Stauch, Christian, Weiß-u. Malzbier-

Vereins-Brauerei

Rixdorf
Berliner Kindl.

Weißbier, C. Breithaupt,

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung
J. F. Assmann

Butterhandlung Fritz Muth.

Schulz, Arthur, H., Hermannstr. 29 u. 45.

Cacao, Chocolate

Beer, Gust., Müllerstr. 165.

Cylix, G.,

Seiffert, Erich,

Cigarrenhandlungen

Adelt, A. G., Müllerstr. 12.

Hugo Ahronfeld,

Dressel, Paul, Brunnenstr. 67.

Graff & Heyn,

Hirschowitz,

Link, Paul,

Paul Loewenthal

Wagner, P.,

Drogen u. Farben

Centr.-Drog., Spandau, Nesselstr. 8.

Stegfried-Drögerie,

Eisen- u. Stahlw., Waffen

Aln, O., Kaiser-Friedrichstr. 6.

Kiessling, G.,

Kniehase, A.,

Lamprecht, Martin,

Paschke, Max, Rixdorf, Friedenstr. 32.

Rühlmann, P., Müllerstr. 48b, E. Seest.

Schäfer, Th., Rixdorf, Hermannstr. 43.

Fahrräd., Nähmaschinen

Baum, Emil, Schöneberg, Herberstr. 1.

Fiedler, G., Spandau, Klosterstr. 40.

Hauserr, Willy,

Hoppe,

Krüger, Rich.,

Liersch, F.,

Pöble, Reinh.,

Rinke, G. Rl.,

Fahrrad-Reiser von Rund um Berlin

Solidaria-Mitglieder Händlerpreise.

Weinmeisterstr. 2, I. Kein Laden.

Carl Pollnow,

Frankfurter Allee 63.

Berliner Dampf-Wäscherei

Meesters, Th.

Osw. Naefe

chem. Wäscherei

Für Britz, Rüdowstr. 74

Friedelstr. 24.

Steinmetzstr. 43.

Liebaustr. 25.

Bl. Lousitzerplatz 8.

Warschauerstr. 8.

Schivelbenerstr. 29.

Belzowstr. 36, G. H. 22.

Kastanienallee 27.

Bernhardstr. 13.

Bernauerstr. 26.

Akazienstr. 6.

Hauptstr. 106.

Fischhandlungen

Winkler & Bärthold,

Fleischereien u. Wurstw.

Biesold, K., Rl., Hermannstr. 147.

Wurst, Speck, Schinken

kaufen Sie am besten u. billigsten bei

Anton Fehlau,

Gomhardt, Stadtbahnhofen Ecke

Schulz, Arthur, H., Hermannstr. 29 u. 45.

Zu den drei Sternen, zahlr. Filialen.

Zu den drei Kronen, 23 Filialen.

Hassenstein, A. O.,

Wühle, Gust.,

Grammophone, Sprechm.

Becker, W., Wilmersdorferstr. 127 I.

Goetsch, Frd., Alt-Moabit 107, Edison.

Heinrichs, E., Müllerstr. 12.

Hoppe, Lothringenstr. 40.

Werner, Erich,

Hüte, Mützen u. Pelz.

Bazar-Brünnen, Brunnenstr. 66.

Beise, Rud., Chausseest. 66.

Casper, Ed., Rixdorf, Bergstr. 129.

Cohn, Simon, Goltzstr. 32.

Frenzel, Albert, Rixdorf, Bern-Str. 220.

Graff & Heyn,

Haase, Rich.,

Jacob, Oskar,

Kehr-Hüte,

Krüger, Otto,

Littauer, Fritz,

LOBER-HÜTE

Frankfurter Allee 193

Lucht, Paul, gr. Frankf. Str. 109.

Mandel's Hutfabrik,

Nord-Ost, gr. Frankf.-Str. 120.

Papst, E. O. 17, gr. Frankf. Str. 128.

Prager, Hutfabrik, Prenzl. Allee 27.

Rieck, Em.,

Ring, A.,

Schlesinger,

Schoor, Herm.,

Vester, E.,

Wancke, Ernst,

Wolner, H.,

Zimmer, H. Rl.,

Zöllner, Julius,

Kaufhäuser

Falkenstein, Paul,

Emil Hoegner

Schöneberg

Grunewaldstr., Ecke Akazienstr.

Vorwärts-Leser erhält dopp. Marken

Stiefhirsche, Habagorstr. 4.

Täglich Eingang von Partien zu

enorm billigen Preisen.

Kaufhaus

Gustav Pinkus

Müllerstr. 165 a,

streng reelle Bedien., bill. fest. Preise.

Kaufhaus

Gebr. Preuß

Berl. NW, Beussel-, Ecke Huttenst.

Beste Bezugsquelle für sämtl. Manu-

fakturen. Spez. Damenkonfektion.

Möbelmagazine

Balla, Georg, Gubenerstr. 32.

Bauer, R., Landsberger Str. 91a.

Baumgarten, W., gr. Frkf. Str. 29.

Berliner „Norden“ Ackerstr. 120 a.

Möbelhalle „Norden“, Invalidenstr. 118.

Blesch, Spandau, Schönwalderstr. 11.

Bolle's Möbeltischl., N. Gartenstr. 95.

Bollmann, Carl, Rl., Boddinstr. 61.

Buchholz, Paul, Stromstr. 45.

Cohn, E.,

Geppert, Paul,

Gericke, Fritz,

Glazeski, P.,

Gorbahn,

Holthausen, Ad.,

Hönnicke, Otto,

Hopp, Jul.,

Janitzkow, F.,

König, A. Rl.,

K. Uchenmöbel, Rl.,

Lachotki, L. Rl.,

Lazarus, L.,

Lennert, Hans,

Lüddecke, R. Rl.,

Möbel-Eberhardt, Friedrichstr. 100 a.

Möbel-Gelegenheitskäufe!

Wirtschaften aller Preislagen

Willy Hasemanns Möbel-Haus

Grunewaldstr. 27

Möbel-Kaufhaus, Norden, Mittelstr. 121.

Möbel Krause Möbel

Kastanien-Allee 40, Fabrikgebäude.

Teilzahlungsgestattet

Möbel-Rosien, Kastanien-

Möblus, Rudolph, Ackerstr. 150.

Nagott, Rl., Richardplatz 8, Alt. Neu.

J. Ostrowski jr.

Gr. Frankf. Str. 1, am Frankf. Tor

Möbel Spiegel Polsterwaren

gegen Bar- u. Teilzahlung.

Neukirch, Gebr.,

Früssing, Ludw.,

Rehfeld, A.,

Rettig, Fr. M.,

Schmidt, Otto,

Siebek, W.,

Behne, Marienburgerstr. 11, Lf. Kona.

Conrad, Paul, Frankf. Allee 171.

Fise, B., Müllerstr. 163 a, Lieferant d.

Kon.-Genossensch. Berlin u. Umg.

Fiebig, C., Winterfeldplatz

Floor, Friedr., Sparr-Str. 17.

Formanowitz, E., Yorkstr. 53 am Bahf.

Graff & Heyn,

Hannes, Gust.,

Horlitz, Grunewaldstr. 14.

Heise, Heinr.,

Häber, C.,

Klein, A.,

Kuhn, Rich.,

Masuch, Otto,

Nichling, A.,

Odrawski, F.,

Gesterling, O.,

Petersohn, Osk.,

Räsener, Gelegenheitskäufe

Salomon, J.,

Schmidt, Gebr.,

Schreter, J.,

Schnhh. Max Koh,

Schüler, Wilh.,

Sommer, Wilh.,

Tauscher, E.,

Tornow, Franz,

Wegner, R.,

Winter, H.,

Zastrow, E. Rl.,

Stoll, Marie Landor,

Teppiche u. Gardinen

Frankenstein & Co., Rl.,

Graff & Heyn,

Mauerhoff, M.,

Uhren u. Goldwaren

Art, Erwin, Kottb. Damm 2960.

Art, Herm.,

Bürger, Jul.,

David, Max,

Ebert, Otto,

Ellinghausen, Gebr.,

Fabian, Max,

Fliegenschmidt, M.,

Priese, Konrad,

George, Adolph,

Goercke, C.,

Gromades, P.,

Kulebusch, W.,

Kuhlo, August,

Lehmann, Alb.,

Lewin, Adoff,

Linde, Max,

Kommunale Arbeitslosen-Versicherung in Charlottenburg?

Das unablässige Drängen der sozialdemokratischen Stadtverordneten, die Gemeinde zu einem wirksamen Eingreifen gegen die Folgen unverschuldeter Arbeitslosigkeit zu veranlassen, hat jetzt zu einem Erfolg geführt, dessen weitere Entwicklung freilich noch abgewartet werden muß. Wenn man sich aber vorwegwärtigt, mit welchem Eifer sich Magistrat und Stadtverordnetenmehrheit vor noch nicht zu langer Zeit gegen den Grundgedanken einer kommunalen Arbeitslosenversicherung für Charlottenburg gewendet haben, dann gewinnt die jetzt erschienene Denkschrift des Statistischen Amtes der Stadt Charlottenburg über diese Frage an besonderer Bedeutung.

Die Denkschrift ist zurückzuführen auf einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 12. Februar 1908. Dieser Beschluß legte dem Magistrat nahe, in Erwägung zu ziehen, ob sich die Verwendung städtischer Mittel für Zwecke der Arbeitslosenversicherung empfiehlt. Nach eingehenden Untersuchungen kam das Statistische Amt zu einer Bejahung dieser Frage, so daß dem Magistrat künftig prinzipielle Bedenken gegen die Verwendung städtischer Mittel zum Zwecke einer Arbeitslosenversicherung nicht mehr geltend gemacht werden dürften.

Die jetzt veröffentlichte Denkschrift behandelt in ihrem ersten Teil die Ergebnisse der von dem Statistischen Amt vorgenommenen Prüfungen. Die gewonnenen Ansichten verdichten sich zu dem Schlusse, daß die Verwendung städtischer Mittel zu Zuschüssen an Leistungen der gegenwärtig in Charlottenburg bestehenden Einrichtungen für Arbeitslosenversicherung grundsätzlich zu empfehlen sei.

Der zweite Teil der sehr umfangreichen Denkschrift gibt eine Uebersicht der Bestimmungen der bereits bestehenden Arbeitslosenversicherungen.

Von herabragendem Interesse ist natürlich der erste Teil der Denkschrift. Man kennt den Widerstand, der bisher in fast allen Gemeinden Groß-Berlins der Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung auf Grund des Center Systems entgegengekehrt wurde. In Berlin ist jedenfalls für die nächste Zeit an eine Wandlung der jetzigen Ansichten in der Verwaltung über die Arbeitslosenversicherung nicht zu denken. Dadurch erhält die in der Charlottenburger Denkschrift eingenommene Stellung ein besonderes Relief und eine Bedeutung, die über die Grenzen Charlottenburgs hinaus wirken muß.

Aus dem ersten Teil der Denkschrift möchten wir vor allen Dingen hervorheben:

Nach einer kurz gehaltenen Darstellung der Entwicklung des Gedankens einer öffentlichen Arbeitslosenversicherung wird ohne weiteres zugegeben, daß öffentliche Mittel für diesen Zweck aufgewendet werden müssen. Wenn das nicht von Reichs oder Staats wegen geschieht, müßten die Gemeinden eingreifen. Für die Gemeinden aber sei das Center System der geeignetste Weg einer Arbeitslosenversicherung. Darum, weil dieses System sich aufbaut auf den Arbeitslosenversicherungen der Arbeiterorganisationen. Denn nach einem Satze in der Denkschrift sprechen viele Gründe überwiegend und entscheidend dafür, daß als Träger der Arbeitslosenversicherung die Arbeiterorganisationen zu belassen seien, die ja auch bisher die einzigen sind, die auf diesem Gebiete praktisch etwas Erhebliches geleistet haben. Offen bleiben dabei die Fragen, ob die Gewährung städtischer Mittel auch unter dem Center System an einen jährlichen Maximalbetrag geknüpft sein soll, ob die Unterstützung nur im Winter zu zahlen sei und ob eine Karenzzeit vorgesehen werden soll. Die Karenzzeit könnte sich auf die Dauer der Arbeitslosigkeit und auf die Zeit des Aufenthalts des Versicherten in der Gemeinde erstrecken. Dann sei ferner zu erwägen, ob der städtische Zuschuß auch auf die von den Gewerkschaften zu zahlende Reiseunterstützung zu berechnen ist und ob auch nichtorganisierten Arbeiter im Falle der Arbeitslosigkeit städtische Zuwendungen zu machen seien.

Aber vor allem interessant sind die Stellen der Denkschrift, welche den vielfach gegen das Center System erhobenen Einwänden begegnen. So ist — nach der Denkschrift — die Annahme völlig unbedenklich, daß durch solche Einrichtung besonders viele Arbeiterelemente in die betreffende Gemeinde gezogen werden könnten. Das sei bisher nicht zu beobachten gewesen.

Ebenso sei die Befürchtung übertrieben, daß durch einen städtischen Zuschuß die Gewerkschaften weitere Mittel zu wirtschaftlichen Kämpfen frei bekommen. Mit demselben Einwand müßte man auch die Einführung und den Ausbau des gesamten Arbeiterversicherungswesens bekämpft haben oder könnte dasselbe noch heute damit bekämpfen. — Wenn ferner gesagt würde, daß mit dieser städtischen Unterstützung der Gewerkschaften indirekt die Sozialdemokratie subventioniert werde, so vergißt man, daß es auch christliche, Fisch-Dunkerische und gelbe Gewerkschaften gäbe, die fern von der sozialdemokratischen Partei ständen. Und die Denkschrift drückt die Erwartung aus, daß die Förderung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung gerade das unpolitische Moment in den Gewerkschaften fördern müsse. Nebenbei wird auch bemerkt, daß, wenn zwischen den freien Gewerkschaften eine Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei bestehe, die anderen Gewerkschaftsrichtungen der Zentrumspartei, den Konfessionen oder den freisinnigen naheständen. Auch seien selbst Reichsbehörden lange von der Ignorierung der freien Verbände abgekommen. So sei dem Reichsstatistischen Amt ohne die Hilfe der freien Gewerkschaften eine regelmäßige Aufnahme der Arbeitslosen in großem Umfange gar nicht möglich.

Wenn ferner von dem Center System in erster Linie die bessergestellten Arbeiter getroffen würden, so sei das selbstverständlich. Einmal umfasse die Arbeitslosenversicherung nur einen Teil der Arbeitslosenfürsorge und zum anderen wäre es unrichtig, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß eine kommunale Arbeiterpolitik nur die unteren Schichten der Arbeiterbevölkerung im Auge haben dürfe.

Auch dem zuletzt erhobenen Einwand, daß sich die Einführung der kommunalen Arbeitslosenversicherung für eine Gemeinde Groß-Berlins nicht empfehle, da Groß-Berlin ein einheitliches Wirtschaftsgebiet sei und diese Einrichtung nur gemeinschaftlich und einheitlich geregelt werden könnte, tritt die Denkschrift entgegen. Es heißt dazu: „Wenn eine Einrichtung, mit der eine einzelne Gemeinde in Groß-Berlin vorangeht, sich bewährt, so haben etwaige wegen der Gemeindegrenzen hervortretende Mängel in der Regel nicht dazu geführt, die Einrichtung zu befehlen, sondern sie zu verallgemeinern.“

So enthält diese Denkschrift eine Fülle anerkennenswerter Stellen. Gewiß sind die dazugewonnenen Gedanken

für und nicht neu. Aber daß sie einem Teil der Verwaltung des größten Vorortes von Berlin zu eigen wurden, macht ihre Unterbreitung notwendig. Es muß anerkannt werden, daß man sich im Statistischen Amt der Stadt Charlottenburg bemüht hat, der Prüfung dieser Frage so vorurteilslos wie nur möglich näher zu treten. Wenn trotzdem hier und dort Stellen in der Denkschrift enthalten sind, die ziemlich vagen Hoffnungen in bezug auf die künftige Gestaltung der freien Gewerkschaften Ausdruck geben, so kann das an dem guten Willen, der in der Denkschrift zur Geltung kommt, diese so überaus schwierige Frage vom Standpunkt unparteilicher sozialkommunaler Fürsorge zu lösen, nicht mindern.

Etwas anderes ist, ob die Mehrheit der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung ebenfalls von diesem guten Willen befehle sein wird, wenn die Vorlage des Magistrats zur Beschlußfassung steht. Bisher ließ dieser gute Wille viel zu wünschen übrig. Und nur der Sozialdemokratie ist es auch in diesem Falle zu danken, daß es bis zu dieser Denkschrift gekommen ist. Unsere Arbeit wird darin bestehen müssen, mit ganzer Kraft dahin zu wirken, daß aus dieser Denkschrift praktische Ergebnisse erheben dahingehend, daß in kürzester Zeit ein dem Grundgedanken der Denkschrift entsprechendes Resultat geschaffen wird.

Das würde nicht nur für Charlottenburg, sondern für Groß-Berlin ein bemerkenswerter Schritt auf dem Gebiete kommunaler Arbeiterfürsorge sein.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Heute Sonnabend, den 22. Januar, findet das Stiftungsfest des Wahlvereins in den Geselnschaften der Gewerkschaftshäuser statt. Mitwirkende: Rivierbismarck-Direktor (Dirigent Herr Kapellmeister A. Hufsch), Hr. Marg. Mecke (Mezzosopran), Herr Königsberg (Hornvirtuose) und der Sängerverein „Liberté“ (M. d. D. A. S. V.), Chorleiter Herr F. A. Joseph. Eintritt 30 Pf. Lang 50 Pf. Programm am Eingang gratis. Anfang 8 1/2 Uhr. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Lichtenrade. Am Sonntag früh Flugblattverbreitung von den bekannten Vokalen aus.

Treptow-Baumfahnenweg. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 26. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Konkordia“ (Wanglich) statt. — Am Sonntag früh von allen Bezirkslokale Handzettelverbreitung dazu. Der Vorstand.

Johannisthal. Sonntag, den 23. Januar, veranstaltet der Wahlverein in Senfledens Festsaal (kleiner Saal) einen Familienabend. Für Unterhaltung ist gesorgt. Anfang nachmittags 4 Uhr. Eintritt 10 Pf. Die Parteigenossen werden ersucht, daran teilzunehmen.

Zu der heute Sonnabend stattfindenden Verdringung des Genossen Eberhardt auf dem Rixdorfer Gemeindefriedhofe treffen sich die Parteigenossen um 11 Uhr beim Genossen Luban (Stebberhalle). Abmarsch um 11 1/2 Uhr. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Lichtenrade. Montag, den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Lokale von A. Deter. Genosse Adolf Hoffmann spricht über das Thema: Staat, Kirche, Schule. — Handzettelverbreitung: Sonntag, morgens 8 Uhr, bei Deter.

Radow. Sonntag, den 23. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokal Ralle, Köpenicker Straße, Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Gemeindevorstandswahl. Verschiedenes.

Friedrichshagen. Sonntag, den 23. Januar, vormittags 8 Uhr, von den bekannten Bezirkslokale aus: Flugblattverbreitung.

Borsigwalde-Wittenau. Am Sonntag, den 23. Januar, vormittags 8 1/2 Uhr, Flugblattverbreitung. Der erste Bezirk bei Nöhle, der zweite bei Klein, Schuber und Erbsitzstraße. Die Wittenauer Genossen bei Alb. Schulz, Hauptstraße. Die Bezirksleitung.

Hermisdorf. Am Sonntag, den 23. d. M., findet vom Forsthaus Heidenreich früh 8 Uhr eine Flugblattverbreitung statt. — Nachmittags 4 Uhr in demselben Lokale Generalversammlung des Wahlvereins. Nachdem gemüthliches Beisammensein mit Lang. Hierzu haben Gäste freien Eintritt.

Berliner Nachrichten.

Gelegenheitskäufe.

Die Welt will heute so billig wie möglich kaufen. „Billig und schlecht“ ist geradezu ein Schlagwort geworden. Man kennt es im Publikum trotz des Bestrebens, nicht viel Geld aus den Fingern zu geben, und hat daher ein sehr begriffliches Mißtrauen gegen Geschäftsleute, die den sogenannten „billigen Mann“ machen und aus reiner Gütmütigkeit allerlei Ware „weit unter dem Einkaufspreis“ anbieten. Verschenken kann niemand etwas, mit Schäden abgeben nur selten jemand. In neunundneunzig Fällen unter hundert ist also die billige Quelle eine „Reppbude“. Raffiniert ausgeklügelt ist die Herstellungsweise der Gelegenheitskaufartikel. Alles wird auf das Auge, auf den ersten Blick berechnet. Wunder schön sehen die Sachen und Säckelchen im Schaufenster aus. Unter die Lupe darf man sie nicht nehmen. Mitunter mag es ja stimmen, daß ein besonders gerissener Geschäftsmann ausnahmsweise billig eingekauft hat und deshalb billig verkaufen kann. Indes muß die große, stetig wachsende Zahl der angekündigten Gelegenheitskaufgeschäfte auffallen und auf einen modernen Geschäftskreis von vornherein schließen lassen. Besondere Vorsicht ist gegen die beliebte Marke „Durch Drauf und Wasser beschädigt“ geboten. Man kann fast immer darauf wetten, daß derartige Gelegenheitsartikel feuer und Wasser nicht gesehen haben. Es sind gewöhnlich längst unmodern gewordene, zurückgelehnte, minderwertige und künstlich beschmutzte Waren, die auf diese marktfeindliche Weise an den Mann oder richtiger an die Frau gebracht werden sollen. Der Betrag ist um so verwerflicher, als es meist dürftigere, kleine Leute sind, die sich von der Billigkeit betören lassen und ihr Geld hingeben, ohne genau zu prüfen. Handelt es sich um Dabendware, so ist ja der Schaden noch zu verkümmern. Bei erheblichen Ausgaben nimmt die Sache ein crüsteres Gesicht an.

Wir haben da vornehmlich eine bestimmte Sorte von Gelegenheitsverkäufen im Auge. Jene massenhaften Inserate, in denen als Deamantel für den Schwindel statt des offenen Geschäftslokals eine Privatwohnung benützt wird. Der Hauptmatador hat eine ganze Reihe gefügiger Mittelspersonen an der Hand, die ihre Wohnräume für den beabsichtigten Zweck hergeben, nämlich für den Kundenanzug. Diese erhalten alles mögliche in Kommission, jedoch gewöhnlich nur in einigen wenigen Exemplaren, mit Vorliebe Fahrräder, Rindervogel, Schreibmaschinen, Uhren und Goldwaren, einzelne Möbel und vor allem Pianinos. Nun wird inseriert und um den Schwindel schmackhafter zu machen, drauf los gelogen, daß sich die Vokalen biegen. „Umständehalber“ ist noch die ehrlichste Vorschiebung. Andere machen bekannt, daß sie dieses oder jenes verkaufen wollen „umzugshalber“, „wegen Verletzung“, „wegen Auswanderung“, „wegen kurz vor der Hochzeit zurückgegangener Verlobung“, natürlich auch „wegen Todesfalles“. Neu und originell ist die Ankündigung: „Verkaufe meine bisherige, vorzüglich erhaltene Wohnungseinrichtung um jeden annehmbaren Preis wegen großen Lotteriegewinnes“. Da hoffen die Leute, denn so ein Glücksmensch wird ja selbstverständlich seinen alten Krepel halb verschenken. Auch der ausdrückliche Vermerk, daß Händler unbedingt verbeten sind und nur an Privatleute verkauft wird, läßt auf Leichtgläubigkeit seine Zugkraft aus. Zuweilen werden vollständige Zimmer fix und fertig ausgestattet und an Brautleute, auf die hauptsächlich spekuliert wird, in Pausch und Bogen verschachert. Auch Einzelstücke werden nach gemachtem Straußen abgegeben, da ja sofort Erfolg da ist. Das Angebot der ganzen Zimmereinrichtung fällt nicht weiter auf, wenn zur Begründung im Inserat eine in die Brüche gegangene Heirat angegeben war. Mit am besten blüht die Schiebererei in der Pianobranche, die ja heute durch die außerordentliche Konkurrenz stark auf den Hund gekommen ist. Vielleicht wird ja nicht immer direkt betrogen. Oft mag es sich nur um vermehrte Abzugsgebühren und um Anlodung von Kauflustigen handeln. Aber man soll doch auch bedenken, daß die Mitwirkung der Mittelsperson einen Preisaufschlag für Riese, Transport, Provision und Insertionskosten bedingt. Das muß der Käufer mitbezahlen. Er kauft also nicht ausnahmsweise billig, wie er glaubt, sondern unverhältnismäßig teuer, vorausgesetzt, daß er überhaupt gute Ware erhält. Denn vielfach sind gerade derartige Möbel und dergleichen „auf Leibkontrakt“ schon in verschiedenen Händen gewesen, natürlich hier nicht besser geworden, oder sie zeigen über dem faulen Kern eine schöne Schale. Es würde zu weit gehen, von den Gelegenheitskäufen in Privatwohnungen gänzlich abzuraten. Nur doppelt und dreifach vorsichtig soll man sein und im geringsten Zweifelsfall lieber verzichten oder einen besreundeten Sachverständigen zu Rate ziehen.

Das Fernsprechen der Berliner Vororte. Das Fernsprechen der Berliner Vororte beträgt nach der neuesten Aufnahme vom Beginn des Jahres 32 594. In Berechnung gezogen sind hier die Netze, die zum Ober-Postdirektionsbezirk Berlin gehören. An erster Stelle steht hier Charlottenburg mit 17 455 Anschlüssen. Es sind dies mehr als die Anschlüsse aller Berliner Netze außer denen von Amt 6 und 1. Hauptanschlüsse besitzt Charlottenburg 10 673, von der Post hergestellte Nebenanschlüsse 6833, von der Privatindustrie hergestellte 940. An zweiter Stelle steht Wilmersdorf mit 6030 Anschlüssen, von denen 6068 Hauptanschlüsse sind. Rixdorf hat noch nicht einmal den dritten Teil der Anschlüsse von Wilmersdorf, nämlich 3216. Steglitz zählt jetzt 2223 Anschlüsse, Groß-Lichterfelde 1933, Lichtenberg 1543, Pantow 1301, Treptow 1191, Weihensee 1098, Ober-Schöneweide 1062. Alle anderen Netze haben weniger als 1000 Anschlüsse. Reinickendorf zählt 904, Tegel 723, Albershof 261, Hohen Schönhausen 114, Droß-Beeren 19. Das kleinste Amt im Bezirk ist Nöhlendorf mit 18 Anschlüssen. Hauptanschlüsse zählen die Vororte ohne Berlin 28 172.

Sein Amt als unbesoldeter Stadtrat niedergelegt hat Krankheitshalber Herr v. Friedberg.

Zur Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der königl. Polizeidirektion in Lichtenberg und der Gemeindepolizeiverwaltung in Stralau hat der Minister des Innern v. Moltke eine neue Verwaltungsordnung erlassen, welche schon dem Oberpräsidenten veröffentlicht wird. Damit wird dem Gemeindevorsteher von Stralau die örtliche Straßen-, Polizeiverwaltung einschließlich der polizeilichen Beaufsichtigung der Ent- und Bewässerungsanlagen der Grundstücke vom 1. April d. J. ab übertragen.

Auf der Stelle getödtet wurde in der letzten Nacht ein braver Angehöriger der Berliner Feuerweh. Auf der Fahrt zu einem Feuer in der Palisadenstr. 58, wo in einer Balkenlade Schalbeden und anderes brannten, stürzte vor dem Hause Große Frankfurter Straße 138 der Feuerwehmann Paul E i n e r um 11 1/2 Uhr vom Bordsteif eines Fahrzeuges. Er fiel so unglücklich, daß beide Räder des über 80 Zentner schweren Fahrzeuges dem Aermchen über den Kopf gingen. Der Tod trat augenblicklich ein.

Die Untersuchung in Sachen der Unterschlagungen einiger Subalternbeamten in der Verwaltung der Stadthofe hat noch nicht abgeschlossen werden können. Das Material ist ein sehr umfangreiches und liegt zum Teil jahrelang zurück. Die Sichtung erfordert deshalb viel Zeit. Wie aus guter Quelle verlautet, sind die Angeklagten geständig, und ist es nicht ausgeschlossen, daß der Prozeß weite Kreise zieht.

Falsche Zweimarkstücke in neuer Auflage. Das Auftauchen falscher Geldstücke nimmt in letzter Zeit immer mehr überhand. Gegenwärtig sind es hauptsächlich nachgemachte Zweimarkstücke, die in großen Mengen in Umlauf gesetzt werden. Die Fälschate sind in ihrer Prägung recht mangelhaft ausgeführt; sie sind bedeutend leichter als die echten Münzen und fühlen sich außerdem sehr fettig an.

Christlich reell.

Eine spekulative Kleiderhändlerin veröffentlicht in der „Kreuz-Zeitung“ folgendes Inserat:

„Geachte Herrschaften, Christlich reelle Preise für getragen Herrenkleid, bessere Damengarderobe, Umformen, Jagdgewehre, Pelze, Möbel, Betten, Pianinos, Wirtschaften, ganze Rahl, zahl Frau... Bestellung erbet.“

Mit der Ankündigung der Kleiderhändlerin, daß sie „Christlich reelle Preise“ zahle, glaubt die Händlerin sich bei den „Kreuz-Zeitung“ lesenden Herrschaften in besonderer empfehlende Erinnerung zu bringen. Die Herrschaften, die Kleider abzugeben haben, sollen in den Klößen verlegt werden, daß sie „reell“ betrogen werden, wenn sie überflüssige Sachen nicht an fälschliche Händler verkaufen. In Wirklichkeit sucht jeder Händler so wenig wie möglich zu bezahlen.

Als Heirat und Raubenschwindler ist der Inhaber eines Delestinstitut Gustav Kolbich aus der Müllerstr. 3a von der Kriminalpolizei festgenommen worden. Weil ihm sein „Institut“ an sich nicht genug abwarf, so half Kolbich dem Geschäft zunächst mit Bürgschaften auf, die er Angestellten abnahm. Diese Bürgschaften sollten als Sicherheit für die Einnahmen dienen, die den Angestellten durch die Hände gingen, und auf einer Bank niedergelegt werden. Angestellte Mädchen mußte der 41 Jahre alte Mann dadurch weiter an sich zu fesseln, daß er ihnen die Ehe versprach. Er veranlaßte sie dadurch zu Schwöchen, wenn sich herausstellte, daß er die Bürgschaft für sich verbräutet hatte. Seine Hausfrau, die er für Botengänge annahm, stellte er in eine alte Diener, für die er sich ebenfalls 50 M. Bürgschaft stellen ließ. Endlich entschloß sich mehrere Betroffene zur Kriminalpolizei zu gehen, und die Folge war, daß Kolbich verhaftet und dem Untersuchungsrichter

vorgeführt wurde. Er hat viele Personen zum Teil sehr schwer geschädigt. Einer Köchin schwindelte er durch das Erbeverprechen und allerhand Versprechungen nicht weniger als 1000 R. ab. Einem anderen Mädchen, das die Buchhandlung erlernte und dann von Kolbitz für sein Institut angenommen, nahm er erst 300 R. und später noch 700 R. als „Bürgschaft“ ab. Auch dieses verliert ihre ganze Barschaft.

Der Salzsaurespreiter feht sein unheimliches Treiben noch weiter fort. Es ist der Kriminalpolizei noch nicht gelungen, ihn auf die Spur zu kommen. Erstern morgen trat er an der Ecke der Klantius- und Rosenstraße auf. Als eine Frau Martha Schneider vom Markbacher 30 auf ihrem Wege nach einem Geschäft in der Hermannstr. 3, in dem sie arbeitet, jene Ecke erreichte, tauchte plötzlich ein Mann vor ihr auf, schlug vorn den Ueberzieher auseinander und ging an ihr vorüber, indem er die Augen rollte und einige unverständliche Worte murmelte. Erschrocken eilte die Frau weiter. Als sie dann im Geschäft ihr Arbeitskleid statt des Straßentandes anlegte, sah sie, daß dieses beschriftet und ganz verbrannt war. — In der Gegend des Hohenzollernplatzes bespitzte der Uebelthäter eine Frau W. aus der Kaiser-Friedrichstraße den Mantel, so daß er schwer beschädigt wurde. Diese Angriffe erregen in der Bevölkerung Rigdors noch und nach Verwundungen. Man nimmt an, daß der Unhold wahnsinnig ist.

Aus dem Kunstgewerbemuseum gestohlen ist ein Bronzerelief, das Friedrich den Großen zu Pferde darstellt. Es ist von Shadow modelliert, 39 Zentimeter hoch, 30 Zentimeter breit und seitlich mit vergoldetem Kupfer gefaßt. Mit schwarzer Farbe ist die Inventurnummer 15 309 eingeschrieben.

Ein Zeugniszwangsverfahren ist gegen den Redakteur Weber von der „Wahrheit“ eingeleitet worden. Dem Polizeipräsidenten liegt sehr viel daran, den Informator von Artikeln kennen zu lernen, um gegen ihn disziplinarisch vorgehen zu können. In Nr. 41 vom 9. Oktober vorigen Jahres brachte die „Wahrheit“ unter der Ueberschrift „In Rotweh“ einen Artikel, der in etwas verdeckter Form heftige Angriffe gegen den Leiter der Berliner Kriminalpolizei, Oberregierungsrat Hoppe, richtete. Diesem Artikel folgte ein weiterer in der nächsten Nummer. Beide warfen dem Leiter „Bureaukratismus und Nichtbefähigung zu diesem verantwortungsvollen Amt“ vor. In dem letzten Artikel wird ein Fall erzählt, wonach in der Sommerbodenabgabe einer Berliner Tageszeitung von der Verübung eines Verbrechens berichtet wurde, dessen Verfolgung der zuständige Kommissar sofort übernahm, aber erst am darauffolgenden Dienstag die amtliche Order zum Einschreiten vom grünen Tisch erhalten hatte. An diesem bestehenden System wird heftige Kritik geübt, weil es an der Erfolglosigkeit der Kriminalpolizei die Schuld trage. Andere Missethäter, die schon oft von einem großen Teil der Berliner Presse gerügt worden sind, werden dann weiter kritisiert. So heißt es unter anderem: „Es werden nur zu oft von „oben“ Maßnahmen getroffen, über welche die erfahrenen Kriminalbeamten den Kopf schütteln und denen sie sich doch resignierter fügen müssen. Was soll man z. B. davon halten, daß die wichtige Klagenschrift in neuester Zeit durch Engagement von etwa einem Dutzend gänzlich unerfahrener Telephonistinnen in eine Verwirrung gebracht worden ist, die eine durchaus unwillkommene Verzögerung bei Auskünften zur Folge hat. Daß ferner altgediente Kriminalbeamte dem Kommando eines erst im Anfang der zwanziger Jahre stehenden jungen Mannes unterstellt werden!“ Dann wird dem Leiter der Kriminalpolizei der Vorwurf gemacht, daß er „immer erst gegen Mittag die Würde seines Amtes auf sich nehme.“

Unseres Erachtens wird durch das Zeugniszwangsverfahren nur Klatsch für die „Wahrheit“ gemacht.

Aus dem Krankenhaus Bethanien entwichen ist am Donnerstagabend ein Mädchen im Alter von 10—12 Jahren. Ein Arbeiter brachte das Kind, das im Anstaltskittel auf der Straße umherlief, mit Hinzuziehung eines Polizeibeamten wieder in die Anstalt.

Einen bunten Abend, der hauptsächlich der Unterhaltung dient, veranstaltet am Sonntag, den 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Frau Margarete Wallotte im Gewerkschaftshaus. Bemerkenswert ist u. a. das Auftreten der Konzerttänzerin Elzriede Trendy, die über einen vorzüglich geschulten Sopran verfügt.

Revisor-Dilettanten-Ausstellung, Gewerkschaftshaus, Engelster 15. Die Ausstellung ist heute 12—9 Uhr zu besichtigen. Einleitender Vortrag 4 und 8 Uhr.

Arbeiter-Dilettanten-Ausstellung. Wir werden um Aufnahme folgender Notiz gebeten: „In der Ausstellung sind freitags in der Zeit von 9—11 Uhr folgende Gegenstände entnommen worden: a) Eine gefälschte Wäse „Arbeiterkopf“; b) eine kleine gefälschte Wäse, Kunstwerk. Dergleichen wird der Betreffende gebeten, der die Gegenstände vielleicht aus Unwissenstand mitnahm, dieselben wieder zurückzugeben, da dieselben unerleglich sind und mit so viel Liebe und Herzengüte verfertigt wurden.“

Auf der Treptow-Steinwarte spricht Direktor Dr. Kränke Sonntag, nachmittags um 5 Uhr, über: „Was, eine zweite Erde“, und um 7 Uhr über: „Das Entstehen und Vergehen der Welten“. Montag, abends um 9 Uhr, über das Thema: „Die Wohnbarkeitsfrage im Planetensystem“. Mit dem großen Fernrohr wird Venus, der Mond und der Hüllsche Komet gezeigt.

Feuerwehrrückfälle. Der 17. Löschzug hatte in der Neustädter Straße 37 einen gefährlichen Brand zu löschen, der in einem Keller ausgebrochen war, wo Heide und Oele lagerten. Durch schnelltes Wassergerben gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. — In einer Vorhude im Vorgarten des Garnisonlagers in der Schornhorststr. 11 brannten Arbeitsutensile, Lumpen, alte Werkzeuge u. a., und in der Köpferstr. 51 Kaffee, Kaffee usw. In der Köpferstr. 58 mußte ein Wasserschadenbrand gelöscht werden. Ferner wurde die Feuerwehrt nach der Ebelingstraße 1 und anderen Stellen gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung ist nunmehr vollzählig, nachdem auch die drei Nachwahlen in der dritten Abteilung ihre Erledigung gefunden haben. Die Zusammenlegung der Verammlung hat durch die diesmaligen Wahlen eine wesentliche Veränderung erfahren. Bekanntlich besteht die Stadtverordnetenversammlung aus 64 Mitgliedern, die in vier Fraktionen verteilt sind. Während vor zwei Jahren die beiden rechtsstehenden Fraktionen („Unabhängige Vereinigung“ und „Liberaler Vereinigung“) noch über die Mehrheit in der Versammlung verfügten, besitzt jetzt die „Liberaler Fraktion“ allein schon die Hälfte der gesamten Mandate. Vor zwei Jahren war das Stärkeverhältnis der einzelnen Fraktionen das folgende: „Unabhängige Vereinigung“ 22 Mitglieder, „Liberaler Vereinigung“ 13 Mitglieder, „Liberaler Fraktion“ 20 Mitglieder, und sozialdemokratische Fraktion 10 Mitglieder, während ein Stadtverordneter keiner Fraktion angehörte. Jetzt setzt sich die Stadtverordnetenversammlung folgendermaßen zusammen: „Liberaler Fraktion“ 33 Mitglieder, sozialdemokratische Fraktion 13 Mitglieder, „Unabhängige Vereinigung“ 11 Mitglieder und „Liberaler Vereinigung“ 7 Mitglieder. Zwei Stadtverordnete (Heymer und Treugebrodt) gehören keiner Fraktion an. Von den 22 Mandaten der dritten Abteilung sind also noch neun im bürgerlichen Besitz und zwar sind dies je zwei Mandate im 1., 2., 10. und 11. Bezirk und ein Mandat im 3. Bezirk. Von diesen neun Mandaten gehören sieben der „Liberalen Fraktion“ und zwei der „Unabhängigen Vereinigung“. Von den dreizehn Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion sind sechs Hausbesitzer.

Arbeiter, Parteigenossen! Heute Sonnabend von 4—8 Uhr nachmittags finden die Wahlen der Weisheit zum Gewerbegericht statt. Es ist Ehrenpflicht jedes Arbeiters, daß er zur Wahl erscheint und seine Stimme der Liste der Gewerkschaftskommission gibt. Die Wahlbezirke sind nach den Polizeibereichen eingeteilt. Jeder Arbeiter hat

in dem Wahlbezirke sein Wahlrecht auszuüben, wo seine Arbeitsstelle sich befindet. Arbeitslose und diejenigen, die in anderen Orten arbeiten, aber in Schöneberg ihren Wohnsitz haben, wählen in dem Wahllokale, in dessen Bezirk sie wohnen. Als Legitimation gilt: Steuerzettel, Invalidenkarte, Militärpapiere, Mietkontrakt usw. Arbeiter! Gebt eure Stimme nur der Liste der Gewerkschaftskommission Schöneberg. Gewerkschaftskommission für Schöneberg.

Am Sonntag, den 23. Januar, mittags 12 Uhr, findet eine Besichtigung des Naturkundemuseums unter Führung des Genossen E. Graf statt. Treffpunkt vormittags 11 Uhr an der Hochbahnhaltestelle Köpferstraße. Fahrtverbindung: Straßenbahn 2, 50, 51, 57. Um Verteilung aller Jugendlichen bitten

Der Jugendbildungsausschuß.

Rigdorf.

Der Stad in der Hand des Lehrers hat schon recht viel Anheiß gefasst. Er hat so manchem Kinde die Lust zur Schule ausgeprägt, hat nur zu oft die freundlichen Beziehungen zwischen Schule und Familie zerstört. Nicht selten hat er Kinder auch körperlich geschädigt und für ihr Leben zum Krüppel gemacht und hat die schuldigen Lehrer auf die Kasse gebannt. Man braucht hier gar nicht mal sogleich an schlimme Ausweitungen der Prügelpädagogik zu denken. Auch bloße Fahrlässigkeit bei Ausübung des Zuchtungsrechtes kann durch ihre Folgen verhängnisvoll werden für Kinder und ihre Familien sowie für Lehrende und für die Schule.

Dieser Tage hat in Rigdorf ein prägelnder Lehrer es nur seinem Glück zu danken gehabt, daß er nicht mit seinem Stod einem Jungen ein Auge zerstörte. In der 15. Anabergener in der Schule (Leisingstraße) gingen am Montag in der 12 Uhr-Pause die Schüler auf dem Hofe umher, was bei dem nächsten Wetter gerade kein Vergnügen war. Ein Schüler A. aus Klasse I M hatte die linke Hand in die Hosentasche gesteckt, weil er froh. Lehrer Böhmisch aus Klasse VII, der in dieser Pause die Aufsicht auf dem Hofe zu führen hatte, liebt es anscheinend nicht, daß Schüler die Hände in die Taschen stecken. Daß das zuweilen auch Lehrer tun, ist bekannt, und das soll sogar in der 15. Gemeindevorschule vorkommen. Auch die ungewöhnliche Witterung jenes Tages galt Herrn Böhmisch wohl nicht als ausreichender Entschuldigungsgrund, und so hieb er mit seinem Köhrtod den Schüler A. auf den Arm, damit er die Hand aus der Tasche nehme. Den Köhrtod trug Lehrer Böhmisch bei sich, während er die auf dem Hofe spazieren gehenden Kinder beaufsichtigte, und mehrfach benutzte er ihn, wenn er Ungehörigkeiten bemerkte. Der Anblick eines Pädagogen, der mit dem Köhrtod in der Hand die „Erholung“ der Schulkinder in die rechte Hand zu legen sucht, wirkt zumeist sehr eigenartig auf Unbeteiligte, die dieses Bild zu beobachten Gelegenheit haben. Der Schüler A. steckte nun nach einer Weile die andere Hand in die Hosentasche. Wieder sah es Herr Böhmisch, und wieder schlug er mit dem Stod nach dem Arm. Diesmal aber holte er noch zu einem zweiten Schlag aus, der jedoch sein Ziel verfehlte und den Jungen auf das linke Auge traf. Herr Böhmisch ließ ihn jetzt nach der Mitte des Hofes, wohl um ihm einen Strafstoß zu geben oder ihn besser beobachten zu können. Hier aber erregte A. Aufsehen dadurch, daß er das Auge mit der Hand bedeckte. Herr Böhmisch hielt es dann für ratsam, ihn in die Reihen zurückzuführen zu lassen. Nach Schluß der Pause rief er den Jungen nach Klasse VII und tadelte es, daß A. den Kopf hingehalten habe, jedoch der habe getroffen werden müssen. Das mußte allerdings ein merkwürdiger Junge sein, der eigens den Kopf hinhaltete, um mit ihm einen Schlag aufzufangen, der dem Arm oder der Hand gilt! Als dann A. sich in seine Klasse I begeben wollte, folgte ihm Herr Böhmisch auf dem Korridor, wo A. das Auge mit Wasser kühlte, sagte Herr Böhmisch in verändertem Ton, es sei doch nur aus Versehen geschehen. Die Eltern führten noch an demselben Tage ihren Sohn einem Arzt zu, dem Stadtverordneten Dr. Silberstein, der über den Befund folgendes Urteil ausstellte: „Hierdurch beschneide ich, daß der Schüler A. ... am linken Auge direkt am äußeren Augenrand entlanggehend und über das obere Augenlid hinweggehend einen 2 Zentimeter langen blutunterlaufenen Striemen aufweist. Ferner ist das ganze untere Augenlid und die Gegend unter dem Auge bis geschwollen sowie ein Teil des oberen Augenlides blutunterlaufen. Die Verletzung soll nach Angabe des Schülers durch einen Schlag mit einem Köhrtod ins Gesicht entstanden sein. Diese Angabe wird durch den objektiven Befund bestätigt, ein solcher Schlag ins Gesicht hat am Auge einlang nach dem gesundheitlichen Standpunkt als äußerst bedenklich bezeichnet werden, zumal bei einer Distanz von 1/2—1 Zentimeter weiter nach rechts das Auge erheblich verletzt werden können.“

Eine Unternehmung der Angelegenheit ist den Eltern zugesagt worden von Herrn Bürgermeister Weinreich. Sie hatten ihn in seiner Eigenschaft als Vorsitzenden der Schuldeputation aufgelacht und ihm den Sachverhalt vorgelesen und ihm auch den verletzten Jungen vorgestellt. Herr Rektor Lehmann hat ihnen nachher sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß sie nicht zuerst zu ihm gekommen seien. Vermutlich haben die Eltern das deshalb nicht getan, weil sie aus mancher Gerichtsverhandlung wissen, daß mit Lehrern und Direktoren manchmal sehr schwer zu verhandeln ist, wenn Eltern sich über eine Prügelleistung beschweren wollen. Eltern, die gegenüber einem sie abweisenden Lehrer oder Direktor ihre berechtigten Enttäuschung nicht zu meistern wußten, sind schließlich noch auf die Anklagebank gekommen. Der Vater des Knaben A. will auch die Staatsanwaltschaft bitten, zu untersuchen, ob Lehrer Böhmisch wegen fahrlässiger Körperverletzung zur Verantwortung zu ziehen ist.

Zum gestrigen Liebesdrama wird noch gemeldet, daß der Gärtner Kollitz und die Schauspielerin Kasten vernehmungsfähig sind. Beide sollen nun über die Beweggründe zur Tat vernommen werden. Der Revolver, mit dem sie verurteilt wurde, ist am Tatort gefunden worden, er enthält noch drei starke Patronen. Die Polizei hat in der Wohnung des Kollitz einen Fettel vorgefunden, auf dem er in schlechtem Deutsch niedergeschrieben hat, daß er unglücklich sei und ohne Hel. Kaffen nicht leben könne.

Abrechnung-Zäune werden demnächst auf dem Vorplatz am Ringdamm Rigdorf und auf dem Hermannsplatz mit Genehmigung der hiesigen Behörde von der Deutschen Abrechnung-Automatengesellschaft zu Göttingen errichtet werden. Nach Einwurf eines Gehpfehlens ist es ihm nicht gelungen, die Säule und es erweist in bequemer Leesehöhe das Abrechnung; nach gegebener Benutzung oder nach einem Zeitraum von 15 Minuten löst sich die Säule wieder selbstständig. Gleichzeitig empfängt jeder Benutzer automatisch und gratis ein kleines Notizbuch, damit er sich die gewünschten Adressen hierin notieren kann. Diesem Notizbuch soll außerdem eine Anzahl wissenswerter Notizen, Kalender, Uebersicht über Sechswöchigkeiten, Theater, Straßenbahnlinien usw. eingefügt werden.

Petershagen b. Friedersdorf.

Die Gemeindevorstellung liegt hier in den Tagstunden von 9—12 Uhr vormittags aus; außerdem kann die Liste noch eingesehen werden bei Harnisch, Brunnhüterstraße, im Lokal von Max Giese (Dorf) und „Zum alten Dessauer“.

Röpenitz.

Am 4000 R. brands wurde vorgestern abend auf der Chaussee zwischen Oberspreewald und Spindlersfelde ein Kutscher der Spindlerschen

Färberel. Er hatte mit seinem Wagen eine Summe von circa 15 000 R. Silbergeld von dem Berliner Hauptkontor nach der Fabrik in Spindlersfelde zu transportieren. In der Nähe des letzteren Ortes wurde der Kutscher von dem Knecht eines ihm entgegenkommenden Wägenwagens der gleichen Firma darauf aufmerksam gemacht, daß die an der Rückseite angebrachte Bagatüre erbrochen war. Bei näherer Untersuchung ergab sich, daß von dem mitgeführten Gelde, das in mehreren kleinen Beuteln verpackt war, ein Säckchen mit circa 4000 R. fehlte, die also während der Fahrt gestohlen sein mußten. Als Täter kommen vermutlich zwei jugendliche Burschen in Betracht, die den Kutscher unterwegs um Wilmahme auf seinem Wagen gebeten hatten. Noch am selben Abend sind zwei Personen verhaftet worden, doch ist es fraglich, ob dies die wirklichen Diebe sind.

Weihensee.

Zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen unseren Genossen und dem Bürgermeister kam es in der Gemeindevertretung bei der Festsetzung der Amtszulagen für die Direktoren. Unsere Genossen erlaubten sich nämlich zugleich die schon beschlossene Festsetzung der Amtszulagen der Lehrer zu beleuchten. Die Lehrerschaft hatte eine Petition an den Gemeindevorstand und die Gemeindevertretung gerichtet, worin die bewilligten Amtszulagen der Vororte Berlin je nach der Höhe aufgeführt sind und unser Ort erst an zweihundertgrößter Stelle aufgeführt ist. Genosse Frey eröffnete hierüber die Debatte; er erwähnte, daß bei der Beratung auf einer Konferenz von Vertretern des letzten Städtetages man sich festgelegt habe, die Amtszulage für die Lehrer der nordöstlichen Vororte auf 450 Mark zu erhöhen, auch solle das Landratsamt dahin gewirkt haben, über diese Summe nicht hinauszugehen. Mit Ausnahme von Weihensee und Französisch-Buchholz sind alle anderen Vororte über diesen Satz hinausgegangen. Es herrsche daher in Lehrerkreisen starke Erbitterung. Genosse Taubmann ergänzte diese Ausführungen und wies darauf hin, wie recht unsere Genossen hatten, als sie zur Zeit darauf aufmerksam machten, daß solche Abmachungen der Gemeindevorstände nicht verbindlich sein können. Er verlangte eine Erhöhung der Amtszulagen der Lehrer schon im Interesse der Volksschule und fordere eine Besprechung der Petition oder aber die Beschlußfassung in der nächsten Gemeindevertreterversammlung. Hierauf ging der Vorsitzende nicht ein. Mehrere bürgerliche Vertreter wollten es mit den Lehrern wohl nicht verderben, sie vertieften sich auf Versprechungen, daß etwas zur Verbesserung geschehen müsse, wenn nicht in diesem Jahre, dann aber im nächsten. Herr Köhler zeigte auch ein warmes Herz für die Lehrer, er gab jedoch zu verstehen, daß sich dieselben in letzter Zeit nicht so betragen hätten, wie sie es eigentlich sollten, denn ihre Opposition bei den letzten Kirchentagen sei nicht schön gewesen. Bei der Abstimmung wurden die Amtszulagen der Direktoren in Höhe von 1100 R. einstimmig bewilligt. Nun entspann sich folgender Dialog:

Taubmann: Ich ersuche, über den von mir gestellten Antrag abstimmen zu lassen. — Bürgermeister: Ueber den Antrag des Herrn Taubmann abstimmen zu lassen habe ich keine Veranlassung. — Taubmann: Wozu sind wir denn eigentlich hier? — Bürgermeister: Um Stellung zu nehmen zu den Punkten der Tagesordnung. — Taubmann: Um Ja und Amen zu sagen! — Bürgermeister: Ich betone nochmals, daß ich keine Veranlassung habe, über Ihren Antrag abstimmen zu lassen. — Taubmann: Dann möchte ich mir doch vom Herrn Vorsitzenden den guten Rat erbitten, wie man es macht, um einen Antrag auf die Tagesordnung zu bekommen. — Bürgermeister: Ich weise Sie auf die Landgemeindevorstellung hin. — Taubmann: Die kenne ich. Nach der Landgemeindevorstellung haben die Gemeindevorordneten die Arbeiten des Gemeindevorstands zu kontrollieren und somit auch auf die nächste Tagesordnung einzuwirken. — Bürgermeister: Ich lasse über Ihren Antrag nicht abstimmen. — Taubmann: Das ist eine Verletzung der Gemeindevertretung. Ich konstatiere dies! — Bürgermeister: Konstatieren können Sie das ruhig.

Damit war der Zwischenfall erledigt; ein sofort berufener Richterlicher Antrag wurde von fast sämtlichen anwesenden Vertretern unterschrieben, so daß der Herr Bürgermeister wohl nicht umhin kann, die Petition der Lehrer in der nächsten Sitzung eingehend besprechen zu lassen.

Reinickendorf.

Schwerer Unfall ist vorgestern durch einen Polizeibeamten verhindert worden. In der Granatenstraße waren die Besatzung eines Wägenwagens durch das Signal eines vorbeifahrenden Automobils (seu geworden und gingen durch. Die Tiere riefen, das schwer Gefährte mit sich fahrend, den Straßenzug einlang und gerieten schließlich auf den Bürgersteig, auf welchem gerade eine Gruppe Passanten, die eine Festlichkeit besuchten, ihnen entgegenkam. Im Augenblick der höchsten Gefahr warf sich der auf Posten stehende Polizeisergeant Ratschke den Pferden entgegen. Es gelang ihm, das Gespann zum Stehen zu bringen, gerade in dem Moment, als die Pferde eine Frau, die ein Kind auf dem Arm trug, umzuwerfen drohten. Der Stoß beim Anhalten der Tiere war so heftig, daß die Deichsel zerbrach und der Wagen umstürzte.

Die Generalversammlung des Wahlvereins Reinickendorf. Die West nahm den halbjährigen Bericht der Bezirksleitung, den Genosse Bahr erstattete, entgegen. Demnach haben stattgefunden drei öffentliche und fünf Mitgliederberatungen. Nach dem Bericht des Kassierers ist eine Einnahme von 780.83 R. und eine Ausgabe von 709.83 R. zu verzeichnen. Der Mitgliedsbestand hat sich um 66 Mitglieder vermehrt und zwar von 335 auf 401; davon hatten die weiblichen Mitglieder einen Zuwachs von 33 zu verzeichnen. Dem Bericht der Lokalkommission ist zu entnehmen, daß von den 66 Mitgliedern 40 öffentliche Lokale neun der Arbeiterschaft zur Verfügung stehen. Aus dem Bericht der Zeitungskommission ist zu erfahren, daß sich die Zahl der „Vorwärts“-Leser um 65 vermehrt hat und zwar von 415 auf 480. An Stelle des verziehenden Genossen Schill wurde Genosse Hindenburg als Schriftführer, als Lokalkommissionsmitglied Genosse Köder und als Revisor Genosse Wendt gewählt. Eine längere Debatte rief die Anregung, einen Bildungsausschuß von drei Genossen zu wählen, hervor. Diese Anregung wurde der Bezirksleitung zur Prüfung überwiefen. Als Kandidaten zu der im März stattfindenden Gemeindevahl wurden die Genossen Otto Osl und Franz Lange einstimmig gewählt. Zur Aufnahme hatten sich 17 männliche sowie 11 weibliche Genossen gemeldet.

Gerichts-Zeitung.

Ein Arbeiter, der sein Recht suchte.

„Was? Du Hund, Du beantwortest Dich noch?“ So schrie der Rottweiliger Gustav Köhler den bei ihm beschäftigten Stallknecht Z. an, weil der es gewagt hatte, gegen eine ihm unbedeutend scheinende Klage seines Arbeitgebers sich zu verteidigen. Der Vorwechsel ging dann in eine Schlägerei über, bei der der Herr Köhler mit der Schippe auf den bereit im 55. Lebensjahre stehenden Z. einhieb, die Ehefrau Wilhelmine Köhler mit dem Ochsenknecht dem Gatten assistierte und der erst fünfzehnjährige Sohn Hugo Köhler mit dem Weitschenhül kauf. Z. mußte infolge der erlittenen Verletzungen ein Krankenhaus aufsuchen und war längere Zeit arbeitsunfähig.

Der allzu patriardalisch behandelte Arbeiter erstattete gegen die drei eine Strafanzeige und erreichte, daß das Schöffengericht sie der gemeinschaftlichen vorläufigen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs schuldig sprach. Die Richter mochten es gnädig und saßen als ausreichende Sühne an: für Herrn Gustav Köhler 100 R. Geldstrafe, für Frau Wilhelmine Köhler 20 R. Geldstrafe, für Hugo Köhler ein Verweis. Die Verurteilten hatten den Mut, noch Berufung einzulegen. Der Verlehte, der als Nebenkläger zugelassen worden war, legte gleichfalls Berufung ein und forderte strengere Sühne. Er dachte an eine Strafe etwa in der Höhe, wie sie seiner Meinung nach ein Arbeiter sich hätte zubilligen lassen müssen, wenn der zusammen mit zwei anderen gegen seinen

Arbeitgeber eine gemeinschaftliche vorsätzliche Körperverletzung mittels gefährlicher Werkzeuge verübt hätte.

Am Freitag hatte als Berufungsinstant das Landgericht I durch die Strafkammer 3 zu entscheiden. Der Vorsitzende versuchte, die Sache durch einen Vergleich abzutun. Aber L. blieb fest und verlangte, daß der angeklagte Arbeitgeber mit gebührender Strenge bestraft werde.

Der Vergleich scheiterte, es mußte also in die Verhandlung eingetreten werden. Die Angeklagten schoben die Schuld auf L. Herr Köhler erzählte, L. habe, von ihm wegen unterlassener Rüttelung der Mühle zur Rede gestellt, sofort mit dem Besen angefallen, so daß L. sich wehren und seine Angehörigen ihm beistehen mußten.

Nach den zusammengefaßten Befundungen der Zeugen wäre der Streit so verlaufen: Am 1. Juli 1909 schob L. die Fütterung der Mühle hinaus, weil er auf Grünfutter wartete.

Die Verteidigung hatte gegen den Nebenkläger L. ein paar Zeugen geladen, durch die dessen „Gefährlichkeit“ bewiesen werden sollte. Ein Mollereibesitzer, bei dem er in Stellung gewesen war, konnte beim besten Willen nur bekunden, daß L. manchmal vor sich hingeschimpft habe.

Des Nebenklägers Vertreter, Rechtsanwalt Oscar Cohn, hob hervor, daß es sich hier um einen ganz ungewöhnlich ausdauernden Arbeitssack handle, bei dem der Haupttäter Köhler nacheinander zu drei gefährlichen Werkzeugen gegriffen habe.

Unterstützung eines Steuerbeamten. Der Steuererheber Louis Schmidt in Stettin, dem die Einziehung der Gewerbesteuer oblag, hat größere Summen für sich behalten.

hauptung. Mollereibesitzer seien ja doch auch nicht weiter als frühere Schwoiger. Wenn L. heute nicht gleichfalls Mollereibesitzer sei, so sei es — die Zuhörer trauten ihren Ohren nicht bei diesen Ausführungen — wahrscheinlich seine eigene Schuld, daß er es nicht geworden sei.

Das Gericht urteilte: Die Anklage ist erwiesen; erwiesen ist im besonderen, daß Herr Köhler nacheinander mit drei Werkzeugen geschlagen hat.

Vermischtes.

Aus den Ueberschwemmungsgebieten.

Nach einer Meldung aus Trier vom gestrigen Tage steht seit gestern früh 8 Uhr die Mosel auf 548; die Gefahr scheint vorüber zu sein. In Sankt Barbara stehen die Straßen über ein Meter hoch unter Wasser.

Aus Düsseldorf wird gemeldet: Der Rheinwasserstand ist auf über fünf Meter gestiegen. Die Uebersfahrten nach Oberkassel sind eingestellt, da die dortigen Landungsstellen und Vorklatgelände überschwemmt sind.

Eine Meldung aus Koblenz besagt: Der Rhein hat eine Höhe von 5,60 Meter erreicht und steigt in jeder Stunde um weitere fünf Zentimeter. Das Wasser hat alle Rheintäler überschwemmt.

Aus Ulm wird gemeldet: Die Donau ist rapid gestiegen. Oberhalb Ulms ist das Tal völlig überschwemmt.

Die Ueberschwemmungen in Frankreich. Die Ueberschwemmungen, die durch die Regengüsse der letzten Tage verursacht worden sind, arten, wie aus Paris gemeldet wird, in eine Katastrophe aus.

Die Ueberschwemmungen, die durch die Regengüsse der letzten Tage verursacht worden sind, arten, wie aus Paris gemeldet wird, in eine Katastrophe aus. Die Seine ist seit vorgestern abend ebenfalls aus den Ufern getreten und richtete namentlich in der Umgegend von Troves großen Schaden an.

Unterstützung eines Steuerbeamten. Der Steuererheber Louis Schmidt in Stettin, dem die Einziehung der Gewerbesteuer oblag, hat größere Summen für sich behalten.

Die sechs Verschütteten von Gelsenkirchen. Im Augenblick, wo wir die aus Gelsenkirchen vorstehenden Meldungen ins Blatt geben, ist es noch nicht gelungen, die sechs Verschütteten zu erreichen.

Die Meldungen lauten: Gelsenkirchen, 21. Januar. Heute morgen um 4 Uhr war es den Rettungsmannschaften gelungen, bis zu der Fußmauer zu gelangen, an welcher an dem Unglückstage gemauert werden sollte.

Gelsenkirchen, 21. Januar. Die Verwaltung der Zeche Holland teilt mit, daß die Aufräumungsarbeiten rasch von statten gehen. Man hofft, im Laufe des Tages die Verunglückten zu bergen, falls sich nicht unerwartete Hindernisse in den Weg stellen.

Gelsenkirchen, 21. Januar. Um 12 1/2 Uhr mittags gelang es, auf der Zeche Holland eine Verbindung mit den Verschütteten herzustellen. Von fünf wurden Lebenszeichen wahrgenommen.

Gelsenkirchen, 21. Januar, 9 1/2 Uhr abends. Die Verwaltung der Zeche Holland teilt mit, daß sämtliche sechs Bergleute am Leben sind.

Grubenunglück in Bayern. Nach einer Drahtmeldung aus Wiesbad (Bayern) ist gestern nacht in dem Kohlenbergwerk bei Hausham eine 350 Meter lange Strecke eingestürzt.

Die verkannte Notbremse. Der laufende Zug hält auf freier Strecke. „Was ist los?“ Ährenwerfen, Schaffnerrufen, Hunderte von ängstlichen Gesichtern erscheinen an den Wagenseitenfenstern.

Der verunglückte Aviatiker. Wie aus Dran gemeldet wird, geriet der fliegere Mieslagers gestern auf dem Flugfelde von Senia mit seinem Eindecker in Telegraphendrähte an der Eisenbahn.

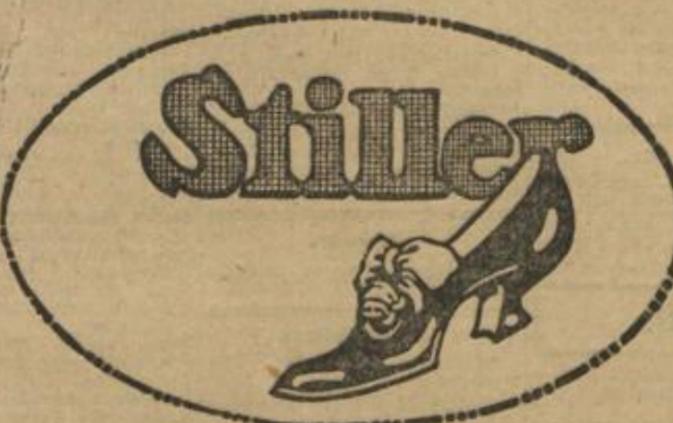
Von einer Lawine fortgerissen. Nach einer Meldung aus Bern wurden im Kanton Valais oberhalb Coolene drei Männer, welche ihr Vieh besorgen wollten, von einer Lawine fortgerissen.

Noch ein neuer Komet. Aus Kuscha (transkaspisches Gebiet) wird gemeldet: Heute (Freitag) abend 6 1/2 Uhr zeigte sich im Westen ein großer, leuchtender, langschwweifiger Komet.

Witterungsübersicht vom 21. Januar 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wetter	Temp. u. G. 5-9 U.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wetter	Temp. u. G. 5-9 U.
Zimmern	760	1	bedeckt	1	Caparanda	752	2	Rebel	-15
Darmstadt	760	2	Rebel	1	Vetersburg	748	2	bedeckt	-10
Berlin	762	2	bedeckt	1	Seiditz	759	4	bedeckt	0
Frankfurt	763	4	Dunst	1	Berbesen	755	3	mollent	-1
München	765	1	Rebel	-1	Paris	765	2	mollent	1
Wien	754	1	bedeckt	1					

Wetterprognose für Sonnabend, den 22. Januar 1910. Ein wenig kälter, zeitweise auflarend, vorwiegend frühe und neblig mit geringen Niederschlägen und schwachen westlichen Winden.



Stille

Unser diesjähriger Inventur-Verkauf

beginnt Montag, den 24. Januar

Verkauf nur Jerusalemer Strasse 38-39

Man beachte das morgige Inserat!

Vorort - Nachrichten.

Charlottenburg.

Wie schon vorauszusehen, war die Beteiligung bei den am 20. Januar vollzogenen Neuwahlen der Weisiger zum hiesigen Gewerbeamt in den Vormittagsstunden eine äußerst minimale, während in den wenigen Abendstunden sich die Wähler, besonders im dritten Wahlbezirk, arg zusammenbrängte. So war beispielsweise in dem Wahllokal von Elm, Revalstr. 6, der Andrang ein so gewaltiger, daß die Wähler bei dem schlechten Wetter in langen Reihen auf der Straße standen. Viele kehrten um und haben ihr Wahlrecht infolgedessen nicht ausgeübt. Es ist dringend erforderlich, daß bei künftigen Wahlen der Magistrat für ein größeres Wahllokal in diesem so industriereichen Bezirke sorgt, damit der Wahllokal glatt von Statten geht. Für die Kandidaten der freien Gewerkschaften, die, weil Gegenkandidaten nicht aufgestellt worden, durchweg glatt gewählt wurden, wurden 4383 Stimmen abgegeben, das sind 163 Stimmen weniger wie bei den Wahlen vor zwei Jahren. Auch bei den Arbeitgeberern waren Gegenkandidaten nicht vorhanden, so daß die Kandidaten der vereinigten Jungmänner mit 330 Stimmen gewählt wurden. Diese haben diesmal 203 Stimmen weniger erhalten als vor zwei Jahren.

Lichtenberg.

Stadtverordnetenversammlung. Die ersten Punkte umfassen die Wahl mehrerer, jedes Jahr neu zu wählender Ausschüsse und Kommissionen. Von unseren Genossen wurden gewählt in den Petitionsausschuss: Grauer und Seidel, Rechnungsausschuss: Brühl, Linke und Spiedermann, Ausschuss zur Prüfung von Stadtverordnetenwahlen: Kerschler und Seidel, Revision: Brühl, Linke, Spiedermann und Kerschler, Gemischte Kommission für soziale Angelegenheiten: Brühl und Spiedermann, Eingemeindungskommission: Düwels, Grauer und Möller. Für den Bezirk 21, umfassend die „Trave-, Oder- und Weiserstraße“ wird Herr Lehrer Hasmund, Kronprinzstraße 2, als Armenkommissar gewählt. Für die am Freitag, den 4. Februar er., stattfindende Erbschaftswahl für den ausgeschiedenen Genossen G. Ostfeld in der dritten Abteilung, 14. Wahlbezirk, umfassend: Alfredstraße, Appoldenstraße, Bürgerheimstraße, Frankfurter Chaussee 100-128, Helmuthstraße, Magdalenenstraße, Müllerstraße, Müdigersstraße, Wagnerstraße und Wagnerplatz wurden unter anderem als Weisiger resp. Stellvertreter die Genossen A. Hecker, A. Rius und A. Weder gewählt.

Anschließend der in einer der letzten Sitzungen von uns eingebrachten Interpellation betreffend Arbeitslosenfürsorge wurde von unseren Genossen unter anderem an den Magistrat die Anfrage gestellt, wie weit das Projekt des Krankenhauses gediehen sei. Bereits im Frühjahr vorigen Jahres habe man beschlossen, daß die Arbeiten nun endlich beginnen sollen und bis jetzt sei noch nichts davon zu bemerken. Sonderbarerweise lebte der erste Bürgermeister die Verantwortung rundweg ab, so daß unsere Genossen gezwungen waren, am endlich in dieser für die ganze Stadt außerordentlich wichtigen Angelegenheit Klarheit zu schaffen, eine Interpellation einzubringen. Mit Recht konnte Genosse Grauer bei Begründung derselben darauf hinweisen, daß man bereits im Jahre 1906, nachdem der Minister erklärt hatte, daß Lichtenberg nur Stadt würde, wenn es ein Krankenhaus bestünde, den Bau eines solchen beschloßen hatte. Jetzt, nach zirka vier Jahren und nachdem die Stadt inzwischen auf zirka 80000 Einwohner angewachsen sei, ist von dem Bau immer noch nichts zu bemerken. Bei Verantwortung der Interpellation erklärte der Stadtbaurat, daß er für seine Person alles daran setze, den Bau zu fördern, lediglich den äußerst schwierigen Terrainverhältnissen sei es zuzuschreiben, daß die Angelegenheit noch nicht weiter gediehen sei. Man habe mit Rücksicht auf diese Schwierigkeiten ein vollständig neues Projekt ausarbeiten müssen, er hoffe jedoch, wenn irgend möglich, noch in diesem Herbst mit dem Bau beginnen zu können. — Der folgende Punkt der Tagesordnung zeigte wieder einmal so recht das so vielgerühmte soziale Verständnis des Magistrats sowohl wie der bürgerlichen Mitglieder der Deputation der städtischen Werke. Beantwortete man doch nichts mehr und nichts weniger, als den Preis für Kochgas von 10 Pf. auf 12 Pf. zu erhöhen. Begründet wurde dieser in erster Linie die ärmere Bevölkerung sowohl wie den sogenannten Mittelstand treffende Antrag mit dem Hinweis, daß die Selbstkosten bereits höher seien wie der Verkaufspreis und daß Berlin ja ebenfalls schon 12,35 Pf. für den Kubikmeter erhalte. Daß diese Begründung nicht zutreffen konnte, wurde von unseren Genossen dadurch bewiesen, daß das Gaswerk seit Jahren für die gesamten Werke die mellende Kuh bedeutet, indem man gewaltige Summen als Unkosten des Gaswerks bucht, welche in Wirklichkeit auf die Konten Wasserwerk und Elektrizitätswerk gehören. Auch der Einwand, daß Berlin höhere Preise habe, trifft nicht zu, denn der Berliner Preis von 12,35 Pf. stellt den Einheitspreis dar, während man in Lichtenberg das Gas für Verleuchtung immer noch mit 10 Pf. verkauft. Ein von unseren Genossen wiederholt gestellter Antrag auf Schaffung des Einheitspreises ist stets abgelehnt worden und auch bei dieser Beratung wurde er scharf bekämpft. Die ganze Vorlage wurde schließlich einer Kommission, welcher unsere Genossen Brühl, Düwels, Seidel, Spiedermann und Stöber angehören, überwiesen.

Eine Vorlage betreffend Erweiterung des Gaswerks wurde ebenfalls einer Kommission, bestehend aus den Stadtverordnetenmitgliedern der Deputation und der Deputation für die städtischen Werke überwiesen. Bemerkenswert sei noch, daß die Kosten für das Erweiterungsprojekt auf 1207000 M. veranschlagt sind. — Ein Antrag des Magistrats, die Marktschuld von 10 Pf. auf 20 Pf. pro Quadratmeter zu erhöhen, wurde gegen unsere Stimmen angenommen. Einige Bürgerliche unter Führung des Herrn Sommerhorn beantragten sogar 30 Pf., jedoch zogen sie kurz vor der Abstimmung, als sie auf das Lächerliche ihres Antrages hin und aufmerksam gemacht worden waren und nachdem festgestellt wurde, daß selbst das Geleit nicht mehr wie 20 Pf. zuläßt, ihren Antrag zurück.

Mariendorf-Südende.

Zu der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorsitzende Genosse Jeserich den Bericht des Vorstandes. Aus demselben ist folgendes zu entnehmen: Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1909 217 männliche und 38 weibliche, am 31. Dezember 225 männliche und 50 weibliche Mitglieder. Versammlungen fanden statt 8 Mitglieder- und 5 öffentliche, welche, wie auch die Generalversammlungen, zum Teil recht gut besucht waren. Flugblattverteilungen fanden zehn statt, an deren Beteiligung noch viel zu wünschen übrig bleibt. Des weiteren ging der Vorsitzende auf den am Orte geführten Volkskampf ein; er gab bekannt, daß ein Urteil von 60 M. in der Berufungsinstanz aufgehoben worden ist. Nach dem Bericht des Sekretärs vom verfloßenen Halbjahr sieht im dritten Quartal einer Einnahme von 300,50 M. eine Ausgabe von 209,94 M., im vierten Quartal einer Einnahme von 312,01 M. eine Ausgabe von 245,49 M. gegenüber. Aus dem Bericht des Sekretärs war zu ersehen, daß die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten von 376 im Monat Juli 1909 auf 425 Ende Dezember 1909 gestiegen ist. Es folgten nach diesen Berichten die der übrigen Funktionäre des Wahlvereins. Durchweg wurde der Wunsch ausgedrückt, daß die Parteigenossen sich reger an den Parteiarbeiten und an den zahlreicheren betätigen möchten. Die vorgenommenen Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Genosse Jeserich, 2. Vorsitzender Genosse Schwarz, Weisigerin Genossin Reichardt, Kassierer Genosse Sprengberg, Schriftführer Genosse Kommitz, Revisoren die Genossen Singer, Sander und Juhn; Legere bilden auch die Expeditionskommission; Bibliothekare die Genossen Wagner und Sig, Landagitation Genosse Lehmann I, Expediteur Genosse A. Leip, Lokalkommission die Genossen Eichholz und

Lehmann I. Die vorgeschlagenen Bezirksführer, die Genossen Schwarz, Schulz, Deinert und Sig wurden bestätigt, ebenso Genossin Reichardt als Vertreterin der Frauen. Die Versammlung beschloß ferner, im Monat März das Stiftungsfest des Wahlvereins abzuhalten.

Tempelhof.

Aus der Gemeindevertretung. Aus der Feststellung der Jahresrechnung des Realgymnasiums für 1908 geht hervor, daß die Gemeinde einen Zuschuß von 5100 M. leisten mußte. Die Schmutzwasserkanalisation in der nördlichen Seite der Parkstraße, wo gebaut wird, soll an den Mindestfordernden vergeben werden. Der Kostenaufwand beträgt etwa 2400 M. Die Vorlesung, „Veraltung“ und Genehmigung einer Reihe Vorlagen dauerte... 12 Minuten! Keiner der Herren Gemeindevertreter hatte etwas zu sagen. So konnte der kürzlich mit dem Kronenorden 3. Klasse bedachte Gemeindevorsteher über Erlaß eines Ortsstatuts betreffend Vermehrung der Gemeindeordneten Bescheid lassen. Wer aber glaubte, daß sich wenigstens hier eine Debatte entspinnen würde, der täuschte sich. Hatte die Verwaltung ob dieses wichtigen Ereignisses sogar — einen Stuhl mehr im Zuschauerraum aufgestellt. Aber von den fünf Stühlen blieben noch zwei leer. Der bereits vor zwei Jahren vom sozialdemokratischen Wahlverein gestellte Antrag auf Vermehrung der Gemeindevertreter, dem später auch bürgerliche Vereine nachstimmten, wurde vor längerer Zeit einer Kommission überwiesen, die nun mit ihrer Arbeit fertig war! Der Vermehrung der Gemeindevertreter vom 1. April 1910 von 12 auf 16 wurde zugestimmt. Auch hier hatte nicht ein Vertreter ein Wort der Kritik übrig, obgleich andere Gemeinden mit weniger Einwohnern mehr Gemeindeordnete wählen.

Schülerelbstmord. Die seit Mitte November verichtwundene 18-jährige Tochter des Photographen Schneider wurde am Donnerstag aus dem Lanowitzer Hofen des Zeltowlanals als Leiche gezogen.

Ober-Schöneweide.

Den Widerstand des Dreiklassenwahlrechts zeigt in auffällender Weise die diesjährige Wählerliste. Während in der 1. Klasse 1 Wähler und in der 2. Klasse 262 Wähler vorhanden sind, haben in der 3. Klasse 1365 Wähler nur daselbe Recht. In diesem Jahre sind sogar die Berliner Elektrizitätswerke infolge höherer Einschätzung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in die 2. Klasse gedrängt worden, welche mit einem Steuerzuge von über 260,48 M. beginnt.

Seit Bestehen der Gemeinde war es bisher der Arbeiterschaft infolge der vorhin erwähnten Bestimmungen der Landgemeindeordnung, welche den Hausbesitzern das Weisige sichert, nur möglich, einen Vertreter der dritten Wählerklasse aus den Reihen der Richtgründeliger in die Gemeindevertretung zu wählen. Auch die schon zweimal vorgenommenen Vermehrungen der Zahl der Vertreter von 9 auf 18 haben darin keine Änderung gebracht. Es bedeutet dieser Zustand das trassische Unrecht angefaßt der Tatsache, daß von den 19000 Einwohnern des Ortes 17000 der industriell tätigen Arbeiterbevölkerung zuzurechnen sind. Die bisherigen Verhältnisse unter Parteioberleitung, unter Anwendung der Möglichkeiten der Landgemeindeordnung Hausbesitzerlandwahlen zu wählen, sind vergeblich gewesen. Die Klage unserer Genossen gegen die Ungültigkeitserklärung der 1908 stattgefundenen Wahl, von won und Vertreter von Hausbesitzern gewählt wurden, ist in zwei Instanzen abgewiesen und schwebt jetzt beim Oberverwaltungsgericht. Wenn nun in diesem Jahre hierin eine Änderung eintritt, insofern, als bei den kommenden Wahlen der zweite Richtangesehene gewählt werden kann, so ist dies nur einem eigenartigen Zufall zu danken, indem einer der Schöffen jetzt Hausbesitzer geworden ist. Es stellt sich jetzt die Verrechnung wie folgt: Von 18 Vertretern, dem Gemeindevorsteher und 4 Schöffen — 23 Personen, müssen 2/3 — 16 Angesehene sein, es bleiben hiernach noch 7 Richtangesehene zu wählen. Nun sind der Gemeindevorsteher sowie der zu erwartende besoldete Schöffe augenblicklich als Richtangesehene vorhanden, es bleiben demnach 5 Vertreter übrig. Von diesen wählt nach der Landgemeindeordnung jede Klasse zunächst je einen und die dritte und erste Klasse je einen mehr. Macht nun bisher die Hausbesitzerlandwahlenfrage der örtlichen Parteileitung Schwierigkeiten, so ist sie bei dieser Wahl der Sorge entzogen.

Grünau.

Warum muß die Arbeiterschaft im Gemeindeparlament vertreten sein? lautete das Thema, über das Genosse Stadtverordneter Groger in einer öffentlichen Versammlung referierte. Im Verlaufe seines Vortrages bekamen die bürgerlichen Interessenspolitiker manchen scharfen Stieb. Groger verbreitete sich ausführlich über die Gemeindevertretung, die jetzt ihre Interessen in den Vordergrund stellen, er hob hervor, wie ganz anders die Sozialdemokraten für das Wohl der Allgemeinheit eintreten würden. Reicher Verfall beehrte den Referenten. Zur Diskussion meldete sich kein Bürgerlicher. Genosse Wigner unterstrich noch einmal die Ausführungen des Referenten, namentlich in bezug auf das schändliche Wahlrecht. Weisiger doch am hiesigen Ort in der dritten Klasse 581 Wähler nur soviel Recht wie 47 in der zweiten und 4 in der ersten Klasse. Genosse Blume geistelte die Sparpolitik der Gemeinde, die für kommunale Zwecke fast nichts, dagegen für das Kaiserkradern 500 M. und zur Kaisergeburtstagfeier 100 M. übrig läßt. Nach einem warmen Appell an die Genossen zur eifrigen Agitation wurde die Versammlung unter begeisteter Stimmung geschlossen.

Nowawes.

Den Tätigkeitsbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr des Wahlvereins erstattete in der letzten Generalversammlung Genosse Krobberg. Es wurden 15 Versammlungen abgehalten, davon sechs öffentliche. Der Versuch, in Bismarck unter freiem Himmel eine Volksversammlung abzuhalten, sei leider gescheitert. Die im vorigen Jahre eingeführte Handkassierung habe sich auf das Beste bewährt. Ferner erwähnte Redner noch die Einleitung eines Jugendausfluges. Die Mitgliederzahl ist von 677 männlichen und 40 weiblichen am Anfang des Jahres auf 996 männliche und 45 weibliche am Schlusse desselben gestiegen. Fünf Mitglieder sind im Laufe des Jahres verstorben. Am Schlusse forderte Krobberg die Genossen auf, in Zukunft mehr wie bisher für die Partei tätig zu sein. Der Kassierenbericht weist eine Einnahme von 2612,57 M. und eine Ausgabe von 2828,54 M. auf, so daß ein Defizit von 216,27 M. zu verzeichnen ist. Nach dem Expeditionsbericht wird der „Vorwärts“ in 877, die „Brandenburger Zeitung“ in 402 Exemplaren gelesen. Beim Bericht der Lokalkommission wurde bemängelt, daß eine Anzahl Genossen nicht die Lokalpresse einhalten. Der Vorstand wurde mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, Genossen Reumann, der durch den Genossen Heidemreich ersetzt wurde, wiedergewählt. Ebenso wurde für die Genossin Frau Rattloff Frau Rieck als Revisorin gewählt. Unter Geschäftliches teilte der Vorsitzende den Gang der Versammlung mit, daß Genosse Juchel im Monat Februar einen Vortrag über unser Parteiprogramm halten wird. Aufgenommen wurden 39 Genossen.

Neuenhagen (Südbahn).

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab Genosse Hübner den Jahresbericht. Danach haben stattgefunden fünf Mitglieder- und fünf öffentliche Versammlungen, die letzte, welche am Totensonntag abgehalten werden sollte, wurde polizeilich verboten mit der Begründung: dieser Tag ist eingesezt, das Andenken der Toten zu ehren. Es laden ferner stattgefunden: Eine „Vorwärts“-Agitation, eine Kalender-, vier Flugblatt- und fünf Handzettelverteilungen. Zurzeit gehören dem Wahlverein 108 Mitglieder an.

„Vorwärts“-Abonnenten sind in Neuenhagen 40, in Frederiksdorf-Petershagen 108. Die Jahreseinnahme beträgt 440,64 M., davon sind an den Kreis abgeführt 249,61 M., für Verwaltungskosten und Agitation beträgt die Ausgabe 102,48 M. In den Vorstand wurden gewählt: Hölzelbart als Bezirksleiter; Stimming, Stellvertreter; Schwarzbürger, Kassierer; Hölzel, Schriftführer; Schumacher, Möller; R. Schumann, Wiederemann, Schmale, Revisoren; Rey, Bibliothekar.

Gerichts-Zeitung.

Sind Boykottposten strafbar?

Die Parteigenossen in Mariendorf haben das Lokal des Gastwirts Graffel boykottiert, weil er es zu Versammlungen herzugeben verweigerte. Zur Durchführung des Boykotts stellten sie insbesondere des Sonntags Boykottposten an den Zugängen zu dem Lokal auf. Die Polizei schickte eine große Anzahl von Beamten in Uniform und in Zivil, um dem Gastwirt beizufolgen und das Boykottpostenstehen zu verhindern.

Der Genosse Kommitz wurde am 18. Oktober von dem Polizeifergeanten Hängel, der in Zivil zur Beobachtung des Lokals kommandiert war, fesselt und erhielt daraufhin wegen groben Unfugs ein Strafmandat über 60 M. eventuell 20 Tage Haft. Das Schöffengericht in Berlin-Tempelhof bestätigte diese abnorm hohe Strafe mit der Begründung, daß die Belästigung des Publikums durch den Boykott eine außerordentlich grobe sei und dazu durch denselben die wirtschaftliche Schädigung eines politischen Gegners, also ein durchaus verwerflicher Zweck verfolgt werde.

Vor der Strafkammer, an die Kommitz Berufung einlegte, vertrat ihn der Rechtsanwalt Dr. Joseph Herzfeld. Dieser führte aus, für die Frage der Strafbarkeit als sei es gleichgültig, ob der Gastwirt durch den Boykott geschädigt werde. Der Staat führe keine Strafprozesse wegen Schädigung des Herrn Graffel. Das müsse dieser selbst besorgen. Ganz gleichgültig sei auch für die Frage des groben Unfugs, ob N. den Passanten zugeredet oder abgeredet habe, in das Wache Lokal zu gehen. Alles das gehe die Polizei und das Strafrecht gar nichts an. In Frage komme nur, ob N. durch sein Stehen auf der Straße und sein Anreden von Passanten das Publikum gräßlich belästigt und insbesondere die äußere Ruhe und Ordnung der Straße gräßlich gefährdet oder verletzt habe. Der Polizeibeamte habe aber bezeugt, daß N. in allerhöchster Weise einige Passanten ansprach und ersuchte, das boykottierte Graffelsche Lokal zu meiden, daß aber nicht die geringste Störung der Ruhe und Ordnung der durch Berliner Ausflügler sehr belebten Straße dadurch verursacht worden. Wenn einzelne der Angeschrien ihren Begleitern oder dem Beamten später sagten, sie empfänden die Mittelung des Boykotts als eine Belästigung, so sei diese Belästigung rechtlich unbeachtlich. Denn nicht jede Belästigung sei grober Unfug, sondern nur solche, welche mit einer Störung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung verknüpft sei. Sodann sei die befundene Belästigung nichts als die unumgängliche und nach den Entscheidungen des Reichsgerichts erlaubte Belästigung zur Durchführung eines Boykotts. Unmöglich könne sie also strafbar sein. Der Angeklagte sei daher freizusprechen, und da er nur infolge des Rechtsirrtums der Polizei und des Amtsgerichts vor der Strafkammer erschienen müsse, so seien ihm auch die Kosten der Verteidigung zu erlassen. Dadurch werde auch ein heilsamer erzieherischer Einfluß auf die Polizei ausgeübt, die sich noch nicht daran gewöhnt habe, daß friedliche und ruhige Boykottposten sie gar nichts angehen.

Das Gericht erkannte auf Freisprechung. Zur Begründung wurde ausgeführt, man könne es dahingestellt sein lassen, ob der Boykott ein berechtigtes Kampfmittel sei. Jedenfalls läge hier keine Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung vor und deshalb müsse der Angeklagte freigesprochen werden. — Ueber die Jubiläum der Kosten der Verteidigung schlug sich das Gericht aus.

1 1/2 Jahre Gefängnis gegen eine Bierzweijährige!

Und Heimweh ist die 14-jährige Dienstmagd Alwine Deilke aus Cottbus zur Brandstifterin geworden. Das Kind war nach seiner zu Eltern erfolgten Konfirmation zuerst bei einem Wäcker, dann bei einem Schlächtermeister in Stellung getreten, wurde aber vom Heimweh geplagt, daß es wiederholt aus dem Dienst lief. Da ihre Eltern sie jedesmal sofort zurückbrachten, versiel sie auf ein anderes Mittel, um aus dem Dienst zu kommen: sie steckte das Wohnhaus und die Scheune ihres Dienstherrn in Brand; die Scheune brannte nieder, während das Feuer im Wohnhaus rechtzeitig bemerkt und gelöscht wurde. Nach einigen Tagen wiederholte sie den Versuch an dem Wohnhaus, doch entstand nur geringer Schaden. Im ganzen belief sich der angerichtete Schaden auf 1500 M.

Der Hildesheimer Arzt Dr. Kiewerth hat die Alwine Deilke auf ihren Geisteszustand untersucht und kam in seinem vor Gericht abgegebenen Gutachten zu dem Ergebnis, daß sie unter dem Druck von Zwangsvorstellungen gehandelt hat. Der Körper weise Degenerationsmerkmale auf und das Mädchen sei auch sonst zurückgeblieben. Sie sei indes nicht als unzurechnungsfähig zu bezeichnen, sondern nur als vermindert zurechnungsfähig. Die Hildesheimer Strafkammer nahm an, daß die Angeklagte sich der Strafbarkeit ihrer Handlung bewußt gewesen sei und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren. Die Angeklagte soll zur bedingten Begnadigung empfohlen werden.

Das Urteil ist ungeheuerlich. Auf Grund des Gutachtens des Arztes und auf Grund der bekannten Tatsache, daß Brandstiftungen häufig auf Zwangsvorstellungen in der Substanzzeit zurückzuführen sind, hätte das Kind freigesprochen werden sollen. Die Hauptschuld an dem drakonischen Urteil trägt freilich die Strafgesetzgebung, die die Strafmündigkeit bereits mit Vollendung des 12. Jahres beginnen läßt, statt das Strafbarkeitsalter auf das vollendete 16. Jahr heraufzurufen. Die Vollstreckung des Urteils würde ein Menschenleben vernichten und niemandem Nutzen bringen.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 20. 1. 1910		Wasserstand	am 20. 1. 1910	
	am	19. 1. 1910		am	19. 1. 1910
Wemel, Mühl	5679	0	Saale, Großh.	270	-1
Regel, Jüterburg	2134	0	Havel, Sandau	182	+2
Beichl, Thora	122	+3	Havel, Ralswiek	142	0
Oder, Rathor	194	-10	Spre, Spremberg	120	-26
Krofen	218	+3	Seeslow	174	0
Frankfurt	254	+7	Weiser, Röhben	128	+15
Scharn	132	-2	Kribben	121	+2
Jandberg	122	-1	Rhein, Ragnitz	672	+92
Vordamm	48	+5	Kraus	339	+46
Elbe, Lüttenberg	123	+8	Rhin	473	+79
Dresden	13	+11	Neckar, Heilbronn	504	+314
Barbo	331	+1	Main, Wertheim	231	-89
Magdeburg	294	0	Weser, Lister	513	+155

+) + bedeutet Sturz. — Maß: *) Unterwasser, *) Hochstand, *) eckfrei. Nach heutigen telegraphischen Meldungen hat der Rhein mittleres Hochwasser, doch ist nicht zu erwarten, daß er eine gefährliche Höhe erlangen wird, zumal da der Schweizer-Rhein bereits wieder fällt. Auch der Neckar bei Wimpfen, die obere Mosel und die Saar sind bereits gefallen. Bei Trier liegt der Wasserstand heute morgen 1 Meter über Mittelhochwasser, doch ist die Mosel auch dort nur noch in schwachen Steigen.

Inventur!

Die Restbestände der Wintersaison und einzelne Partien gelangen jetzt nach beendeter Inventur bis zum 31. Januar zum Ausverkauf. Deren Preise sind zum teil

bis zur Hälfte herabgesetzt!

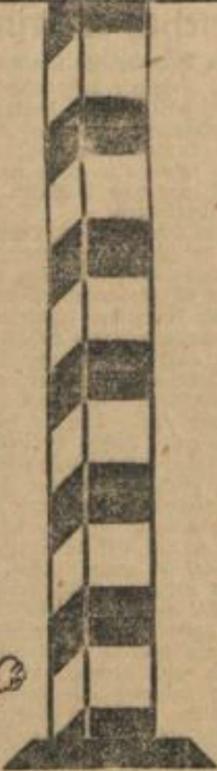
- Jackett-Anzüge
- Rock-Anzüge
- Winter-Paletots
- Sommer-Paletots
- Jünglings-Anzüge
- Knaben-Anzüge
- Leinen- u. Lustre-Anzüge
- Lustre-Jacketts
- Beinkleider

ganz bewährter Ausführung besonders preiswert zu erwerben bietet sich hier **seltene Gelegenheit!**

Gottlieb Weiss

Bekleidungshaus grössten Stils für Herren und Knaben

Schöneberg, Hauptstrasse 161 Ecke der Stubenrauch- und Kaiser-Friedrichstr.



Neu erschienene Bücher!

Die Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen der preussischen Monarchie. Eräutert von Paul Hirsch.

Preis geb. 3,- M.

Verfassungswesen u. Verfassungskämpfe in Deutschland. Von Georg Gradnauer.

Preis geb. 3,- M.

Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW. Lindenstrasse 69 (Laden).

Unsere **Stiefel** sind von **1a Qualität**, daher **preiswert** und **haltbar.** Schuhhaus



Bergmannstr. 98 zwischen Marheinekeplatz u. Bellealliance-Strasse.

7.50 8.50 10.50 12.50

Sophien-Säle Sophienstrasse 17/18

empfehlen seine von 60-2000 Personen fassenden Säle zu Versammlungen Vorträgen u. Kunstausstellungen u. Vortrag. Kaffee. Saal. Entgegenkommen

HERREN KLEIDUNG
KNABEN KLEIDUNG
S. LEVY, CHARLOTTENBURG
SCHARRENSTR. 36

Würzburger Hühneraugenmittel von **Dr. H. Unger**. — Gegen 30 Wunden auf 10 M. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 M. in. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Gallenharz u. indischen Hausfett.) **Dr. H. Unger in Würzburg.** In Berlin (SW. W.): Salomon-Apothek. Charlottenstr. 54. Groß-Apothek. Dammstr. 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 112/8*

Das arbeitende Volk und die Steuern. I. Teil: Allgemeine Einführung in das Steuerwesen von Dr. Karl Renner. Preis 50 Pf.

Die Brandstichung des Volkes durch indirekte Steuern in Deutschland von J. Karaski. Preis 50 Pf. Expedition des Vorwärts, Berlin SW. Lindenstr. 69 (Laden).

Wir empfehlen folgende **Bücher zu herabgesetzten Preisen:**

Werden und Vergehen
Eine Entwicklungsgeschichte des Naturganzen in gemeinverständlich Darstellung
Von **Carus Sterne**, herausgegeben von **Wilhelm Bölsche**.
Mit vielen Abbildungen im Text und 47 Tafeln in Holzschnitt und Farbendruck sowie dem Bildnis des Verfassers.
Zwei starke Bände, dauerhaft und geschmackvoll gebunden.
Durch Erwerbung der Restauflage sind wir in der Lage, das Werk, dessen Ladenpreis 25 M. beträgt, mit **10 Mark** zu verkaufen.

Entwicklungsgeschichte der Natur
Von **Wilhelm Bölsche**.
Zwei Bände.
Gegen 1785 Abbildungen im Text und zahlreichen Tafeln in Schwarz- und Farbendruck.

Länder- und Völkerkunde
Von **Dr. F. W. Paul Lehmann**, Direktor des Schiller-Realschulmanns in Stuttgart.
Zwei Bände.
Mit 1024 Abbildungen im Text und vielen Tafeln in Schwarz- und Farbendruck.
Auch diese beiden Werke können wir statt für je 18 M. für **10 Mark** abgeben.

Was ist die Natur
Von **Wilhelm Bölsche**.
Von diesem Werk hatten wir Gelegenheit, eine große Anzahl tadelloser neuer Remittenten-E Exemplare zu erwerben, die wir mit **1,50 M.** pro Exemplar abgeben können. Der Ladenpreis beträgt 3 M.
Geschmackvoller Leinenband.

Weitere empfehlenswerte Bücher:
Anser Wald Von Curt Grottelwig, herausgegeben von Wilhelm Bölsche. Mit zahlreichen Abbildungen. Dieses Buch hat bei bedeutenden Pädagogen wie in der Presse begeisterte Aufnahme gefunden. Broschiert 2,50 M., in dauerhaftem Leinenband gebunden 3 M.

Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur. Von Curt Grottelwig. Mit einem Vorwort von W. B. Bölsche. Dritte unversehrte Auflage. Mit Buchschmuck und dem Porträt des Verfassers. Broschiert 60 Pf., gebunden 1 M.

Alenbrook
Briefe aus der Heide an meine jungen Freunde.
Von **Jürgen Brand**.
Geschmackvoll gebunden und mit Buchschmuck versehen **1,50 M.**

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. Lindenstr. 69 (Laden).

Grosser Inventur-Räumungs-Verkauf

ca. **3000** Herren-Anzüge, Paletots, Ulster, Joppen, Beinkleider, Knaben-Anzüge, Westen ca. **3000**

zu noch nie dagewesenen enorm billigen Einheitspreisen

Es gelangen zum Verkauf in Serien: Herren-Anzüge, Paletots und Ulster

<p>Serie I Bisheriger Preis 24 bis 30 Mark jetzt Mk. 19⁵⁰</p>	<p>Serie II Bisheriger Preis 32 bis 39 Mark jetzt Mk. 25</p>	<p>Serie III Bisheriger Preis 42 bis 48 Mark jetzt Mk. 35</p>
--	--	---

Ein grosser Posten **Herren-Hosen**
Wert bis 6⁰⁰ jetzt durchweg **3⁷⁵**

Besonders preiswert:
1 gross, 2 Posten **Knaben-Anzüge** für 3-7 Jahre Wert bis 18 M. jetzt **4⁵⁰ 6⁵⁰ 9⁵⁰**
Schöneberg Hauptstr. 1 S. Joseph Ecke Grunowaldrasse.

Ein grosser Posten **Herren-Hosen**
Wert bis 10⁰⁰ jetzt durchweg **6⁵⁰**